

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Unbesiegbaren

Als die DDR fiel und sich die Konterrevolution im Überschlag ihres Siegesrausches in Ewigkeitsprophezeiungen überschlug, krächte Kohls Westentaschen-Minister Norbert Blüm: „Marx ist tot, und Jesus lebt.“ Er tat seinen kühnen Anspruch zu einer Zeit, als die von der DDR hart bedrängte westdeutsche Bourgeoisie noch Sozialgeschenke zu verteilen pflegte. Gewiß, auch damals gab sie nur ein paar Krümel vom Profitkuchen her, aber immerhin. Für einen Mann von der Welt- und Weitsicht Blüms schien das Rennen ein für allemal gelaufen. Er erblickte im Kapitalismus das Ziel und das Ende aller geschichtlichen Entwicklung. Wie ein Großwildjäger nach der Safari stellte er sich mit dem Fuß auf des Löwen Haupt den Fotografen.

Inzwischen ist das Triumphgeschrei der Sieger auf Zeit abgeebbt und die gelichteten Rauchschwaden niedergebrannter blühender Landschaften im Osten Europas geben wieder den Blick auf die Realität frei.

Was stellt sich dabei heraus? Marx, der Totgesagte, ist bei einer für repräsentativ erklärten Umfrage des CDU-nahen ZDF von früheren DDR-Bürgern schon vor Jahren als „größter Deutscher“ gekürt worden. Dennoch gibt es nicht wenig Irritationen. Wer nicht perspektivisch denken kann, gewinnt leicht den Eindruck, in Deutschland komme die Linke nicht vom Fleck. Die kommunistischen Parteien sind klein bis winzig, jedenfalls ohne nennenswerten Einfluß, die weitaus größere Linkspartei.PDS gräbt politischen Köpfen wie Oskar Lafontaine systematisch das Wasser ab und driftet dem Führungskurs nach in die Gefilde rechter Sozialdemokratie. Dieses Bild stimmt und trügt zugleich. Hierzulande – vor allem im Osten – gibt es nach wie vor Millionen Menschen, für die der Sozialismus eine „gute Idee“ bleibt, die nur unzureichend verwirklicht wurde. Das besagen die Ermittlungen bürgerlicher Meinungsforscher.

Mir kommt ein eindrucksvoller Film in den Kopf, der 1953 von der DEFA gedreht wurde. Er hieß „Die Unbesiegbaren“ und handelte von einer finsternen Zeit in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Nach der Niederwerfung der Pariser Commune hatte Bismarck das Sozialistengesetz zur Vernichtung der Bebel'schen Partei verhängen lassen. Tausende Sozialdemokraten von altem Schrot und Korn füllten die Gefängnisse oder waren in die Illegalität gezwungen. Die damaligen Blüms krakeelten vermutlich: „Marx ist tot, und Jesus lebt.“

Doch nur 12 Jahre nach Errichtung des politischen Totschlägerregimes zur Dezimierung der SPD trat eine kampfgestahlte und siegesgewisse Sozialdemokratie aus

dem Schatten der Historie. Um den Helden Jahrzehnte später zu fällen, bedurfte es der „schleichenden Niedertracht“ (Freiligrath) von Nationalismus und Revisionismus. Aber Ebert und Scheidemann siegten nur vorübergehend. Die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg öffnete zwar den Weg für einen scheinbar nachhaltigen Sieg der Konterrevolution. Die Thälmann'sche KPD aber wurde schon bald zu einer an den Grundfesten des Kapitals rüttelnden Massenpartei. Die Reaktion rettete sich in die faschistische Diktatur, um der proletarischen Revolution den Weg zu verlegen.

Heute sieht es in Deutschland fast wieder so aus wie zur Zeit der „Unbesiegbaren“. Allerdings fehlt es an Persönlichkeiten wie Bebel, den beiden Liebknechts, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck. Arbeiterführer dieses Formats werden nicht jedes Jahrzehnt geboren. Der Klassenkampf bringt sie hervor. Wichtig ist die Erkenntnis der internationalen Zusammenhänge. Im weltrevolutionären Prozeß erweist sich die BRD als besondere Schwachstelle. Aber es gibt Abschnitte, an denen die Fortschrittskräfte über besondere Potenzen verfügen. Blicken wir nur auf Lateinamerika, auf Kuba und Venezuela. Sein Präsident Hugo Chávez ist ein anerkannter Volkstribun an der Seite Castros. Die boliviarische Revolution Venezuelas hat trotz aller Risiken und Ungewißheiten eine Tiefe und Qualität erlangt, daß man sie fast schon in einem Atemzug mit der kubanischen Revolution nennen kann. Es gibt eine Gruppe sich zum Sozialismus bekennender Staaten – mögen China, Vietnam und Kuba hier hervorgehoben werden – sowie eine große Zahl kommunistischer Parteien, die sich von Marx, Engels und Lenin leiten lassen. Mehr als 80 Millionen Kommunisten sind eine gewaltige politische Armee. Auch für Europa ist die Niederlage der Bewegung – eine Anzahl früher tonangebender Parteien wurde geschwächt oder zum Verschwinden gebracht – nicht mehr das einzige Charakteristikum. Die marxistisch-leninistischen Avantgarden des Kontinents orientieren sich heute am Beispiel der Massenparteien in Griechenland und Portugal, die auf festen Positionen stehen.

Kohls Minister Blüm war mit seiner „Diagnose“ auf dem Holzweg. Der Antikommunismus hatte ihm die Sicht genommen. Auch wenn die Gegenwart – in der BRD ist die KPD noch immer verboten – nicht wenig Ähnlichkeiten mit der Ära des Bismarck'schen Sozialistengesetzes aufweist, gilt der Titel des berühmten DEFA-Films. Wie einst die Partei Bebel's und Liebknechts sind wir im historischen Sinne die Unbesiegbaren. **Klaus Steiniger**



INHALT

Zuschauerbrief an die Redaktion des RBB-Magazins „Kontraste“	S. 2
Ein Jubiläum, das wir erhobenen Hauptes begehen	S. 3
Die Lüge von der „deutschen Einheit“	S. 5
Die Mär vom „Lied der Deutschen“	S. 6
Das „Regensburger Manifest“ des Papstes	S. 7
Airbus mit lahmen Flügeln	S. 8
Bolkestein im Genossenschaftswesen	S. 9
Leipziger Marx-Relief landete im Staub	S. 10
Von Eklat zu Eklat	S. 10
Aggressive Werbung – Warum?	S. 11
Streik mit Augenzwinkern	S. 12
Wie Münte die Arbeitslosigkeit beseitigt	S. 12
Bedingungsloses Grundeinkommen?	S. 13
Lilo Herrmann: „Tote sprechen nicht mehr“	S. 14
Zur braunen Gefahr	S. 15
Skinheads in Petersburg	S. 15
Wie das Kommunistische Manifest in China angenommen wurde	S. 16
Die PPR im polnischen Widerstand	S. 17
Ein großes Buch Vasil Bilaks	S. 18
Das Attentat auf Lenin	S. 19
Vor 50 Jahren: Niederlage der „Freiheitskämpfer“ in Ungarn	S. 19
Die Wahrheit über die Hisbollah	S. 20
Das Sendungsbewußtsein der „Amerikaner“	S. 21
Wie die USA mit ihrem zeitweiligen Atomwaffenmonopol umgingen	S. 22
„Kongo-Müllers“ Selbstentlarvung	S. 23
Kartengrüße offenbaren Gefühle und Befindlichkeiten von DDR-Bürgern	S. 24
Mit dem Adel in der Sauna	S. 25
Zur Rolle Goethes im Weimarer Hofstaat	S. 26
Zum 85. von Max Walter Schulz	S. 27
Späte Freundschaft	S. 27
Der Kommunist im Himmel	S. 28
Hat Schie und die Detektive	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Ein Zuschauerbrief an die Redaktion des RBB-Magazins „Kontraste“

Der „RotFuchs“ wurde mit SS-Leuten und Ritterkreuzträgern auf eine Stufe gestellt

Sehr geehrte Redaktion,

als fast regelmäßiger „Konsument“ von „Kontraste“ hat mich die Sendung am 24. 8. 2006 veranlaßt, Ihnen zu schreiben. Speziell betrifft es den Beitrag zur Steuerbefreiung für gemeinnützige Vereine. Dieser Beitrag hatte leider mit einer objektiven, kritischen und informativen Berichterstattung nichts zu tun. Er war – man verzeihe mir diesen Ausdruck – einfach niveaulos und auf billige Effekte aus. Dies aus meiner Sicht aus folgenden Gründen:

1. In den gemeinnützigen Vereinen geht eine Vielzahl von Bürgern zum überwiegenden Teil in ihrer Freizeit den persönlichen Interessen und Neigungen nach und befördert somit das Leben in dieser Gesellschaft. Das erfolgt in allen gesellschaftlichen Bereichen: Kultur, Sport, Politik, um nur einige zu nennen. Die sinnvolle Gestaltung der Freizeit gehört genauso zum Leben wie die Arbeit im Beruf oder im Haushalt. Allein das ist im gesellschaftlichen Interesse, und es dürfte wenig von Belang sein, worin der Gegenstand der Arbeit des betreffenden Vereins besteht, sofern er auf der Basis des Grundgesetzes tätig ist. Auch mich interessiert die in der Sendung als Beispiel genannte Hundezüchtung nicht, und auch der Motocross gehört nicht zu den von mir bevorzugten Sportarten. Für Tausende von Menschen ist es aber ein Teil ihres Lebens. In der Regel ist dieser mit finanziellen Belastungen verbunden. Und nun kommt der Staat – und Sie haben mit Ihrer Sendung dem noch das Wort geredet – und will auch die in ihrer Freizeit engagierten Menschen abzocken, indem gemeinnützigen Vereinen die Steuerbefreiung abgesprochen wird. Manche gemeinnützige Vereine sind dringend erforderlich, weil der Staat sich aus der Finanzierung notwendiger Aufgaben und Leistungen verabschiedet hat. Außerdem ergibt sich eine rein praktische Frage: Wer will oder soll entscheiden, welche Tätigkeit gemeinnützig ist und welche nicht? Fußballverein – ja, Motocross – nein? Beides ist Sport und dient den beteiligten Menschen letztendlich zur Entspannung und Erholung vom Alltagsstreß. Mit diesem Beitrag lagen Sie also völlig daneben und maßen sich eine Wertung von für die betreffenden Menschen sinnvoller Tätigkeit an, die Ihnen einfach nicht zusteht.

2. Neben den genannten Beispielen dienen zur Begründung Ihrer Forderung die Vereine der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen und der Ritterkreuzträger sowie der linke Verein „RotFuchs“. Mit politischen Vereinen, die sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegen, auch wenn Sie nicht die vorherrschende poli-

tische Meinung bedienen, sollte der Staat leben können. Vereine, die faschistisches Gedankengut bewahren, verherrlichen oder propagieren sind, da ihre Tätigkeit nicht auf dem Grundgesetz beruht, nicht zuzulassen oder zu verbieten. Sie sind nicht gemeinnützig, sondern gemeingefährlich. Der lasche und duldende Umgang des Staates mit solchen Vereinen ist nicht zu akzeptieren, denn die Rechtsordnung dürfte ausreichend Möglichkeiten zum Verbot bzw. der Nichtzulassung bieten, so der politische Wille dafür gegeben ist.

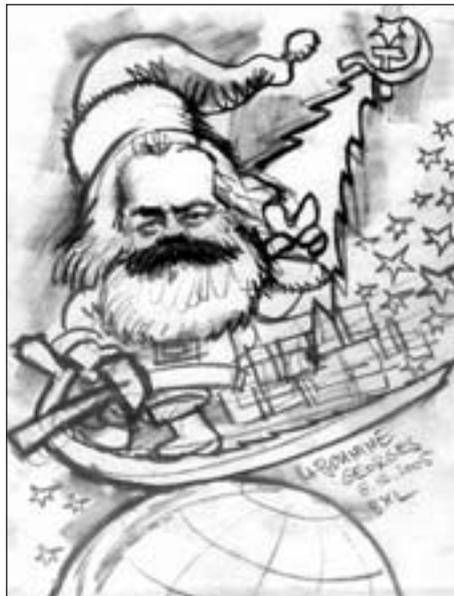
3. Für infam halte ich die in Ihrer Sendung faktisch vorgenommene Gleichsetzung der Vereine der Angehörigen der Waffen-SS und der Ritterkreuzträger mit dem Verein „RotFuchs“. Sollten Sie sich die Mühe machen oder machen wollen, so werden Sie feststellen, daß im Verein „RotFuchs“ vom Lebenslauf und der politischen Einstellung her Antifaschisten tätig sind. Diese mit ehemaligen und offenbar unbelehrbaren Nazis gleichzusetzen bedarf schon eines gerüttelten Maßes an Ignoranz. Hier wurde wieder einmal der sogenannte Zeitgeist bedient: Konsequent linke politische Einstellung und Tätigkeit wird als extremistisch verunglimpft und mit dem rechten Extremismus in einem Atemzug genannt. Im Zusammenhang damit werden der Antifaschismus in der DDR mit der bekannten Formel vom „verordneten Antifaschismus“ und die DDR als die zweite deutsche Diktatur, quasi als Fortsetzung der Nazi Herrschaft und ihrer millionenfachen Verbrechen, diffamiert. Leider sind Sie damit nicht allein. Der Stellvertretende Bundesbeauftragte für Kultur und Medien Prof. Dr. Hermann Schäfer sagte in seiner Weimarer Rede wörtlich: „Drittes Reich und Holocaust

gehören zum festen Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur. Die Erinnerung an sie ist Teil unserer Identität. Seit der Wiedervereinigung ist neben diese Erinnerung das Gedenken an die Opfer des SED-Regimes getreten.“ Noch entgegnet sein Vorgesetzter, der Minister Neumann, wenn auch lediglich mit dem Ausdruck des Bedauerns: „Die NS-Diktatur und der durch sie verursachte Holocaust sind in ihrer menschenverachtenden grausamen Dimension einzigartig und durch nichts zu relativieren.“ Wie lange noch wird es solche Entgegnungen geben? Wohl nicht mehr lange, wenn sich der Geist dieses Sendebetrags durchsetzt. Sie jedenfalls haben damit relativiert und die menschenverachtende grausame Dimension der Nazidiktatur verharmlost.

Wahrscheinlich werden Sie das mehr oder weniger weit von sich weisen, aber Sie als Journalisten und Vertreter der sogenannten vierten Macht sollten mehr über den Inhalt und die Wirkung Ihrer Sendungen nachdenken und verantwortlich mit Ihrem Einfluß auf die Meinungsbildung umgehen. Solche Art von Gleichsetzung ehemaliger und es vom Geist auch gebliebener Faschisten mit Antifaschisten trägt objektiv zur Relativierung der faschistischen Diktatur und ihrer Verbrechen in Deutschland bei. Man muß sich dann nicht wundern, wenn faschistisches Gedankengut sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern an Akzeptanz gewinnt. Ob Sie das heute einsehen wollen oder nicht: Mit solchen Sendungen tragen leider auch Sie dazu bei.

In der Hoffnung, vielleicht doch zum Nachdenken angeregt zu haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Jürgen Stenker, Halle



Eine Weihnachtsgans für den RF?

Liebe Leser, unsere alljährliche Bitte, uns eine kleine marxistische Weihnachtsgans für den „RotFuchs“ zu spendieren, soll Euch weder beunruhigen noch verdrießen. Ihr habt die Zeitschrift bisher hervorragend über Wasser gehalten. Vielen Dank! Nur für diejenigen, die zusätzlich etwas abzweigen können und wollen, ist der beiliegende Überweisungsschein gedacht. Damit der „RotFuchs“ auch im Jahr 2007 wie bisher ohne Schwierigkeiten herauskommen und kräftig zubeißen kann.

Die Redaktion

Etwa 500 000 Bürger dienten bei den Grenzsicherungskräften der DDR Ein Jubiläum, das wir erhobenen Hauptes begehen

Am 1. Dezember 2006 begehen ehemalige Angehörige und Zivilbeschäftigte der Deutschen Grenzpolizei (DGP)/Grenztruppen der DDR (GT) den 60. Jahrestag des Aufbaus der ersten Grenzpolizeieinheiten in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

Es gibt gute Gründe, mit Achtung und Dankbarkeit an die etwa 500 000 Bürger zu erinnern, die von 1946 bis 1990 ihre militärische Pflicht zum Schutz des sozialistischen Vaterlandes und zur Erhaltung des Friedens erfüllt haben. Die meisten der frühen Kommandeure kamen aus faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aus der Emigration. Ihrer Herkunft nach überwogen Arbeiter. Ab August 1952 gehörten auch Grenzpolizeihelfer (GPH), die aus der ansässigen Bevölkerung gewonnen wurden, zu den verlässlichen Mitstreitern.

Ehrendes Gedenken bewahren wir den 25 im Grenzdienst ermordeten Genossen. Unser Mitgefühl bekunden wir den Angehörigen aller, die beim Versuch des illegalen Grenzübertretts bzw. bei gewaltsamen Durchbruchversuchen tödliche Verletzungen oder schwere Körperschäden erlitten. Unsere Polizisten und Soldaten hatten niemals den Befehl oder die Absicht, Grenzverletzer zu töten.

Die Aufgabe bestand bis 1949 in der Sicherung der Demarkationslinie zwischen der SBZ und den westlichen Besatzungszonen sowie der Sektorengrenze zwischen Ostberlin und den Westsektoren von Berlin. Nach 1949 ging es um die Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD sowie zwischen der Hauptstadt der DDR und Berlin (West). Das geschah unter den Bedingungen der erbitterten Ost-West-Konfrontation.

Es gibt für ehemalige Angehörige und Zivilbeschäftigte der DGP/GT keinen Grund, sich ihrer Pflichterfüllung zu schämen und ihre Biographien zu verleugnen. Die Sicherung der Staatsgrenze der DDR war in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf Grund bestehender Bedrohungen und nachweisbarer Gefahren unverzichtbar und legitim.

Das Grenzregime und der Einsatz der DGP/GT entsprachen der Rechtsordnung der DDR und den Bestimmungen der UNO-Charta. Die angrenzenden Staaten und Westberlin wurden durch die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR weder bedroht noch gefährdet oder geschädigt.

Die DDR wurde in der Zeit vom 18. September 1973, dem Datum ihrer Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen, bis zum 2. Oktober 1990, dem Vortag des Anschlusses an die BRD, wegen ihres Grenzregimes weder in der UNO noch in anderen internationalen Organisationen angeklagt und verurteilt. Auch die BRD

stellte keinen diesbezüglichen Antrag, weil sie bei einer Abstimmung im Sicherheitsrat oder in der Vollversammlung mit einer Niederlage hätte rechnen müssen.

Ein Wort zur Entstehung unserer Grenzsicherungsorgane vor nunmehr 60 Jahren. Nach der bedingungslosen Kapitulation der faschistischen Wehrmacht erklärten die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 5. Juni 1945 die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland. Am gleichen Tag ging diese Aufgabe an die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen über. Sie übten diese Gewalt gemeinsam im Alliierten Kontrollrat und einzeln in ihren Besatzungszonen aus. Für die Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufgaben in der SBZ bildete die UdSSR die „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD). Ihr Chef war zunächst Marschall G. K. Shukow. Die Übernahme der Regierungsgewalt galt auch für die Überwachung der Demarkationslinie zwischen der SBZ und den westlichen Besatzungszonen sowie den Westsektoren von Berlin und die Sicherung der Außengrenzen zur CSR, zu Polen und der deutschen Hoheitsgewässer in der Ostsee. Dazu wurden zunächst Einheiten der Besatzungstruppen eingesetzt.

Um die unberechenbare „Völkerwanderung“ der ersten Nachkriegszeit einzuschränken, wurde in einer Kontrollratsdirektive im September 1945 festgelegt, daß Reisen von und nach Deutschland nur noch mit Erlaubnis der Alliierten, der für die jeweilige Zone zuständigen Besatzungsmacht über die dafür festgelegten Transitpunkte zulässig sind.

Die meisten Bewegungen in beiden Richtungen erfolgten ohne Erlaubnis, illegal über die D-Linie, außerhalb von Überwachungsstellen. Eine höhere Wirksamkeit der Grenzüberwachung/Grenzsicherung erforderte die Aufstellung und den Einsatz deutscher Grenzsicherungskräfte.

Schon am 25. September 1945 war in Niedersachsen ein Zollgrenzschutz aufgestellt worden, am 15. November folgte die Bayerische Grenzpolizei, und ab 3. Mai 1946 brachte auch Hessen „neue Grenzsicherungskräfte“ zur Unterstützung und späteren Ablösung der Besatzungstruppen zum Einsatz. Dabei wurde vorwiegend auf Personal zurückgegriffen, das schon in der Weimarer Republik und im faschistischen Deutschland diesen Dienst versehen hatte.

Die alten Gesetze und Vorschriften blieben mit geringfügigen Änderungen in Kraft. Die Zuverlässigkeit der neuen Sicherheitsorgane im antikommunistischen Sinne wurde so gewährleistet.

Diese Haltung war in der zweiten Hälfte der 40er und in den 50er Jahren bei der

Begegnung mit altgedienten westdeutschen Grenzpolizisten und Zöllnern eindrucksvoll zu erleben. Wurde auf ihre wiederholten Kontaktversuche nicht reagiert, folgten rüde Beschimpfungen und schlimmste Drohungen. „Kommunistenschweine“ oder „Russenknechte“, die in Kürze umgelegt oder gehängt würden, waren weitverbreitete „Grüße“ von jenseits der Demarkationslinie, die nicht selten auch durch Zielübungen mit der Schußwaffe unterlegt wurden.

Wie aber vollzog sich der Aufbau deutscher Grenzpolizeikräfte im Osten? Auf Befehl des Chefs der SMAD waren sie bis zum 1. Dezember 1946 aufzustellen. In Abstimmung mit den sowjetischen Kommandeuren sowie unter deren Führung hatten sie die Einheiten der Sowjetarmee an der Demarkationslinie und den Landesgrenzen zu unterstützen. Dabei ging es um den Aufbau und die Entwicklung eines völlig neuen Sicherheitsorgans. Seine Aufgabe war auf die Stärkung und den Schutz der antifaschistisch-demokratischen Ordnung gerichtet.

Für die Ernennung von Kommandeuren und Leitern standen im politischen Kampf erfahrene Kader zur Verfügung, die jedoch für ihre künftige Funktion in den meisten Fällen nicht speziell qualifiziert waren. Ein großer Teil der Mannschaftsdienstgrade setzte sich aus Kriegsteilnehmern mit militärischer Ausbildung zusammen, hatte jedoch keine Kenntnisse und Erfahrungen im Grenzdienst. Gesetze, Dienstvorschriften und grenzpolizeiliche Bestimmungen des faschistischen Deutschland waren für Ausbildung, Organisation und Durchführung des Dienstes der neuen Grenzpolizei ungeeignet.

Notwendige Diensträume mußten in den Gemeindeämtern, in anderen Verwaltungsgebäuden oder in Gaststätten der Grenzgemeinden eingerichtet werden. Die Unterbringung der Grenzer erfolgte in Privatquartieren der entsprechenden Gemeinden, vorwiegend bei Bauern, die gegen Abgabe der Lebensmittelkarten auch die Verpflegung übernahmen. Nachrichtenverbindungen waren unzureichend, und Kfz-Technik konnte bis Mitte der 50er Jahre nicht bereitgestellt werden.

Trotz dieser und vieler anderer Härten versahen die Grenzer wachsam und verantwortungsbewußt ihren Dienst. Sie waren bei der Verhinderung von illegalen Grenzübertritten und der Bekämpfung von Feindtätigkeit erfolgreich.

Zwischen 1946 und 1949 wurde noch viel experimentiert. Dennoch gelang es in diesen Jahren, für die weitere Entwicklung der DGP/GT und die Erhöhung der Wirksamkeit der Grenzsicherung solide Grundlagen zu schaffen.

Karl Leonhardt, Generalleutnant a. D.

15 Jahre ist es her, daß im September 1990 unter der Regie verantwortungsloser Funktionäre der FDGB diese große deutsche Gewerkschaftszentrale sang- und klanglos aufgelöst wurde. Unter dem Eindruck der überschwappenden Einheitswelle beschloß ein zusammengesetzter Gewerkschaftskongreß die Liquidierung der Organisation, die nach 1945 zum Hoffnungsträger von Millionen Arbeitern und Angestellten in ganz Deutschland geworden war. Im Gründungsauftrag des FDGB Großberlin vom 15. Juni 1945 standen Ziele der Arbeiterschaft, für die sie Jahrzehnte vergebens gekämpft hatte. Hinzu kamen entschiedene Schlußfolgerungen aus 12 Jahren Faschismus und Krieg. Es gibt noch keine abgeschlossene Geschichte der Gewerkschaftsbewegung von 1945

der Konzerne und Großgrundbesitzer stand überall auf der Tagesordnung. An der Spitze der Gewerkschaften im Westen agierten jedoch Leute wie Tarnow, Richter u. a., die angesichts der Massenstimmung zwar „revolutionäre Entschlossenheit“ bekundeten, zugleich aber jede Aktivität zur Verwirklichung der durchaus richtigen Beschlüsse zu verhindern wußten. Diese Linie der „linken“ Phrasen und der anschließenden Tatenlosigkeit setzt sich bis zum heutigen Tage in der Arbeit des DGB fort.

Aber zur DDR-Gewerkschaftsgeschichte gibt es auch Kritisches zu sagen. Bereits in den Beschlüssen des 3. FDGB-Kongresses vom August 1950 fehlte jegliche Einschätzung der Arbeit der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften. Ohne einer Wiederherstellung der wirkungs-

Diese kritische Einschränkung schmälert keinesfalls die bedeutende Rolle der Gewerkschaften in der DDR. Hunderttausende leisteten jahrzehntelang eine unermüdlige Arbeit im Dienste der Werktätigen. In der DDR waren die Gewerkschaften verantwortlich für eine einheitliche Krankenkasse (wie übrigens in Schweden auch), und der Staat bot dafür die Leistungsgarantie. Die kostenlose Gesundheitsorganisation stand niemals zur Disposition.

Oder nehmen wir den Feriendienst. Er garantierte den Gewerkschaftsmitgliedern in der DDR einen bezahlbaren Urlaub. Unzählige Ferienheime gehörten dem FDGB. Urlauberschiffe kamen in späteren Jahren hinzu.

Die Neuererbewegung, an der sich Millionen beteiligten, legt Zeugnis davon ab, wie sehr sich die Mehrheit der Menschen mit ihrem Betrieb, ihrer Organisation verbunden fühlte. Damit wird übrigens auch die Behauptung Siegfried Wenzels, des früheren Stellvertreters des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, widerlegt. Er vertrat die Auffassung, die Arbeiter hätten „das Volkseigentum nicht angenommen“.

Der FDGB stand für proletarischen Internationalismus. Am 1. Januar 1949 wurde er Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes, nachdem zahlreiche Interzonenkonferenzen und Aussprachen nicht zur Einheit der Gewerkschaften in ganz Deutschland geführt hatten.

In den viereinhalb Jahrzehnten des Bestehens des FDGB haben Millionen als ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre die Interessen ihrer Kollegen vertreten. Sie waren im Betrieb und in der Gesellschaft durch Gesetze geschützt. Unternehmerwillkür, wie sie heute an der Tagesordnung ist, war in der DDR ausgeschlossen. Selbst in kleinen Privat- und Handwerksbetrieben galt der Gewerkschaftsfunktionär in der Regel als geachtete Person.

1990 besaß der FDGB 202 Gewerkschaftshäuser, 11 Gasthäuser, 16 Gewerkschaftsschulen, 7 Kulturhäuser und 70 sonstige Immobilien. Zu einem Teil handelte es sich um Gebäude aus der ADGB-Zeit vor 1933, anderes wurde rechtmäßig aus den Mitgliedsbeiträgen der neun Millionen Gewerkschafter erworben.

Da sich der DGB strikt weigerte, das Vermögen des FDGB zu übernehmen, wurde alles der Treuhand ausgeliefert. Der Verkauf von Immobilien brachte ihr enorme Summen ein. Die ehemaligen FDGB-Mitglieder wollen wissen, wo das Geld geblieben ist. Damit es jeder versteht: Es handelt sich um Vermögen, das vor allem aus ihren Beiträgen stammte. Ist das nicht auch Vereinigungskriminalität?

Über die Geschichte des FDGB zu schreiben, heißt über ein wichtiges Kapitel in der Chronik der deutschen Arbeiterbewegung zu berichten. Es war nur dank der Existenz der DDR in dieser Weise möglich. Bei aller kritischen und selbstkritischen Sicht besteht kein Grund, das eigene Licht unter den Scheffel zu stellen.

Kurt Koopmann

Der Beitrag des FDGB zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung „Auflösung“ der DDR-Arbeiterzentrale war Teil der Konterrevolution

bis 1990. Das unlängst vorgestellte Buch erfüllt diesen Anspruch nur zum Teil. Auch mein Beitrag kann lediglich eine Anregung sein, das überfällige Vorhaben endlich in Angriff zu nehmen. Zeitzeugen müssen sich äußern, ehe es zu spät ist.

45 Jahre Gewerkschaftsgeschichte sind nicht viel, betrachtet man die über 150 Jahre, in denen in Deutschland eine Gewerkschaftsbewegung besteht. Aus den Märzstürmen 1848 hervorgegangen, entwickelte sich die organisierte Arbeiterbewegung bis zur Einberufung des Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses, der 1863 die Gründung eines „Arbeiterchaftsverbandes“ vollzog.

Noch auf den rauchenden Trümmern beschlossen 1945 Überlebende aller politischen Richtungen – Kommunisten wie Sozialdemokraten, Christen wie Freidenker, viele von ihnen gerade zurück aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern oder der Emigration – die Gründung neuer demokratischer Gewerkschaften.

Roman Chwalek, einer der Unterzeichner des Gründungsauftrags des FDGB, erklärte damals: „Der Faschismus konnte nur zur Macht kommen, weil in Deutschland keine einheitliche geschlossene Kraft vorhanden war, dies zu verhindern. Die Spaltung der Arbeiterklasse war eine der Ursachen.“

Der Wille zum Neuanfang bei Schlußfolgerungen aus der 12jährigen braunen Vergangenheit war von Sachsen bis Hessen, von Mecklenburg bis Bayern ungeheuer stark. In mehreren Ländern gab es Sozialisierungsbestrebungen, die Enteignung

losen Rolle der Dachorganisation ADGB aus der Zeit vor 1933 das Wort reden zu wollen, war die Überbetonung des Zentralismus im FDGB sicher ein Fehler, der sich in den Folgejahren auf die gesamtgewerkschaftliche Arbeit und die Entwicklung der Demokratie negativ auswirkte. Bereits Ende der 50er Jahre wurde durch den Bundesvorstand des FDGB eine wesentliche Einschränkung der Arbeit der Bezirks- und Kreisvorstände der Industrie- und Einzelgewerkschaften beschlossen.

Trotz der Einbeziehung von Gewerkschaftsfunktionären in alle Partei- und Staatsorgane bis hin zur Volkskammer, wo eine eigene Fraktion bestand – in der BRD wäre so etwas undenkbar –, wurde die spezifische Stimme des FDGB immer weniger wahrnehmbar. Besonders nach dem Tode von Herbert Warnke wurde sie „leiser“. Einige mißdeuteten die „führende Rolle der Partei“ dahin gehend, daß nun keine eigenen Beiträge mehr nötig seien. Je weniger man tut, um so weniger kann man falsch machen, war die Devise mancher Funktionäre.

Die wachsende Lustlosigkeit der FDGB-Spitze kulminierte schließlich in der Art und Weise der Auflösung des Dachverbandes im Jahre 1990. Die Verschleuderung der Werte der Arbeiter und Angestellten in der DDR hat nicht nur die „Treuhand“ der BRD zu verantworten, sondern ist auch dem kapitulantenhaften Verhalten einiger verantwortlicher Funktionäre des FDGB geschuldet, die dadurch hofften, ihre Haut zu retten.

Kolonial unterworfenener Osten verkommt zum Mezzogiorno der BRD

Die Lüge von der „deutschen Einheit“

Weniger als ein Drittel aller Deutschen sieht persönlich einen Anlaß, den 3. Oktober zu feiern. Drei von vier Ostdeutschen empfinden sich in der BRD als Bürger zweiter Klasse. Nur noch ein Viertel der Ostdeutschen ist mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden.

Staatlich verordnet muß trotzdem alle Jahre wieder der „Tag der Deutschen Einheit“ begangen werden. Diesmal fand der „Festakt“ in Kiel statt. Das nächste Mal ist Schwerin auserkoren. In den norddeutschen Bundesländern wird platt gesprochen. Das tat auch die Kanzlerin. Ihre Ansprache war auf plattem Niveau. Nichts sagte sie über die wirklichen Probleme des Landes – dafür aber ein bißchen über BenQ und die Absetzung einer Mozartoper. Sie schwieg zu den existentiellen Sorgen der meisten Menschen im Osten. Statt dessen meinte sie, viele ostdeutsche Innenstädte würden „in neuem Glanz erstrahlen“. Im Herbst 1989 habe sie „Lust bekommen, Politik zu machen“. Am 3. Oktober 1990 sei „das Wetter in Berlin herrlich gewesen“. Und: „Gerade hatte ich entdeckt, daß man über Nacht die DDR-Volkspolizisten in Westberliner Uniformen gekleidet hatte. Die Gesichter verrieten aber noch genau, woher sie kamen.“

Neben solchen Platitüden gab sie auch handfeste Unwahrheiten von sich: Die soziale Marktwirtschaft versöhne Arbeit und Kapital, in der repräsentativen Demokratie stünden „am Ende auch in komplexen Sachverhalten verlässliche Entscheidungen“.

In einem Grußwort, das die „Kieler Nachrichten“ veröffentlichten, legte Angela Merkel nach: „Mir geht es um das Selbstbewußtsein und das Zusammengehörigkeitsgefühl. Und beide wachsen beständig – im Osten wie im Westen unseres Landes.“ Oder auch das: „Wir sind viel weiter, als uns manche Statistiken glauben machen wollen.“

Solches meinte auch ihr Innenminister Wolfgang Schäuble. Er sagte: „Die Deutschen hätten guten Grund, den nationalen Feiertag mit Freude und Dankbarkeit zu begehen. Vieles geht bergauf, das meiste ist geschafft.“

In das gleiche Horn tutete der für den Osten Deutschlands zuständige Minister Wolfgang Tiefensee, aus dessen Haus regelmäßig der diesmal 170 Seiten starke, inhaltlich aber schwache „Jahresbericht zur Deutschen Einheit“ vorgelegt wird. Leipzigs ehemaliger OB meinte ganz im Sinne seiner Kanzlerin: „Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung ist positiver als die Zahlen, die dem Bericht zugrunde liegen.“ Andererseits ist Tiefensee um Ausreden nicht verlegen. In der ARD betonte er, die Schwierigkeiten beim Aufbau Ost ließen sich nicht im Handumdrehen lösen. „Das wird schon noch 15 bis 20 Jahre dauern. Dazu muß das Geld klug

eingesetzt werden, das wir über den Solidarpakt II bekommen.“

Bei so viel Perspektivfreudigkeit darf die Wissenschaft nicht fehlen. Der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IHW) gab von sich, daß der Aufbau Ost noch bis zu 40 Jahre dauern dürfte. Aus dem Hause Sinn, dem ifo-Institut München, kam die „wissenschaftlich belegte“ These, daß das Pro-Kopf-Einkommen in den östlichen Bundesländern erst in 55 Jahren 90 Prozent des Westniveaus erreichen werde.

Auch ausgemachte Scharlatane schwiegen anläßlich des festlichen Ereignisses nicht. Der Theologe Richard Schröder hielt es für angemessen, die Bürger mit seiner Sicht zu beglücken: „Da sagen viele, wir sollen doch die Reichen schröpfen ... Nehmen wir an, man würde tausend Millionären einmalig eine Million abnehmen und gleichmäßig verteilen. Dann bekäme jeder Bundesbürger einmalig 12 €, und das wär's dann. Rechnen Sie bitte nach“, verkündete er in Schwerin.

Wir haben nachgerechnet. Nicht tausend, sondern annähernd eine Million Millionäre leben in Deutschland. Schröders ökonomischer Primitivlogik folgend, bekäme dann bei seiner Rechnung jeder Bundesbürger 12000 €. Das hört sich schon besser an! Und wenn man die obersten 10 Prozent der deutschen Bevölkerung, die sich annähernd 50 Prozent des deutschen Vermögens angeeignet haben, zur Kasse bitten würde, stünden über 2 Billionen € Geldvermögen zur Disposition. Die gesamten Staatsschulden der BRD betragen gegenwärtig ca. 1,4 Billionen €.

Im Westberliner „Tagesspiegel“ übte sich Schröder in vulgärem Antikommunismus. In der DDR habe die gängige Auffassung geherrscht: „Weil Du hier lebst, mußt Du eher sterben.“

Greifen wir den Merkel-Spruch auf: Wir sind viel weiter, als es uns manche Statistiken glauben machen wollen.

16 Jahre nach der Annexion der DDR durch das westdeutsche Großkapital und die von diesem ausgehaltenen Politiker ist der Osten Deutschlands ein ab- und austerbender Landstrich Europas.

Über 2,5 Millionen meist arbeitsfähige junge Menschen, darunter viele junge Frauen, haben ihre ostdeutsche Heimat verlassen, da sie hier keinerlei wirtschaftliche und soziale Perspektive hatten. Das sind mehr als in der Zeit der offenen Grenzen bis 1961. Der Exodus geht weiter.

Von den noch „Dagebliebenen“ sind annähernd 20 Prozent, real über 30 Prozent, arbeitslos. In einigen Landstrichen ist die 50-Prozent-Marke überschritten.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einstigen Industrielandes DDR – gemessen am Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt einer geschrumpften Bevölkerung – ist „dank“ der De-Industrialisierung

durch westdeutsche Konzerne unter das Niveau von Spanien, Griechenland, Slowenien, Zypern gefallen. Damit liegt das wirtschaftliche Niveau Ostdeutschlands bereits heute unter dem europäischen Armutsregionen in Süditalien oder Galicien (Spanien). Mit „Nullzuwachsrate“ in Ostdeutschland gegenüber 3 bis 7 Prozent Zuwächsen in den neuen EU-Ländern ist es nur eine Frage weniger Jahre, bis der Osten zum wirtschaftlichen Schlußlicht in der EU wird. Minister Tiefensee und seine Beamten phantasieren demgegenüber vom „selbsttragenden Aufschwung“, der in 10 bis 15 Jahren eintreten wird.

Seriösere Einschätzungen – z. B. ein Material der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) – kommen zu ganz anderen Aussagen. Selbst bei der positiven, jedoch unrealistischen Annahme einer Wiedernäherung der demographischen Faktoren (Geburtenrate, Lebenserwartung, Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland) werden Bevölkerung und Erwerbstätige in Ostdeutschland bis 2020 um weitere 1,5 Millionen Menschen abnehmen. Zum gleichen Zeitpunkt laufen die Mittel des Solidarpaktes II komplett aus.

Der „Aufbau Ost“ ist damit abgeschlossen. Der Osten Deutschlands ist zu einem nicht mehr lebensfähigen Gebilde verkommen. Ganze Landstriche werden in Ödland und slumartige Gebilde verwandelt werden. Von der Gesellschaft Ausgestoßene und sozial Bestrafte und Gedemütigte werden in diesen Gebieten ihr Leben fristen müssen.

Das Ziel der westdeutschen Konzerne bei der Annexion der DDR ist erreicht: Absatzmarkt erschlossen, Konkurrenz niedergewalzt, qualifizierte Arbeitskräfte abgeworben. Die regierungsamtliche Politik, Medien und bezahlte „Wissenschaftler“ reden die Lage schön.

Notwendig sind massenhafte Aktionen der Betrogenen und Gedemütigten nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland. Zu verlangen ist, die Nutznießer und Schmarotzer an der „Einheit Deutschlands“ und des Sozialabbaues in Wirtschaft und Politik zur Kasse zu bitten, zur Rückgabe und Entschädigung der Menschen für unrechtmäßig angeeignetes fremdes Volkseigentum.

Wo ist die politische Kraft, die diese Forderungen auf ihre Fahnen schreibt und sich nicht am „alternativlosen“ Kleinklein des weiteren Sozialabbaus in Ost und West beteiligt?

Wo sind die politischen Akteure, die Massenaktionen organisieren, statt sich an Festakten und Regierungen zu beteiligen und an Wahlfarzen zu erfreuen?

Dr. Klaus Blessing

Die bürgerliche Umwälzung, 1789 im Gefolge der Französischen Revolution eingeleitet, fand mit der Reichseinigung von 1871 ihren Abschluß, freilich nicht getragen von einer demokratisch fixierten Volksrevolution, sondern durch eine „Revolution von oben“. Unter Führung Bismarcks entstand ein halbabsolutistischer junkerlich-bürgerlicher Staat, ausgerufen in Versailles, vollendet mit „Blut und Eisen“. Nicht das demokratische Nationalgefühl der Bürger, sondern Franzosenhaß und Hohenzollernkult waren bestimmende Bewußtseinsinhalte. Kein Wunder daher, daß die Hymnen des Bismarckschen bzw. Wilhelminischen Zeitalters „Die Wacht am Rhein“ („Es braust ein Ruf wie Donnerhall“) von 1840 und die wohl noch fatalere „Kaiserhymne“ („Heil Dir im Siegerkranz“) gesungen wurden. Das am 26. August 1841 von Hoffmann von Fallersleben auf Helgoland verfaßte „Lied der Deutschen“ wurde zwar zuweilen

ne des Weimarer Staates. Der allgemeine Protest linker Kräfte nutzte kaum. Kurt Tucholsky nannte die Verse des Liedes töricht und großmäulig. Es verwundert nicht, daß es im Frühjahr 1933 von der Hitlerregierung zur offiziellen Hymne des Dritten Reiches erklärt wurde (neben dem Horst-Wessel-Lied). Von Stund an erklangen beide bei vielen Anlässen: in jeder NSDAP-Versammlung, in Schulen, Kasernen, Theatern und auch in Kirchen (!). Jeder Tagesabschluß im NS-Rundfunk war von diesem Lied begleitet. Das deutsche Sprichwort: „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder“, war und ist unzutreffend und dumm. Musik hat emotionale Momente, weckt Assoziationen und erfüllt damit nur zu oft eine politische Funktion. Das trifft auf reaktionäres wie auf progressives Liedgut zu. Rationale Argumente (z. B. die Entstehungsgeschichte) sind wichtig, aber nicht einmal die ent-

gen, die es mit Recht und Freiheit ernst meinen, nicht gesungen werden. Es war und bleibt unzumutbar. Zu keinem Zeitpunkt war es das Lied aller Deutschen ... Eine völlig neue Situation war mit dem 8. Mai 1945 gegeben – auch mit dem Blick auf eine mögliche Nationalhymne. In der sowjetisch besetzten Zone wurde das Deutschlandlied sofort verboten, und zwar offiziell. Die antifaschistische DDR versah sich folgerichtig mit den Symbolen der Staatlichkeit, die ihrem Charakter entsprachen. Am 5. 11. 1949 bestätigte der Ministerrat das Lied „Auferstanden aus Ruinen“, zu dem Johannes R. Becher den Text und Hanns Eisler die Musik geschrieben hatten. Parallel dazu verfaßte Brecht (er wußte nichts von deren Bemühungen) den Text einer Hymne, die er, nach dem Votum der DDR-Staatsführung für Becher/Eisler, „Kinderhymne“ nannte. Sein Vorschlag stand 1990 nochmals zur Diskussion. Natürlich paßte er nicht zur Wiederherstellung des imperialistischen Großdeutschland. Nicht „... daß ein gutes Deutschland blühe wie ein andres gutes Land ...“, daß die Völker nicht erleichen wie vor einer Räuberin ..., und nicht über und nicht unter andren Völkern wolln wir sein ...“ setzte sich durch, sondern das Lied von Langemarck – dieses unsägliche „Deutschland, Deutschland über alles ...“, selbst wenn nur die dritte Strophe offiziell zur Hymne erklärt wurde. Laut BRD-Verfassung stand das Entscheidungsrecht dem Bundespräsidenten zu. Selbst Heuss war 1949 gegen das „Lied der Deutschen“. Er favorisierte einen liberalen Text von Rudolf Alexander Schröder (Musik: Hermann Reutter).

In der Broschüre „Um das Deutschlandlied“ setzten sich die NS-Barden Kolbenheyer, Vesper, Hans Grimm, Furtwängler, Knappertsbusch, Dwinger u. a. für die Beibehaltung der Hymne der Weimarer Republik und des Nazistaates ein. Von Adenauer und Schumacher forciert, wurde das unsägliche Lied staatsstreichhaft am 6. Mai 1952 zur Hymne der BRD, drei Jahre nach deren Gründung, erklärt. Zur Fußball-WM 1954 erklang dann das Deutschlandlied in allen (!) Strophen. Widerstandslos hatte es die Mehrheit der BRD-Bevölkerung angenommen. Anlässlich des Sieges der BRD-Mannschaft schrieb die „Bunte Illustrierte“ (2. Juli 1954):

„Den Deutschen aber bricht das Lied aus der Brust, unwiderstehlich, soweit ihnen die Tränen der Freude nicht die Stimme im Hals ersticken, singen sie alle, alle ohne Ausnahme, das Deutschlandlied. Niemand, auch nicht ein einziger, ist dabei, der von ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ singt. Spontan, wie aus einem einzigen Munde kommend, erklingt es „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“. P. S. Übrigens war die Auswahl der Melodie kein Zufall. Haydn komponierte ein Loblied auf den letzten Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ – antiaufklärerisch, antirevolutionär, antifranzösisch-antinapoleonisch. Es war ein Gegenlied zur Französischen Hymne, der Revolutionshymne. **Dr. Peter Fisch**

Anmerkungen zum „Lied der Deutschen“ Einig gegen Recht und Freiheit

angestimmt (von Fallersleben hatte, wie üblich, seinen Texten eine Melodie beigegeben, in diesem Falle die von Haydns Kaiserhymne aus dem Jahre 1797 – „Gott erhalte Franz, den Kaiser“), spielte aber nur eine marginale Rolle. Noch 1900 saß der Verlag Hoffmann und Campe auf Hunderten unverkaufter Exemplare. Sie wurden zu Makulatur. So blieb es bis 1914. Eine wirkliche Nationalhymne hat es in Deutschland in jener Zeit gar nicht gegeben. Dieser Zustand sollte bis 1922 so bleiben, das heißt bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik. Der chauvinistische „Geist von 1914“ gab dem „Lied der Deutschen“ die „nationale Weihe“. Ein wesentliches Ereignis war dabei der Mythos von Langemarck, den der Heeresbericht vom 11. 11. 1914 in die Welt setzte: Deutsche Freiwilligenregimenter hätten unter Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ die feindlichen Linien überrannt. Damit hatte das Lied einen wesentlich weiteren Horizont erhalten. Der Zeitpunkt war gegeben, es zu antidemokratischen, nationalistischen, imperialistischen und gar rassistischen Zwecken zu gebrauchen. So sangen es die geschlagenen Truppen, die im November 1918 in Berlin einrückten (natürlich begrüßt von Herrn Ebert), die in Weimar tagende Nationalversammlung (12. 5. 1919) und die Banden der Brigade Ehrhardt, die im März 1920 am Kapp-Putsch beteiligt waren.

Schließlich erklärte Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. August 1922 das „Lied der Deutschen“ zur offiziellen Hym-

scheidenden für die Analyse. Es gibt nur – bezogen auf das Deutschlandlied – eine Antwort: Es war untrennbar mit dem deutschen Faschismus und seinen Verbrechen verbunden. Es brutalisierte die große Mehrheit der Deutschen. Wurde es nicht bei der Errichtung des KZ Dachau, bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, beim ersten Judenboykott (April 1933) gesungen? Begleitete es nicht das Pogrom vom November 1938 und den „Einmarsch“ der Naziwehrmacht in die Länder Europas sowie die Massenvernichtung in den Todeslagern Auschwitz, Maidanek, Treblinka ... ? Das alles läßt sich dokumentieren. Der Einwand, nur die dritte Strophe zähle, geht am Problem bewußt vorbei. Die erste Strophe („... über alles“) muß dazugedacht werden und wird es auch von den Befürwortern. Dieses Lied kann von den Opfern des Faschismus, von denjeni-

Am 29. November begeht der ehemalige Buchenwald-Häftling

Herbert Thomas

zuletzt Leiter der Presseabteilung der DDR-Volkskammer, in Berlin seinen **94. Geburtstag**.

Eine herzliche Umarmung!

Unbedachtes Zitat oder Teil einer Strategie? Das „Regensburger Manifest“ des Papstes

Am 12. September predigte der Papst in Regensburg, jener Stadt, in der er als Professor für Theologie gewirkt hatte. Die FAZ (14. 9.) behauptete, Papst Benedikt XVI. habe seine Worte in Regensburg über Gott und den Islam, die Vernunft und Gewaltanwendung in Glaubenssachen mit Bedacht gewählt, auch im Hinblick auf die eigene Biographie und die Erwartungen der Zuhörerschaft weit über die Ländergrenzen hinaus. Es sollte also eine „historische“ Predigt, ein Manifest werden. Beachtung hat sie gefunden, und zwar vor allem die Textstelle, die aus einem Zitat besteht. Benedikt erzählte über ein Gespräch, das der byzantinische Kaiser Manuel II. Palaeologos im Jahre 1391 mit einem gebildeten Perser über die Wahrheiten von Christentum und Islam führte. Manuel fragte damals nach dem Verhältnis von Religion und Gewalt. Benedikt tat das heute. Und nun kommt das gewollte Zitat: „Der Kaiser wußte sicher, daß in Sure 2.256 steht: Kein Zwang in Glaubenssachen.“ Der Kaiser kannte natürlich auch die im Koran niedergelegten – später entstandenen – Bestimmungen über den heiligen Krieg. Der Papst des Jahres 2006 zitierte: „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, daß er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, mit dem Schwert zu verbreiten.“ Ist die Wahl des Zitats mißzuverstehen, wie der Papst angesichts der Protestwelle in islamischen Ländern nachträglich zu seiner Entschuldigung vorbrachte? Der mit allen Weihwassern gewaschene Dogmatikprofessor sollte nicht gewußt haben, welche Funktion dieses Zitat erfüllt? Er soll nicht gemerkt haben, daß er über dem Splitter im Auge des anderen den Balken im eigenen übersah? Das Zitat stammt aus dem 14. Jahrhundert. Waren islamische Städte – Bagdad, Taschkent, Kairo oder die südspanischen,

von den Mauren eroberten Metropolen Sevilla und Granada – nicht Zentren der Wissenschaft und Kultur? Waren die Kreuzzüge der „Christenheit“ keine Gewalt? Was brachte die katholische „Reconquista“ in Süds Spanien, wenn nicht Mord und Vertreibung für Juden und Araber? Gibt es eine Geschichte der katholischen Kirche ohne Ketzerverfolgungen und Inquisition? Wenn Benedikt XVI. ein Zitat gesucht hätte, mit dem der „Dialog“ der Weltreligionen zu begründen ist, hätte ihm jeder halbwegs gebildete Mensch die Ringparabel aus Lessings „Nathan der Weise“ empfohlen. Warum kommt – so weit ich sehe – das Erbe der Aufklärung im entbrannten Streit kaum vor? Könnte es sein, daß der Rat des weisen Nathan der Alleinvertretungsanmaßung der katholischen Kirche ebenso widerspricht wie den Ansprüchen der Zionisten? Vielleicht ist noch ein anderer Aspekt prüfenswert: Zu welchem Zweck und in welchem historisch-politischen Kontext hielt Ratzinger „seine“ Rede in Regensburg? Der Begründer der christlichen Religion beteuerte vor seinen Richtern, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei. In einem päpstlichen Palast ist Christus auch schwerlich vorstellbar. Schon ein flüchtiger Blick in ein Geschichtsbuch zeigt, daß päpstliche Politik einen höchst irdischen Bezug hat. Die „Stellvertreter Gottes“ wußten sehr genau, welche Handlungen sie im Interesse der jeweils Herrschenden abzusegnen hatten. Auch ihre Wahl war auf merkwürdige Weise von den politischen Konstellationen in einer gegebenen Zeit abhängig. Pius XI., der 1939 starb, war eine Liebesheirat mit Mussolinis Faschismus eingegangen und hatte Hitler 1933 mit dem Konkordat international hoffähig gemacht. Sein Nachfolger Pius XII. schwieg zum Holocaust, ließ zu, daß Hitlers Aggressionskrieger gesegnet wurden und schuf 1949 ein Dekret, nach dem alle Katholiken zu exkommunizieren seien, die sich zu den Lehren des Kommunismus bekennen, sie verteidigen und verbreiten. Der „polnische Papst“ kam im rechten Augenblick auf den Stuhl Petri, um den Ruhm in Anspruch zu nehmen, einen maßgeblichen Beitrag zum Untergang des Sozialismus in Europa zu leisten. Nun heißt es „Wir sind Papst“, als ob ein deutscher Oberhirte etwas Besonderes zu tun habe. Aber was? Soll der „deutsche Papst“ seine Herde

dem sendungsbewußten Mr. Bush zutreiben helfen? Dann hätte das Regensburger Zitat eine einfache Erklärung.

Bush proklamiert den weltweiten und zeitlich unbegrenzten Krieg gegen den Terrorismus (der Moslems), der Papst liefert eine religiöse Begründung. Bush rechtfertigt die Gewaltanwendung auch damit, daß er nur den Willen Gottes erfülle. Ob der Papst den Mißbrauch der Religion durch den USA-Präsidenten übersehen hat?

Benedikt XVI. war krampfhaft bemüht, die Wogen der Empörung zu glätten. Er ging dabei so weit, muslimische Botschafter, die beim Vatikan-Staat akkreditiert sind, in seine Sommerresidenz einzuladen. Taktischer (zeitweiliger) Rückzug oder politische Einsicht?

Die FAZ (16. Oktober) widmete dem „Sturm der Entrüstung“ in der islamischen Welt über die Regensburger Papst-Rede einen Leitartikel. Sie titelte „Religion und Gewalt“. Der Autor stellt fest, daß der „Konflikt der Zivilisationen auf dem besten Wege ist, sich zu einem veritablen Kampf zu entwickeln“.

Der Urlaub des Papstes in der bajuwarischen Heimat wird ausdrücklich in einen Zusammenhang mit dem 11. September gestellt: „Vor diesem Hintergrund ist es ein Ereignis von geradezu historischer Dimension, daß sich das Oberhaupt der katholischen Kirche in den vergangenen Tagen gleich in drei öffentlichen Ansprachen zu den ‚Pathologien‘ der Religion äußerte und im Verhältnis von Glaube und Gewalt einen Scheideweg erkennen will.“

Einen Scheideweg – wohin? Schwört die katholische Kirche jetzt jeder Gewalt ab? Darüber hat Benedikt XVI. allerdings nicht geredet – trotz biblischer Mahnungen.

Merkels Innenminister Schäuble übersetzte das päpstliche Zitat für die praktische Politik: „Wenn es einen europäischen Islam geben soll, dann muß er die europäischen Werte verinnerlichen.“ („Der Spiegel“, 38/2006)

Wird auch ein asiatisches Christentum gewünscht? Was sind für Schäuble „europäische Werte“? Weltweite Kriegseinsätze? Das Militär in der Aktion gegen innere Feinde?

Die Wogen nach der Papstrede mögen geglättet werden, die durch sie aufgeworfenen Fragen bleiben. Auch die katholischen Gläubigen müssen sich entscheiden: Vernunft und Aufklärung im Geiste Lessings oder Mißbrauch der christlichen Religion wie unter Pius XI., Pius XII. und Johannes Paul II.

Wohin führt der (im Amt) „unfehlbare“ deutsche Papst seine Herde?

Prof. Dr. Horst Schneider



Unter der Überschrift „A380-Krise Flügellahmer Gigant“ brachte „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 5. 10. eine Hintergrundanalyse der Probleme, mit denen das Airbus-Konsortium – eine Tochter des EADS-Konzerns – im Zusammenhang mit dem Bau des A380 konfrontiert ist. Der Airbus A380 ist das größte Passagierflugzeug der Welt. Sein Verkauf ist von strategischer Bedeutung für die gesamte europäische Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie. Angesichts der Lieferschwierigkeiten beim A380 ist die Rede von einer „schweren Krise“. Am Fertigungsstandort Hamburg, wo bereits 1000 Leiharbeiter „freigesetzt“ wurden, geht die Angst vor weiteren Entlassungen bzw. Werkschließungen um. Die gegenwärtige Situation wird formal auf technische Probleme bei der Airbus-Montage zurück-

werden, wie das Airbus-Flugzeuggeschäft gut lief und der amerikanische Rüstungskonkurrent Boeing tief in der Krise steckte. Während in den Medien die Gefahr der Verlagerung von A380-Arbeitsplätzen aus Deutschland nach Frankreich dargestellt wird, bezeichnet „Die Welt“ gerade dies als äußerst unwahrscheinlich. Interessanterweise verweist das Blatt auf die gegenwärtigen Verhandlungen der Bundesregierung mit dem Airbus-Mutterkonzern EADS über weitere Bestellungen für das Militärflugzeug Eurofighter! Diese würden von Berlin als Faustpfand eingesetzt, um die prestigeträchtige A380-Fertigung in Deutschland zu behalten. Die Rede ist von einem sehr hohen politischen Druck auf das EADS-Management, „nicht einseitig den deutschen Standort zu schwächen“. Das Blatt führt weitere Gründe an,

Hälfte (!!!) aufgebracht, also der Steuerzahler. Das entspricht einer Investition von 750000 Euro pro neugeschaffenen Arbeitsplatz. Aufgrund der A380-Verzögerungen kommen auf EADS „Ergebnisbelastungen“ (sprich Verluste) von insgesamt 4,8 Milliarden Euro bis 2010 zu. Der Konzern hat seine Ergebnisprognose 2006 für ungültig erklärt. Nach Angaben der „Welt“ hatte er ursprünglich mit einem Gewinn vor Zinsen und Steuern von 3,2 Milliarden Euro für das laufende Jahr gerechnet. Nach Bekanntgabe der Fertigungsprobleme kam es zu einem Kursrutsch der EADS-Aktie um zwölf Prozent. Auch der Plan für den Bau des Langstreckenflugzeugs A350 wird massiv in Frage gestellt. Vor allem aufgrund von Entwurfsnachbesserungen, verursacht durch Akzeptanzprobleme bei der Kundschaft, kam es zu einer Kostenverdopplung für das Programm auf mittlerweile neun bis zehn Milliarden Euro. Für die Restrukturierung von Airbus sowie für das A350-Programm ist eine Kapitalerhöhung bei EADS im Gespräch.

Mit der Gründung der EADS vor sechs Jahren wurden mit der DaimlerChrysler-Tochter Dasa und mit der französischen Aerospaciale wesentliche Teile der deutschen und französischen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie zusammengelegt. Zwischen den Hauptaktionären wurde seinerzeit der Erhalt der Konzernkontrolle auch bei Verlust der Aktienmehrheit vertraglich gesichert. Die Aufteilung der Produktionskapazitäten erfolgte entsprechend den jeweiligen Aktienanteilen nach Proporzüberlegungen. Der hohe Staatsanteil wirke abschreckend auf Privatinvestoren, schrieb „Die Welt“. Für Frankreich sei die Luft- und Raumfahrtindustrie eine Schlüsselindustrie und von nationalem Sicherheitsinteresse. Für Deutschland dürfte das nicht minder gelten. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) erwartet von der EADS-Führung, „daß die unvermeidlichen Schritte zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung dabei für alle Standorte ausgewogen erfolgen und gegebenenfalls Lasten fair verteilt werden“. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) forderte, „das europäische Gleichgewicht im Konzern bei der Wertschöpfung und den vorhandenen Arbeitsplätzen“ dürfe „nicht zu Lasten Deutschlands verschoben werden“.

Unterdessen wurde bekannt, daß auch der neue Militärtransporter A 400 M aus technischen Gründen (zu starke Belastung der Triebwerke durch zu hohes Gewicht) erst ab 2012 und nicht wie geplant 2010 an die Bundeswehr ausgeliefert werden könne. Die Bundeswehr hat 60 Maschinen des viermotorigen Flugzeugs im Kostenumfang von 8,6 Milliarden Euro bestellt. Größere Stückzahlen haben auch Frankreich, Großbritannien und Spanien geordert. Einer der führenden Rüstungskonzerne der Welt, Lockheed-Martin (USA), wittert die Gunst der Stunde: Er hat der Bundeswehr sechs „Hercules“-Transportmaschinen angeboten, die ab 2008 geliefert werden könnten. Die jährlichen Leasing-Kosten werden mit 40 Millionen Euro angegeben.

Dr. Erhard Kegel

Die Machtfrage in der europäischen Rüstungsindustrie

Airbus mit lahmen Flügeln

geführt. Auslöser sind Schwierigkeiten mit der Flugzeugelektrik sowie mit der Computersoftware der Entwicklungsingenieure, wie es heißt. Dies betrifft aber offensichtlich nicht die komplexen Systeme der Bordelektronik, sondern ganz einfache Dinge wie Kabelschächte im Fußboden oder in der Kabinendecke, die nicht funktionierten. So würden die Kabelbäume nicht in die vorgesehenen Räume unter den Verkleidungen passen, weil sie viel dicker ausfielen als zunächst geplant. Aufschlußreich sind die Komplikationen in der Fertigungsorganisation. Während z. B. die Kabelschächte in Toulouse konstruiert werden, erfolgt der Einbau der 480 km langen Kabel in Hamburg. Wie „Die Welt“ berichtete, würden französische und deutsche Airbus-Entwickler mit unterschiedlichen Software-Versionen arbeiten, was die Frage nach dem „Versagen des Managements“ aufwirft. Neben der Unterschätzung der technischen Komplexität des Projekts durch die frühere französisch-deutsche Doppelspitze ist vor allem von einem tiefgehenden Streit auf der obersten Führungsebene die Rede. Hier gab es unlängst personelle Veränderungen. Die Doppelspitze wurde seinerzeit als Kompromiß zwischen der deutschen und der französischen Rüstungsindustrie ausgehandelt, weil keine der beteiligten Seiten stark genug war, um die Führungsfrage klar zugunsten einer Partei zu entscheiden. Die strukturellen und strategischen Rivalitäten konnten nur so lange unter der Decke gehalten

die gegen eine Verlagerung der Fertigung nach Toulouse sprächen. So könnte die französische Seite an ihrem Standort gar nicht die erforderliche Stückzahl des A380 bauen, wenn die Produktion ab 2010 hochgefahren werde.. Nach Angaben von Airbus-Fertigungsingenieuren müßten die geplanten vier Maschinen im Monat auf die Standorte Toulouse und Hamburg verteilt werden, um überhaupt im Zeitplan bleiben zu können. Es wird spekuliert, daß der geplante Stellenabbau hauptsächlich die Verwaltung betrifft. Vor dem Ausbau des Werksgeländes hat der Konzern dem Hamburger Senat versprochen, dort 2000 neue Stellen für den A380 zu schaffen. Aufgrund der enormen Nachfrage nach hochspezialisierten Flugzeugbauern sei diese Zusage bereits übererfüllt worden. Am weiteren Bedarf an Fachkräften würden auch die aktuellen Probleme der A380-Fertigung nichts ändern. Statt der 35-Stunden-Woche sind jedoch Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich für einen Teil der 12000 Hamburger Beschäftigten beschlossen worden. Mit Landeshaltsmitteln wurde extra ein Seitenarm der Elbe – das sogenannte Mühlenberger Loch – zugeschüttet und Platz für neue Flugzeughallen geschaffen. Ohne Unterstützung des Senats hätte der Konzern die Start- und Landebahn auf dem Werksgelände nicht durchsetzen können. Von den insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen in Hamburg-Finkenwerder hat das Land rund die

Das ist frischer Wind für die Genossenschaften“, verkündete Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bei der Einführung der Europäischen Genossenschaft am 18. August durch ein Bundesgesetz. Gleichzeitig wurde das deutsche Genossenschaftsgesetz neu gefaßt. Für viele ist es eine Unwetterwarnung.

Was ist die Europäische Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea – SCE)?

Im Gegensatz zu den auf Gemeinwohl orientierten deutschen Genossenschaften ist die Europäische Genossenschaft auf Kapitalverwertung aus, wobei grenzüberschreitende Aktivitäten Bedingung sind: Sie muß Mitglieder aus mindestens zwei EU-Ländern haben. „Investierende“ Mitglieder müssen nicht selbst mitarbeiten, sondern bringen Kapital ein und erwarten eine Dividende. Ungleiche Anteile bedeuten ungleiche Rechte. Das Verhältnis von Gleichen wird durch ein Ausbeutungsverhältnis ersetzt. Große Anteilseigner können mehr Stimmrechte erhalten (kaufen). Allein damit ist der demokratische Grundsatz „Ein Mitglied – eine Stimme“ aufgebrochen. Beim Austritt aus der Genossenschaft müssen den Mitgliedern ihre Anteile nicht ausgezahlt werden, wenn damit das Mindestkapital unterschritten wird. „Kleinen Leuten“ mit 1200 Euro Geschäftsanteil tut das weh.

Vorstellbar ist folgendes Szenario: Westlicher Unternehmer macht 30 000 Euro locker, sucht sich in östlichen Ländern vier Arbeiter, zahlt deren Anteile und hat eine Genossenschaft gegründet. Freiwillig übernimmt er sämtliche Stimmrechte. Und dankbare Genossenschaftler mehrern sein Kapital. Den Sitz der Genossenschaft verlegt er in das Land mit den niedrigsten Steuern. Brachliegende Immobilien sind zudem leicht zu haben. Und in den neuen EU-Ländern sorgen reformwillige Abgeordnete dafür, daß die Sozialstandards, auch die gehen ins Geld, nicht ins Kraut schießen. Das Lohngefälle West-Ost fordert eine grenzüberschreitende Kapitalanlage geradezu heraus.

Einige Neuerungen und ihre Konsequenzen wurden bisher nicht hinterfragt, geschweige denn bewertet. Beispiel: In die SCE können auch Sachwerte eingebracht werden, z. B. Grund und Boden. Bäuerliches Land in Polen und Tschechien, dessen Verkauf an Ausländer (noch) verboten ist, kann so gemeinsames Eigentum von länderübergreifenden Unternehmen werden. So kommt der deutsche „Genossenschaftler“ an polnisches Land und gewinnt den Krieg noch nachträglich. Überlegungen zu staatsrechtlichen Konsequenzen wurden bislang nicht bekannt.

Obwohl europäisches und nationales Genossenschaftsrecht nebeneinander existieren können, wurde von den Anhängern des neoliberalen Wirtschaftsmodells Druck zur Anpassung des deutschen Genossenschaftsgesetzes gemacht. Ergebnis: Die Hauptfestlegungen der SCE können nun auch in die Satzungen der deutschen Genossenschaften übernommen werden.

Ging es Genossenschaftsmitgliedern bisher um preiswerte Versorgung mit

Wie Kooperativen auf das Maß von Kapitalgesellschaften gebracht werden sollen

Bolkestein im Genossenschaftswesen

Lebensmitteln oder Wohnungen, um günstige Sparanlagen, um gemeinschaftliche Produktion, gemeinsamen Einkauf oder Absatz, werden nun Kapitalanlagen Hauptmotiv sein. Klar, in welchen EU-Ländern Geld vorhanden ist und wo billige Arbeitskräfte sind, und ebenso, wer da in der Mitgliederversammlung das Sagen hat. Die Nähe zu Kapitalgesellschaften ist signifikant.

Zu den veränderten Eigentumsstrukturen werden flankierende Bedingungen geschaffen: Mitglied der Genossenschaft können nunmehr nicht allein natürliche Personen werden (Wohnungsinteressenten, Sparer, Handwerker, Bauern usw.), sondern auch juristische Personen und Personengesellschaften, deren Vertreter in den Vorstand und Aufsichtsrat gewählt werden dürfen. Damit ist endlich das Tor geöffnet für die professionellen Manager von außen, die im Interesse ihrer Bank, ihrer Immobiliengesellschaft, ihrer Anwaltskanzlei bestimmen, wo es langgeht. Und eine kleine Lücke im Paragraphen 8: Investierende Mitglieder dürfen im Aufsichtsrat nicht mehr als ein Viertel der Sitze einnehmen. Für den Vorstand aber gilt keine Beschränkung! Mehr noch: das alleinige Recht der Generalversammlung, den Vorstand zu wählen oder abzuberufen, wird durch die Möglichkeit der Bestellung oder Abberufung durch den Aufsichtsrat ersetzt. Mehr als bisher kann hinter verschlossenen Türen entschieden werden.

Brigitte Zypries weiß Besorgnisse zu dämpfen: Viele Neuerungen sind nicht verpflichtend. Genossenschaften können frei entscheiden, ob sie investierende Mitglieder zulassen oder ein Mindestkapital einführen.

Richtig, einige Regeln sind fakultativ, aber nicht alle. Zum Beispiel Paragraph 68: „Die Gründe, aus denen ein Mitglied aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden kann, m ü s s e n (Hervorhebung von mir. S. Sch.) in der Satzung bestimmt sein.“ Sogleich sieht auch der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft einen Nutzeffekt: Bei „Störungen des Förderzwecks“, und das ist weit auslegbar, kann einem Mitglied nach seinem Ausschluß das Nutzungsrecht an seiner Wohnung gekündigt werden. Mietrecht ist egal.

Durch die Hintertür kam so ein gefährliches Instrument zur Disziplinierung der Mitglieder ins Gesetz. Wie ernst das zu nehmen ist, beweist die Tatsache, daß der Ausschluß von Mitgliedern explizit auf die Tagesordnung des Genossenschafts-

kongresses der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsakademie am 27./28. September gesetzt worden ist.

Man darf gespannt sein, welche „freiwilligen“ Bestimmungen die Verbände in ihren Mustersatzungen den Genossenschaften dringend empfehlen.

Die Genossenschaften der DDR mußten 1990 das bundesdeutsche Genossenschaftsrecht von 1889 übernehmen. Das nutzten viele Vorstände, sich zu Unternehmern aufzuschwingen, indem sie den Genossen klarmachten, die Genossenschaft sei nun ein Unternehmen, das sich auf dem Markt behaupten müsse, die Genossen seien Kunden, die Vorstände brauchten völlige Entscheidungsfreiheit, und im übrigen unterliege ihr Handeln dem Geschäftsgeheimnis. Die Unterrichtung der Presse und der Öffentlichkeit wurde in aller Regel als Verstoß gegen die genossenschaftliche „Treuepflicht“ verboten. Die Übertragung des Westmodells brachte auch ein erhebliches Defizit an genossenschaftlicher Demokratie mit sich. Wenn schon Reform – die Novelle bot eine einzigartige Chance für eine Neubelebung. Die Reformer blieben jedoch auf halbem Wege stehen. Eine entscheidende Änderung hätte der Vorschlag des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens gebracht: die Pflicht der Vorstände wiederherzustellen, Weisungen der Generalversammlung auszuführen. Die war 1973 mit einer „kleinen“ Novelle abgeschafft worden.

Einen Erfolg verbuchen die Reformer für sich. Die Gründung von Klein- und Kleinstgenossenschaften wird begünstigt. Nicht sieben, sondern ganze drei Personen können nunmehr eine Genossenschaft gründen.

Woher nehmen sie aber das Kapital, wenn sie weniger Mitglieder brauchen? Antwort: Bei drei Mitgliedern sei die Kapitalbeschaffung auch nicht wesentlich anders als bei sieben. Und sie könnten ja „Sacheinlagen“ einbringen oder sich investierende Mitglieder suchen.

Mal andersherum: Kleingenossenschaften können auch entstehen durch Verkleinerung. Was, wenn sich kapitalstarke Mitglieder einer Agrargenossenschaft die Verringerung der Mindestmitgliederszahl auf drei zunutze machen, um durch Mobbing, Teilung, Abfindung usw. einen Betrieb von einigen tausend Hektar in den Händen einer Familie zu konzentrieren?

Dr. Sigurd Schulze

Brief aus der „Heldenstadt“

Leipziger Marx-Relief landete im Staub

Der Abbau des 14 Meter breiten und sieben Meter hohen tonnenschweren Kunstwerks vom Uni-Gebäude Ende August war wegen des Neubauprojekts notwendig. Leipzigs sozialistische Zeitung sprach von einer „Abbruch-Schande“. Das politische Drumherum deutet in diese Richtung. Die Verantwortlichen der Stadt, der Universität und des Freistaates Sachsen – durchweg bekennde Marx-Gegner – waren nicht bereit, einen geeigneten Ersatzstandort auszuweisen und vorzubereiten, obwohl das Problem jahrelang bekannt ist. Die Leipziger Linke.PDS gab am 3. Juli eine Presseerklärung ab, und ihre Stadtratsfraktion legte einen Antrag mit einem angemessenen Vorschlag für die weitere Verfahrensweise vor. Dieser regt einen Künstler- und Architektenwettbewerb an. Doch Leipzigs neuer OB

und die anderen Adressaten hüllen sich in dezentes Schweigen. Derzeit herrscht scheinbare „ideologische Windstille“. Es entsteht der Verdacht, daß der „vorläufige Lagerort“ eine Dauerlösung werden soll ... Übrigens – beim Versuch des Abbaus versagte die Hebetchnik und mußte ersetzt werden. Das Monument wurde in vier annähernd gleiche Teile zerlegt, was die Phantasie einiger Leute anspornte, die Sektionen künftig getrennt aufzustellen. Die hiesige bürgerliche Leitzeitung (LVZ), die sich bereits anlässlich des 150. Jahrestages des Manifests von Marx und Engels bewogen gefühlt hatte, es lächerlich zu machen, war diesmal sehr bemüht, die Diskussion auf Sparflamme zu halten. Nicht dem Relief, sondern Marx gilt die Hauptattacke. Er sollte, so ein Künstler, bereits seit 150 Jahren demontiert

werden. Die neuen Eliten ignorieren die kapitalistischen Verbrechen in der Welt und schweigen zu deren Ursachen. Sie setzen sich auch über das Ergebnis jener ZDF-Umfrage hinweg, die vor Jahren ergab, daß Marx zu den größten Deutschen zu zählen ist. Im Osten war er sogar der Spitzenreiter. Die abgefragte Meinung der Bürger wird einfach beiseitegeschoben, wenn sie der Obrigkeit nicht gefällt. Ich favorisiere als neuen Standort des Marx-Reliefs entweder das Gewerkschaftshaus, das sich in der Nähe des historischen Liebknechtshauses befindet, oder das Leipziger Arbeitsamt. Wegen der ständig dort eingehenden Beschwerden über die Zustände in dieser Gesellschaft kann man von der unsichtbaren Anwesenheit der Herren Marx und Engels getrost ausgehen.

Joachim Spitzner

Korrespondenz aus Halle

Von Eklat zu Eklat

Der Fall Schäfer spricht für die Arroganz regierender Politik. Wie anders sollte man den Skandal anlässlich des Weimarer Kunstfestes „Gedächtnis Buchenwald“ sonst bewerten? Der Ministerialdirektor beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ein als Professor für höchste kulturpolitische Ämter renommierter Historiker, sollte dort eigentlich ein Grußwort zum Thema halten. Das tat er nicht. Den Ort neugierend, an dem er sich befand, ertotete er lautstarke Proteste und ließ die Versammlung zum Eklat werden. Kein Wort über das KZ Buchenwald als nazistisches Völkergefängnis und seine 56 000 Opfer, statt dessen „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa“. Aus dem ehrenden Angedenken wurde eine Mißachtung der Opfer und eine Beleidigung der Überlebenden faschistischer Gewaltherrschaft. Doch nicht nur dort geschah solches.

In Halle haben sich die Mitglieder des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgte des Naziregimes und Hinterbliebene voller Sorge an die Öffentlichkeit gewandt, sie in ihrem Protest gegen eine von der Stadtverwaltung gebilligte „Ehrung“ von Naziaktivisten auf dem Gertraudfriedhof der Stadt zu unterstützen. Dort wurde unter der Bezeichnung „Torgauer Urnen“ ein Ehrenhain errichtet, auf einer Informationstafel dazu aber verschwiegen, daß es sich zumeist um verurteilte und auch nicht durch neueste Überprüfungen rehabilitierte Kriegsverbrecher, Lagerkommandanten und Teilnehmer an Erschießungskommandos in Polen, der Sowjetunion und Deutschland handelt. Bis auf die Linkspartei.PDS wurden Ge-

sprächsangebote der VVN dazu von den Stadtratsfraktionen nicht angenommen. In Sorge um das Ansehen der Stadt Halle, die in diesem Jahr ihr 1 200jähriges Bestehen begeht, haben sich neben zahlreichen Bürgern auch bekannte Persönlichkeiten an die Oberbürgermeisterin gewandt und sie aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Bis heute werden nazistische Verbrechen in einer Weise „relativiert“, die auch aus der Weimarer Rede des Vertreters der Bundesregierung herauszulesen war, wenn es da hieß, die Aufgabe von Gedenkstätten müsse darin bestehen, „Nachdenken über I d e n t i t ä t (!) und Geschichte anzuregen“. Offensichtlich war das so gemeint, wie es in Halle durch die Oberbürgermeisterin und die Mehrheit im Stadtrat praktiziert wird. Teilnehmer einer internationalen Studentenbrigade des Sommerlagers Lichtenburg 2006 in Sachsen-Anhalt interpretieren deutsche Geschichte ganz anders. In einem Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes, Prof. Dr. Böhmer, äußern sie betont „ein politisches Anliegen“. Es geht ihnen um den Erhalt einer wichtigen Gedenkstätte, die an den NS-Terror

erinnert: das ehemalige KZ Lichtenburg, wo seit drei Jahren immer zur Jahresmitte Workcamps der Aktion Sühnezeichen in Kooperation mit dem Arbeitskreis Schloß und Gedenkstätte Lichtenburg am Erhalt und Ausbau des Mahnmals arbeiten. Das von 1554 bis 1582 erbaute Schloß wurde schon in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878/79 als Haftanstalt genutzt. 1933 saßen bereits von den ersten Tagen der nazistischen Machtübernahme an 1675 von den Nazis in „Schutzhäft“ genommene Antifaschisten in der 1928 als Zuchthaus geschlossenen und nun vom Merseburger Regierungspräsidenten wieder eröffneten Lichtenburg ein. Hier wurden bekannte Frauen und Männer des frühen Widerstandes inhaftiert. Zu ihnen zählten Friedrich Ebert und Olga Benario-Prestes. „Eine komplette Schließung der Lichtenburg würde eine Entwürdigung der Opfer bedeuten“, schrieben die Jugendlichen an den Regierungschef. „Unser Engagement dafür wird nicht aufhören. Wir hoffen, Ihres auch nicht.“

Eindringliche Worte, die auf die ungewisse Zukunft einer Gedenkstätte hinweisen, die es wirklich verdient, als solche bezeichnet zu werden. Doch obwohl diese in die Liste des am 1. Januar 2007 in Kraft tretenden Gesetzes „Stiftung Sachsen-Anhaltinische Gedenkstätten“ aufgenommen wurde, gibt die Landesregierung selbst angesichts der sich ausbreitenden rechten Szene und der immer häufiger vermeldeten Straftaten ihrer Parteigänger im Land noch immer keine Antwort auf die Frage, ob sie bereit ist, die Trägerschaft und damit die Verantwortung und finanzielle Förderung für die Lichtenburg zu übernehmen. Das Schreiben aus dem Sommerlager ist eine wohlthuende Antwort an die zum „Mißverständnis“ kleingeredete Weimarer Entgleisung eines Amtsträgers der Merkel-Regierung.

Am **6. November** wird unser Autor

Hans-Dieter Hesse
aus Recklinghausen **75** Jahre alt.

Wir grüßen den langjährigen
Bergmann, erprobten
Kommunisten und
liebensewerten Freund.

Dr. Hans-Dieter Krüger

Warum die Bourgeoisie einen erheblichen Teil des Volksvermögens sinnlos verpulvert

Aggressive Werbung – Ausdruck der Krise

Die Werbung ist eine Plage. Sie trifft überaus massiv auf unsere Seh- und Hörnerven. Sie läßt unsere Briefkästen überquellen. Ich empfinde genau so, wie der Autor des Beitrags „Schwindel aus Leidenschaft“ (RF 8/2006, S. 5). Geradezu empörend sind Werbeprodukte, wenn sie Grenzen des guten Geschmacks überschreiten, grammatikalische, orthographische Regeln dreist negieren oder unseren Intellekt mit primitiven Aussagen beleidigen. Und was für ein Aufwand an Rohstoffen und Energie! Volkswirtschaftlich betrachtet uneffektiv bis sinnlos. Wer oder was trägt Verantwortung für diese Vergeudung und diese Zumutung? Die Werbemanager, die Designer und Grafiker, die Texter, die Filmemacher? Mitnichten! Es sei denn, einer hat absolut danebengegriffen. Aber in der Werbung gilt alles als erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. Andererseits gelingt mancher erheiternde Nebeneffekt.

Werbung gehört zur kapitalistischen Wirtschaft wie der Deckel auf den Topf oder der Schimmel zum Käse. Sie ist Teil des Marketings eines Unternehmens oder Instituts. Ohne aktive Marktarbeit kann ein kapitalistisches Unternehmen nicht bestehen. Je mehr sich Konkurrenzsituationen in der Rezession zuspitzen, desto aggressiver fallen die Maßnahmen in Public Relations und in der Werbung aus. Es gibt zahlreiche Beispiele für große und kleine Unternehmen, in denen Manager glaubten, die Kosten für Werbung reduzieren zu können, weil ihre Firmenprodukte und Marken hinreichend bekannt sind. Sie wurden schnell eines besseren belehrt. Beispielhaft dafür war der Fall der Zigarettenmarke „HB“ vom Haus Bergmann. Jeder kannte aus dem Fernsehen das „HB-Männchen“. Fernsehspots sind besonders teuer. Die Firma verzichtete auf die Einschaltung. Bereits nach kurzer Zeit ging deren Umsatz um zweistellige Prozentzahlen zurück. Es ist belegt, daß in der Volkswirtschaft bei sinkender Konjunktur die Aufwendungen für PR und Werbung nicht gleichermaßen sinken, sondern sogar noch steigen.

Die Verantwortung für die grotesken Auswüchse der Werbung trägt nicht der einzelne, sondern das System. Wir haben es also mit einer Erscheinung zu tun, welche „nur“ die gesamte Sinnwidrigkeit des kapitalistischen Systems widerspiegelt, nämlich die zunehmende Ausbeutung des arbeitenden Menschen, die wachsende Arbeitslosigkeit, die ungerechte Verteilung des Nationaleinkommens, das Bildungsmonopol der Wohlhabenden, die Versuche einer Zerstörung der Solidarität unter der arbeitenden Bevölkerung und eine prinzipiell aggressive Haltung.

In der bürgerlichen Nationalökonomie wird der Werbung eine antizyklische Funktion, d. h. eine die Konjunktur bele-

bende Wirkung zugeschrieben. Sieht man davon ab, daß die Werbewirtschaft eigenständige Produkte hervorbringt, die in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen, schafft sie weder Kaufkraft noch Nationaleinkommen. Sie nimmt lediglich Einfluß auf deren Verteilung und Verwendung. Da die kapitalistische Produktion im Gegensatz zur sozialistischen nicht auf die Befriedigung erkannter Bedürfnisse, sondern primär und unabhängig davon auf Profiterzielung ausgerichtet ist, projiziert ihre Werbung spezifische Bedürfnisse in die Köpfe der Verbraucher. Es kommt ihr vordergründig gar nicht darauf an, umfassend über das angebotene Erzeugnis zu informieren, sondern darauf, den potentiellen Interessenten psychologisch zum Kauf zu bewegen. Die Autowerke Ford hatten vor einiger Zeit den Fehler begangen, in Werbespots allein ihre wissenschaftlich-technische Kompetenz im Autobau anzupreisen. Mercedes, BMW und andere Autokonzerne verzichteten dagegen vollständig auf Gebrauchswertangaben. Sie zielten allein auf das Imagebewußtsein der Umworbenen und deren geheime Wünsche. Ford gelang es nicht, den Rückgang im Absatz seiner Automobile aufzuhalten, während sich die Verkaufszahlen anderer im gleichen Zeitraum positiv gestalteten.

Eine Beschäftigung mit der Werbung weckt Erinnerungen. Die Feinde des Sozialismus behaupten, in der DDR habe es Werbung nicht gegeben, weil keine entsprechenden Waren angeboten werden konnten. Außerdem wäre dort niemand fähig gewesen, Werbung zu machen. Diese Behauptungen sind genauso böhsartig wie falsch. Tatsächlich existierte in der DDR eine Produktwerbung ungeachtet und unabhängig von zeitweiligen Überangeboten oder Lücken in der Breite des Warensortiments. Nur, die Werbung erfüllte infolge der auf die Bedürfnisbefriedigung und nicht auf den Profit ausgerichteten Produktion eine prinzipiell andere Funktion.

Diese widerspiegelt sich natürlich auch im gesamten Erscheinungsbild. Im Vordergrund der Aussagen stand nicht die Verführung zum Kauf, sondern die Gebrauchswertinformation über das Produkt. Ferner wurden in der Werbegestaltung ethische und soziologische Gesichtspunkte sehr ernst genommen. Die Werbeagenturen in der DDR legten sich einheitlich

auf zehn Gebote für ihre Arbeit fest. Jene bezogen sich sowohl auf den Inhalt als auch auf die Form des Werbemittels. Zum Beispiel enthielten sie die Forderung: Die Werbung darf nur versprechen, was das Produkt tatsächlich hält. Ein Mißbrauch des weiblichen Körpers für Werbezwecke war tabuisiert.

Allerdings unterlag die Werbung, insbesondere die Exportwerbung, oft handelspolitischen Zwängen. Verhindert oder zumindest eingeschränkt wurde zum Beispiel der gezielte Aufbau von „Marken“ für ausgezeichnete DDR-Erzeugnisse, weil diese im Ausland, mitunter sogar im Inland, mit fremden Firmenzeichen und nicht unter dem Signum des Herstellers angeboten wurden. Folglich entfielen in diesen Fällen einprägsame eigene Produktwerbungen.

Für die Wirtschaft und die Bevölkerung der DDR wäre es dienlicher gewesen, mehr Wert auf Öffentlichkeitsarbeit und Werbung zu legen und sogar höhere Aufwendungen nicht zu scheuen. Die Bürger wären über das tatsächliche qualitative Warenangebot eingehender informiert, eine Rückwirkung auf die Produzenten wäre von ideellem und materiellem Vorteil gewesen. Wie man im nachhinein feststellen kann, repräsentierten Werbung und Verpackung nicht den wirklichen Wert dieser oder jener Waren. Maßgebende Wirtschaftsfunktionäre der DDR sahen das leider anders. Zwei aufeinanderfolgende Gesetze reduzierten die Aufwendungen volkseigener Betriebe für Werbeausgaben. Andererseits gab es sehr gut ausgebildete und fähige Werbegestalter, die ihr ganzes Können aber nicht auszuspielen vermochten. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich leitete fast zwei Jahrzehnte die DEWAG – das größte Werbeunternehmen der DDR – und kenne noch manche, die bis in die Gegenwart als Fachkräfte sehr geschätzt sind.

Dr. Manfred Böttcher



Ein Streik mit Augenzwinkern

Erfolg des Marburger Bundes ist Ergebnis einer fragwürdigen Standespolitik

Wer in Deutschland Arzt oder Ärztin werden will, muß des Lateinischen – mehr oder weniger – mächtig sein und kennt die Formel der alten Römer: „Divide et impera“, teile und herrsche. Das Teilen hat im Fall der deutschen Klinikärzte die Führung des Marburger Bundes besorgt, also des „Verbandes der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte“ (um einmal vom Begriff „Ärztengewerkschaft“ wegzukommen). Mitte August haben sie sich nun durchgesetzt und nach bemerkenswert ausdauernden, wenn auch von mancher Klinikleitung mit freundlichem Augenzwinkern begleiteten Streiks für ihre Klientel ein wenig mehr herausgeholt als ver.di mit ihren einheitlichen Tarifverträgen für alle Beschäftigten der Kliniken.

Streiks hatten und haben viel mit Begriffen wie Solidarität und Gemeinsinn zu tun – der Arbeitskampf des Marburger Bundes hingegen nicht. Der Verband hat die ohnehin starke sozialpolitische Position seiner Mitglieder geschickt genutzt, um noch stärker zu werden – auf Kosten anderer, nämlich des Pflege- und Verwaltungspersonals und letztlich der Patienten. Und das in Zeiten, in denen in Deutschland viele Millionen Menschen als Arbeitslose oder in prekärer Beschäftigung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Ja, der Marburger Bund trägt mit seiner

Politik dazu bei, den Riß zu vergrößern, der durch unsere Gesellschaft geht.

Die in ver.di organisierten Klinikärzte wissen um diese Dinge, sie kennen und schätzen den Wert solidarischer Tarifpolitik. Da muß man gar nicht erst den guten alten Begriff von der Einheitsgewerkschaft bemühen, mit dem nach dem Krieg der gewerkschaftlichen Zersplitterung ein Ende gesetzt wurde. Was aber hat es zum Beispiel mit Solidarität zu tun, daß die Marburger-Bund-Führung als Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Situation ihrer Klientel und im Blick auf eine bessere Patientenversorgung nicht etwa eine drastische Verkürzung der skandalös langen Arbeitszeiten in den Mittelpunkt der Streikziele gestellt hat, sondern in erster Linie die bessere Bezahlung derselben? Für die Sicherheit der Patientenversorgung ist es unerheblich, ob der übermüdete Arzt Überstunden bezahlt bekommt oder nicht.

Der Marburger Bund hat einen Augenblickserfolg errungen. Aber ob er auf lange Sicht seinen Mitgliedern nicht einen Bä-

rendienst erwiesen hat, werden die nächsten Jahre zeigen, wenn die „Arbeitgeber“ wirtschaftliche Gründe (Stichwort: Gesundheitsreform) vorschützen werden, um die Zahl der „teuren“ Ärztinnen und Ärzte zu verringern, um die Aufstiegschancen für den Nachwuchs einzuschränken, um den Medizinern Aufgaben wegzunehmen. Mit seiner Politik nimmt der Marburger Bund die weitere Privatisierung von Krankenhäusern in Kauf, ohne die Auswirkungen auf Beschäftigte und Bevölkerung zu bedenken, die auch die Ärztinnen und Ärzte treffen werden.

Henrik Müller

Aus „ver.di News“, 2. 9. 2006



Wie Münte die Arbeitslosigkeit beseitigt Graszupfer

Arbeitsminister Franz Müntefering hat den Königsweg zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in der BRD entdeckt. Vielerorts – so in den Berliner Neubaugrevieren Marzahn und Hellersdorf – hört man den ohrenbetäubenden Lärm neuentwickelter Graszupfagggregate, die von jeweils einer Person bedient werden können und offenbar ein gesellschaftliches Bedürfnis ersten Ranges befriedigen. Sie entfernen oft gar nicht mit dem bloßen Auge wahrnehmbare Halme am Rand der Gehwegplatten. Und das gleich mehrmals im Monat. Vermutlich handelt es sich um Ein-Euro-Jobs.

Müntes jüngste Arbeitsbeschaffungsmaßnahme erinnert an die berühmten Gärtner, über die sich einst die bundesdeutsche Journaille mit Recht lustig machte: Sie sprengten in strömendem Regen die Rabatten der Kurorte.

C. A.

Genossin **Elsa Schmidt** aus Hamburg vollendet am **17. November** ihr **86.** Lebensjahr.

Zum **80.** Geburtstag gratulieren wir

Dr. sc. Fritz Welsch (7. November) und

Dr. Erich Thieler (23. November), beide aus Berlin.

Dr. Werner Freigang aus Leipzig (**2. November**),

Horst Schlüter aus Neubrandenburg (**2. November**),

Helmut Goldenbogen aus Eberswalde

(**6. November**) werden **75.**

Zur Gruppe der **70**jährigen rücken auf:

Burkhard Löther aus Berlin (**9. November**),

Dr. Martin Kneifeld aus Strausberg (**10. November**),

Hildegard Triebel aus Berlin (**13. November**) und

Horst Nehls aus Neubrandenburg (**18. November**).

Mit **65** werden zu Jungveteranen ernannt

Michael Beltz aus Gießen (**6. Nov.**) und

Manfred Dittrich aus Berthelsdorf (**16. Nov.**),

und als Nachwuchskader steht bereit

Wilfried Gerbig aus Harzgerode

(**14. November**), der seinen **60.** Geburtstag begeht.

Der „RotFuchs“ beglückwünscht die Jubilare des Monats.

Alles Gute,
liebe
Genossinnen
und Genossen!

Wie ist das mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Mit dem Kampf um die Erhaltung von Sozialleistungen nach vertretbaren Mindeststandards und der Unmöglichkeit einer Vollbeschäftigung alten Typs tritt immer öfter die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) oder Bürgergelds hervor. Dies soll jedes Gesellschaftsmitglied ohne daran geknüpfte Forderungen erhalten. Dadurch könne die vor allem durch Massenarbeitslosigkeit und großen Lohndruck voranschreitende Verarmung verhindert und zugleich mehr individuelle Freiheit gesichert werden. Jeder solle selbst entscheiden, ob er sich durch Erwerbsarbeit weiteres Einkommen zu ihm genehmen Konditionen dazuverdiene.

Hier kommen schon die Probleme. Um mit interessanter Arbeit gut verdienen zu können, braucht man eine Ausbildung, womöglich ein Studium, Weiterbildung und dergleichen. Werden sich diese Voraussetzungen ausreichend Jugendliche und Erwachsene aneignen? Ja, es fängt bereits mit dem Lernen in der Schule an. Werden hinreichend Menschen arbeiten wollen oder sich lieber begnügen? Wird hier nicht ein Menschenbild zugrunde gelegt, das noch „edler“ ist, als der reale Sozialismus es anstrebte, ohne es erreichen zu können, weil die Menschen immer von Interessen geleitet werden.

Kann man ein Leben an der Armutsgrenze – von 950 oder gar nur 700 Euro bei Erwachsenen wird gesprochen – nahezu kultivieren? Und wird nicht die Arbeit grundlegend entwertet und der Freiheit falsch gegenübergestellt? Die Arbeit, die den Menschen erst zum Menschen gemacht hat, wird ihres eigentlichen tieferen Sinns entkleidet. Wie sollen Triebkräfte entwickelt werden? Schließlich gilt es erst zu produzieren, um überhaupt verteilen zu können. Die Selbstbestimmung des Menschen in Freiheit wird so auf den Kopf gestellt.

Und die Finanzierung des Ganzen? Die angeblich durchgerechneten Modelle sind sehr unterschiedlich. Eines sieht z. B. eine 30prozentige Verbrauchssteuer vor, wobei die bisherigen Preise angeblich durch geringere Lohnkosten gesichert würden. Das Modell der Verfechter in der PDS geht von einer Sozialabgabe von 35 % auf alle Bruttoeinkommen (bei gesenkter Einkommenssteuer) und besonders umverteilenden Steuern wie Börsenumsatz-, Sachkapital-, Vermögens-, Primärenergie- und Luxusumsatzsteuer aus. Dabei solle gesichert werden, daß mit wachsendem Einkommen die Differenz zwischen bisher erreichtem Netto und dem Netto plus BGE geringer wird. Die sogenannte Staatsquote – der Anteil der umzuverteilenden Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – würde dabei auf sagenhafte 71 % steigen. Ob solche z. T. abenteuerlichen Umwälzungen möglich sind und sich für ein äußerst fragwürdi-

ges BGE-Experiment lohnen, kann kaum jemand schlüssig beurteilen, und für die (leider viel zu wenig angewandte) Methode „Versuch und Irrtum“ ist es meines Erachtens zu umfangreich.

Zumindest wäre zu überlegen, ob die Lösung nicht eher in einer Erwerbsarbeit schaffenden Umverteilung zur Entwicklung eines Non-Profit-Sektors für Kultur, Daseinsvor- und -fürsorge und andere Notwendigkeiten liegt. Denn Arbeit an sich gibt es genug, aber nicht gewinnbringende, wie es im Kapitalismus nötig ist. Dadurch wird die Arbeit nicht etwa „zum falschen Selbstzweck“, wie die BGE-Anhänger die arbeitsorientierten Lösungen diskreditieren. Wieso soll arbeitsloses Leben höchste Freiheit von arbeitsfähigen Menschen darstellen? Das „autoritäre“ Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ unterscheidet sich nicht wirklich vom Neoliberalismus, wird frech von manchem behauptet. Natürlich sind zur Lösung der Vollbeschäftigungsprobleme auch wachsende Arbeitszeitverkürzungen erforderlich, die im Kapitalismus schwer durchzusetzen sind.

Einige argumentieren sogar, daß die Lohnkosten bei diesem Modell kräftig sinken, da ja nur Ergänzungszahlungen zum Grundeinkommen zu gewähren sind, also eine Art flächendeckender „Kombi-Lohn“. Aber das würde Kostenrechnung und Preisbildung verzerren und gesellschaftlichen Aufwand außer acht lassen. Wegen neuer Verteilungsmodelle kann man doch nicht die ganze Wertrechnung in der Wirtschaft durcheinanderbringen. Im realen Sozialismus wurde aus Verteilungsgründen schon einmal versucht, das Wertgesetz außer Kraft zu setzen, um niedrige Konsumgüterpreise und Leistungstarife zu garantieren, damit alle sich den „Grundbedarf“ leisten können. Gewisse Parallelen sind offensichtlich, ich war selbst darüber erschrocken. Derartigen Voluntarismus sollte man nicht wiederholen.

Auch Vertreter neoliberaler Auffassungen sind manchmal für ein bedingungsloses Existenzgeld, „um das untere Drittel der Gesellschaft, das für die Wirtschaft als Arbeitskraft nicht mehr erforderlich ist, ruhigzustellen“. Damit würde sogar der Druck auf die Löhne steigen, da das unbedingt Lebensnotwendige ja dann staatlich abgesichert und nicht mehr durch die Löhne zu decken sei.

Ob der Lohndruck also tatsächlich abnähme, wie linke Verfechter hoffen, ist somit fraglich.

Vielleicht orientieren sich die BGE-Anhänger zuviel nur auf sozial Benachteiligte und zuwenig auf die große Masse der Arbeitenden, für welche die Linke und der Sozialismus auch Lösungen bieten müssen, ohne sie dauernd „zur Kasse zu bitten“ – ein ekelhafter Ausdruck. Daß Beschäftigte auch von dem Grundeinkommen-Modell profitieren würden, weil „die Drohung des Arbeitsplatzverlustes dadurch an Schärfe verlöre“ und die Erpreßbarkeit der Lohnabhängigen sich verringert, ist doch Augenwischerei.

Bei den Zahlungen für das Grundeinkommen aller würden die unteren Einkommensgruppen besser gestellt, und selbst die vermögenden Nettozahler gewännen, „indem sie in einer Gesellschaft leben, in der immer weniger unsinniger Streß und immer weniger Existenzangst herrschen“. Siehe das oben zum Menschenbild Gesagte. Auf jeden Fall: Das hier Eingewandte nur als Vermittlungsproblem anzusehen und abzutun, geht am Kern der Probleme mit dem bedingungslosen Grundeinkommen vorbei, das ich prinzipiell für falsch halte gegenüber einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die repressionsfrei zu gewähren ist für alle, die sie tatsächlich benötigen, statt ein ganzes Volk zu Almosenempfängern zu machen, was völlig überflüssig ist, sei es nun im Rahmen des Kapitalismus oder bereits als konstituierendes Element einer sozialistischen Gesellschaft. **Prof. Dr. habil Fred Matho**



„Hier steht, daß unser Ostflügel gestern Nacht abgebrannt ist. Das wird die Preise anheben.“

Aus: „Proletären“, Göteborg

Lilo Herrmann: „Tote sprechen nicht mehr“

Als der Kriminalsekretär der Politischen Landespolizei Mauch mit einer Horde Gestapoleute am frühen Morgen des 7. Dezember 1935 eine Wohnung in der Stuttgarter Hölderlinstraße 22 stürmt, sind deren Bewohner, Richard Herrmann, Chefkonstrukteur in einer Maschinenbaufirma, und seine Ehefrau Else völlig entsetzt. Fassungslos müssen sie zusehen, wie die Männer Schränke durchwühlen, Schubkästen aufreißen, Betten und Matratzen wegzerren, auf Kindersachen herumtrampeln, bis sie endlich hinter dem großen Spiegel eine Lichtpause hervorziehen. Dann verlassen sie die Wohnung, nehmen die Tochter Lieselotte, Mutter eines einhalbjährigen Jungen, mit, die sie in das Polizeigefängnis bringen. Mauch, der über reiche Erfahrungen in der Kommunistenverfolgung während der Weimarer Republik verfügt, und nun als Nazibeamter Karriere machen will, leitet das Verhör der Verhafteten selbst. Spezialisten haben inzwischen herausgefunden, daß das entdeckte Papier den Lageplan einer getarnten Munitionsfabrik bei Celle darstellt, ein Objekt der geheimen Aufrüstung des faschistischen Deutschland.

Doch dem Gestapomann gelingt es nicht, die zierliche junge Frau mit dem runden Gesicht und der Kurzhaarfrisur zum Reden zu bringen. Er läßt sie tagelang in eine Dunkelzelle sperren, ordnet verschärfte Haftbedingungen an, stellt sie gefolterten Genossen gegenüber. Lilo, wie sie von ihren Freunden genannt wird, schweigt, nennt weder Namen noch Treffpunkte, Aktionen. Aus dem Protokoll, das man ihr schließlich im Februar 1936 vorlegt, streicht sie die Namen von Kampfgefährten, von denen die Gestapo glaubt, daß sie Lilos Verbindungsleute und Genossen sind. Lieselotte Herrmann ist zu dieser Zeit 26 Jahre alt. Am 23. Juni 1909 in Berlin geboren, wächst sie behütet und umsorgt in ihrem gutbürgerlichen Elternhaus auf, beginnt 1915 ihre Schulzeit am Lyzeum in der Invalidenstraße. Ab 1922 setzt sie die Ausbildung an Einrichtungen in Siegen und Frankfurt am Main fort, beendet sie mit dem Abitur an der Viktoria-Luise-Schule in Berlin-Wilmersdorf. Hier kommt sie mit sozialistischen Ideen in Verbindung und tritt dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD) bei. Sie möchte Malerin werden, und sie hat das Talent dazu. Käthe Kollwitz ist ihr künstlerisches Vorbild. Aber der Vater entscheidet, daß sie Chemie zu studieren hat, und so beginnt sie im Herbst 1929 dieses Studium an der Technischen Hochschule Stuttgart. Mit dem Fach kann sie sich jedoch nicht anfreunden, so daß sie nach vier Semestern die Studienrichtung wechselt und ab November 1931 Biologie an der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin belegt.

Schon in den Stuttgarter Jahren war sie politisch aktiv geworden, hatte eine Pioniergruppe geleitet und Gleichgesinnte gefunden. In Berlin schließt sie sich der Roten Studentengruppe an und wird am 1. November 1931 Mitglied der KPD. Gemeinsam mit ihren Jugendfreunden besucht sie Vorlesungen an der MASCH, der Marxistischen Arbeiterschule, beteiligt sich rege an Diskussionen über Politik und Literatur, unternimmt Bildungsfahrten. Sie bekennt sich offen zu ihrer Weltanschauung, so daß sie, kaum sind die Nazis an der Macht, von der Univer-



sität relegiert wird. Natürlich gibt sie die politische Arbeit nicht auf. Wichtig dafür ist ein illegaler Lehrgang in Prennden bei Bernau, in dem es vor allem um Militärpolitik und Abwehrarbeit der KPD geht. Dort entschließt sich Lilo offensichtlich, auf diesem Gebiet für die Partei tätig zu werden. In den Mittelpunkt rückt sie die Aufklärung geheimer Rüstungsvorhaben der Nazis, die nach dem Versailler Vertrag noch immer verboten sind, sowie weiterer Pläne der Kriegsvorbereitung. Mit vertrauten Genossen beschafft sie entsprechende Dokumente, ermittelt Vorgänge und Stimmungen in Betrieben, die in die Schweiz weitergeleitet werden.

Nach der Geburt ihres Sohnes Walter am 15. Mai 1934 zieht sie zu den Eltern nach Stuttgart um und arbeitet dort weiter für den Abwehrapparat der Partei. Offiziell nimmt sie die Tätigkeit als Sekretärin in einem Ingenieurbüro auf, belegt einen Schreibmaschinen- und Stenokurs an der Abendschule. Oft holt sie dort der Schauspieler Max Burghardt ab, ihr neuer Verbindungsman, und manchmal treffen sie sich in den umliegenden Wäldern. Al-

les muß im Geheimen erfolgen, denn die Nazis, ihre Spitzel und Zuträger lauern überall. So erfahren selbst Vater Richard und Mutter Else nichts von Lilos illegaler Tätigkeit.

Nachdem es der Gestapo nicht gelungen ist, Lilo zum Reden, zu einem Geständnis, zum Verrat zu bringen, wird sie im Februar 1936 zur Untersuchungshaft in das Frauengefängnis in der Weimarstraße gebracht. Sechzehn lange Monate muß sie dort zubringen, davon wieder Wochen in Einzelhaft, schikaniert von Wärterinnen und Vernehmern. Sie hat große Sehnsucht nach ihrem kleinen Sohn, aber sie darf ihn nicht sehen. So schreibt sie in ihrer Zelle Geschichten für Walter und schmückt sie mit Zeichnungen. Da auch weitere Verhöre nicht das gewünschte Ergebnis bringen, machen die Faschisten Lilo den Prozeß und verurteilen sie am 12. Juni 1937 zum Tode. Wenige Tage darauf verschleppt man sie in das berüchtigte Frauenzuchthaus Berlin-Barnimstraße.

Während der zwölf Monate bis zur Vollstreckung des Urteils lehnt die Naziführung alle Gnadengesuche rigoros ab. Sie reagiert auch nicht auf Tausende Protestschreiben aus England, Frankreich, Holland, Norwegen, Dänemark, Belgien, Schweden und selbst den USA. Sie ist nur zu einem Zugeständnis bereit, wenn Lilo die Namen ihrer Genossen nennt, Verrat übt. Doch die junge Frau schweigt, auch als man ein fremdes Kind mißbraucht, das während eines Verhörs aus dem Nebenzimmer weinend ruft: „Mama, hol mich doch zu dir!“ Dem Staatsanwalt antwortet sie: „Mein Herr, was wollen Sie von mir? Ich bin für Sie eine Tote, und Tote sprechen nicht mehr.“

Am 20. Juni 1938, drei Tage vor ihrem 29. Geburtstag, stirbt Lilo Herrmann in Berlin-Plötzensee.

Der Gestapomann Mauch wurde 1950 wegen vieler nachgewiesener Verbrechen in Stuttgart vor Gericht gestellt. Man sprach ihn mit der Begründung frei, er habe als Beamter des Kommunistenreferats stets sachlich gearbeitet; eine zukünftige Tätigkeit in dieser Richtung wäre wünschenswert.

Untersuchungsrichter Otto Frauenknecht, der das Todesurteil vorbereitete, blieb nach 1945 im Justizdienst und ging 1964 als Landgerichtsdirektor mit einer hohen Pension in den Ruhestand. Er erhielt dazu vom Nazifunktionär und damaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, dem späteren BRD-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, ein Dankschreiben.

Richter Karl Engert, der das Todesurteil fällte, war zugleich Vizepräsident des faschistischen Volksgerichtshofs und hatte den SS-Dienstgrad Oberführer (Oberst). Er blieb bis zu seinem Tod in der BRD unbehelligt.

Günter Freyer

Zur braunen Gefahr

Neonazis bedrohen unsere Demokratie.“ So oder ähnlich tönt es aus den Medien dieses Landes, das (in seinem Westteil) unter tatkräftiger Beteiligung von Altnazis nach 1945 vor einer demokratischen oder gar sozialistischen Erneuerung gerettet werden konnte.

Jahrzehntelang mutierten seine Führer zu treuen Gefolgsleuten der Amerikaner und zu „aus historischer Verantwortung handelnden“ Spießgesellen des zionistischen Staates Israel. Und immer hatten sie ein Plätzchen frei in ihrem Lande für mindestens eine rechte faschistische Partei, die als Gegenpol zur kommunistischen „Gefahr“ gehätschelt wurde. Mit der Korrektur der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Einverleibung der DDR in das Deutschland, das schamhaft das Attribut Bundesrepublik vor sich herträgt und bisher nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes singen darf, wird nun der ganze Sumpf sichtbar. Die sich demokratisch nennenden Parteien heulen auf, weil „fehlgeleitete“ Arbeitslose, Arme, Jugendliche ohne Perspektive und andere vom Kapital und den Parteien Betrogene NPD wählen. Jene Partei, die gerichtlich nicht verboten wurde, weil sie von den Geheimdiensten ausgehalten und wesentlich personell geführt wird.

Und nun wird plötzlich vor dieser „braunen Gefahr“ gewarnt. Nicht, daß es sie nicht gäbe, oder daß man sie in irgendeiner Weise unterschätzen dürfte. Doch die Gefahr geht nicht primär von den Straßen nazis aus, sie liegt im bestehenden System begründet und ist viel größer, als sie sich manch einer heute vorstellen kann.

Was kennzeichnet, mit Blick auf die deutsche Geschichte, die aktuelle braune Gefahr?

1. die sukzessive Beseitigung der bürgerlichen Demokratie. Die Souveränität des Volkes wurde durch eine Parteienherrschaft ersetzt. Hier bestimmen die Lobbyisten des Kapitals gemeinsam mit Eliten der Parteien und Verbände die Politik. Gewählte Abgeordnete werden durch Fraktionszwang und Pensionsversprechen diszipliniert und sind niemandem rechenschaftspflichtig. Willkür weniger Machthaber ersetzt immer mehr den Parlamentarismus.
2. der Verfassungsbruch. Das Grundgesetz wurde angeblich unter Berücksichtigung von Erfahrungen aus der Zeit der faschistischen Diktatur formuliert. Aber die Sicherungsmechanismen werden laufend und immer wieder durch Änderungen beseitigt. Ein Überwachungsstaat etabliert sich, in dem jeder zum Verdächtigen wird, der diesen Weg nicht mitgeht. Verfassungsverteidigung ist strafbar. Der Innenminister verlangt die Möglichkeit des Einsatzes der Streitkräfte gegen die Bevölkerung! Denunzieren und Bespitzeln werden zur Bürgerpflicht.
3. der Fremdenhaß. Moslems werden in der BRD unter Generalverdacht gestellt, Terror zu unterstützen und der Demokratie feindlich gesonnen zu sein. Ausländer, ob integriert oder nicht, werden in Abschiebehaft genommen oder in Nacht- und Nebel-Aktionen außer Landes geschleppt.
4. Krieg und Eroberung. Tausende Soldaten vertreten die nicht mehr versteckten

„deutschen Interessen“ auf dem Balkan, im Nahen Osten, in Afrika, in Asien und demnächst weltweit. Die Bundeswehr wurde zu einer reinen Interventionsarmee umstrukturiert, die überall ein- und angreifen kann. Eine Präsenz an „Brennpunkten“ wird als unabdingbar für die „Interessen des Landes“ angesehen.

5. der Nationalismus. Er durfte unter dem Mantel der FIFA-WM schon mal geprobt werden. Die gleichgestrickten Medien bewiesen, daß man das Volk abrichten kann. Ein deutscher Papst bläst ganz offen in dieses Horn und macht Andersgläubige verächtlich. Natürlich „ungewollt“. Nur ein Lapsus?

Es stimmt, unser Land ist in Gefahr. Aber die geht nicht nur von der NPD aus. Die Strippenzieher des „Übergangs vom Rechtsstaat zum Unrechtsstaat“ brauchen diese Krawallmacher, wie einst die vereinte Reaktion von der Deutschen Bank bis zu Hitler die SA benutzte, um sich der verhaßten bürgerlichen Demokratie zu entledigen. Natürlich: Jede Stimme für die NPD ist eine zu viel. Zumal diese Partei heute schon prozentuale Ergebnisse einfährt, wie sie Hitlers NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 erzielte. Doch die Vorstellung, von den kapitalismustreuen politischen Kräften eine Abwehr dieser Gefahr und eine entschiedene Verteidigung der bürgerlichen Demokratie zu erhoffen, ist naiv. Politik ist noch immer der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomie. Und das Kapital setzt auf Expansion und folglich auf Repression.

Richard Georg Richter

Allein in Petersburg gibt es 6000 rechtsradikale Skinheads Rußlands faschistischer Abschaum

Geht man in Moskau heute an privaten Bücherläden und -ständen vorbei, so findet man neben bewußten Geschichtsfälschungen auch vermehrt faschistische Literatur. Hitlers „Mein Kampf“ gilt zwar offiziell als verboten, ist aber gleich in mehreren Sprache erhältlich. Es war kein Wunder, daß sich durch die nicht beherrschten „Umbruchzeiten“ vor allem unter Jelzin faschistische Tendenzen, finsterster Nationalismus, antisemitische und antikaukasische Stimmungen sowie Ausländerfeindlichkeit breit machten. Leider ist die für die innere Stabilität Rußlands gefährliche Entwicklung noch nicht abgeklungen. Man erwartet von Regierungsseite eine entschiedenere Position. Es scheint jedoch, daß die Gefahr dort unterschätzt oder bewußt bagatellisiert wird.

In einem Interview mit der „Moskauer Deutschen Zeitung“ erklärte die Bürgerrechtlerin und Präsidentin der Stiftung „Holocaust“, Alla Gerber, das Erstarken

rechtsradikaler Skinheadgruppen und Schlägertrupps, die „Rußland den Russen!“ skandieren, werde immer spürbarer. Diese chauvinistische Losung werde inzwischen von 17 Millionen Russen mitgetragen. Fast täglich erfolgen ausländerfeindliche Anschläge.

Nach Angaben von Amnesty International sind in Rußland etwa 150 rechtsextremistische Organisationen aktiv, die inzwischen mehr als 50 000 Mitglieder zählen. 2005 waren sie für 28 Morde und 366 Anschläge verantwortlich. Gab es 1991 in ganz Rußland nur einige Dutzend rechte Skinheads, so waren es 2001 bereits 10 000. Im Jahr 2004 registrierte man mehr als 33 000. Allein in Petersburg gibt es derzeit etwa 6000 junge Faschisten.

Alla Gerber sagte in dem erwähnten Interview: „Der Faschismus greift um sich. Ich habe das Gefühl, er ist ein Teil unseres Alltags geworden. Wir haben uns fast daran gewöhnt. Ich wage zu behaupten, daß in Rußland der Jahrestag des Sieges über

den Faschismus noch nie in einer solchen Atmosphäre aufkeimender faschistischer Stimmungen gefeiert wurde.“ Sie klagt die verantwortlichen Politiker der letzten Jahre an, die zu lange geschwiegen haben, die braune Farbe unter dem Mantel der neuen Demokratie um sich greifen ließen, so daß die Gesellschaft immer stärker infiziert werden konnte.

Von Präsident Putin, noch bei der Mehrheit des Volkes anerkannt, erwartet man seit langem ein Machtwort. Es wird sich zeigen, ob die Politiker in Rußland ebenso lax und oberflächlich mit dem Problem umgehen wie in Deutschland, wo die Rechten geschützt und die Linken gejagt werden.

Das Unfaßbare besteht darin, daß in einem Land, dessen Volk zwischen 1941 und 1945 die meisten Opfer im Kampf gegen den Faschismus gebracht hat, eine solche Entwicklung möglich geworden ist.

Dr. habil. Hans-Jürgen Audehm

Wie das Kommunistische Manifest in China angenommen wurde

Der große Siegeszug einer kleinen Schrift

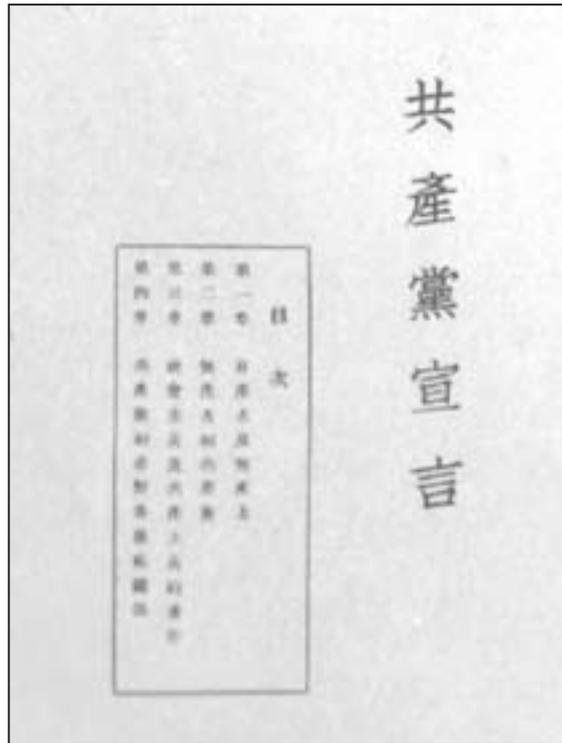
Das Manifest der Kommunistischen Partei ist das Parteiprogramm, das Marx und Engels für den Bund der Kommunisten entwarfen, es ist das programmatische Dokument des wissenschaftlichen Sozialismus. Es deckte die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit auf, hat tiefgreifend Einfluß auf die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft genommen. In mehr als einem Jahrhundert brachte China drei repräsentative Persönlichkeiten hervor: Sun Yat-sen, Mao Zedong, Deng Xiaoping. Sie alle wurden vom Manifest beeinflusst und geprägt.

Als Sun Yat-sen 1896 in England weilte, las er im Britischen Museum das Manifest und andere marxistische Werke. Er forderte die chinesischen Auslandsstudenten auf, das Kapital und das Manifest zu studieren. Im März 1899 veröffentlichte die Shanghaier „Wanguo Gongbao“ die Übersetzung des Artikels eines englischen Sozialwissenschaftlers „Die Lehre der Großen Harmonie“, der sich mit dem Manifest beschäftigte. Ende 1905 hat der Vertreter des bürgerlich-revolutionären Flügels, Zhu Zhixin, in der zweiten Nummer der offiziellen Zeitung der Chinesischen Revolutionären Liga Sun Yat-sens, dem „Volksblatt“, einen Artikel „Kurzbiographien deutscher Sozialrevolutionäre“ veröffentlicht, in dem Leben und Lehren von Marx und Engels sowie erstmals Hintergrund der Entstehung, Hauptinhalt und historische Bedeutung des Manifests kurzgefaßt dargestellt wurden. Gestützt auf die japanische und unter Zuhilfenahme der englischen Fassung des Manifests wurden einige Abschnitte ins Chinesische übertragen. Der Autor übersetzte den Titel der Schrift mit „Manifest des Kommunismus“. Am 15. 3. 1908 veröffentlichte der Gelehrte Liu Shipai in der „Tian Yi Bao“ einen Artikel unter „Einführung zum Manifest der Kommunistischen Partei“. Es ist das erste Vorwort eines Chinesen zum Manifest. Danach erschienen zunehmend Artikel über dieses Werk.

Der Sieg der russischen Oktoberrevolution 1917 inspirierte auch die progressiven Elemente in China. Vor und nach der von Studenten und Arbeitern getragenen „4.-Mai-Bewegung“ erschienen zahlreiche Artikel, in denen das Manifest vorgestellt und diskutiert wurde.

Der Marxismus fand in China schnell Verbreitung. Im März 1920 initiierte der später ermordete Mitbegründer der KP Chinas Prof. Li Dazhao die Bildung der „Gesellschaft zur Erforschung der Lehre von Marx an der Beijing-Universität“. Im Kollektiv wurde der vollständige Text der deutschen Ausgabe des Manifests über-

setzt, vervielfältigt und in wenigen Exemplaren unter fortschrittlichen Menschen verbreitet. Im August 1920 wurde mit Unterstützung der Kommunistischen Internationale von der Sozialistischen Forschungsgesellschaft Shanghai die erste Ausgabe der Übersetzung des „Manifests“ von Chen Wangdao aus dem Japanischen



Die Abbildung zeigt den Titel einer chinesischen Ausgabe des „Manifests“ von 1924.

und dem Englischen herausgegeben. Die Übersetzung von Chen Wangdao wurde in den darauffolgenden 20 Jahren oft nachgedruckt und fand weite Verbreitung. Mao Zedong hat 1920 zum ersten Mal das Werk Kautskys „Der Klassenkampf“, die Übersetzung des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von Chen Wangdao und die Schrift eines Engländers „Geschichte des Sozialismus“ gelesen. Zhou Enlai sagte zu Chen Wangdao: „Wir kommen alle aus deiner Schule.“

Das Manifest hat zu jener Zeit großen Einfluß auf die im Ausland arbeitenden und lernenden jungen Leute ausgeübt. Anfang 1920 hat Cha Hesin in Frankreich das „Manifest“, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ und weitere wichtige Werke übersetzt und herausgegeben. Sie fanden große Verbreitung unter den in Frankreich studierenden und arbeitenden chinesischen Jugendlichen. Deng Xiaoping hat ebenfalls als in Frankreich Arbeitender und Studierender das Manifest gelesen und den Marxismus angenommen. Später sagte er: „Meine Eintrittslehrer waren das ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ und das ‚Abc des Kommunismus‘“.

Im Verlauf der Entwicklung der chinesischen Revolution stieg der Bedarf am Manifest von Tag zu Tag. Von der ersten Ausgabe der chinesischen Übersetzung des Manifests bis zur Gründung der VR China 1949 gab es weitere fünf chinesische Übersetzungen. Die Qualität wurde ständig besser, es gab immer mehr Vorworte, die Auflagenhöhe stieg weiter.

Nach der Gründung des neuen China wurde im November 1949 in Beijing die Jubiläumsausgabe des sowjetischen Verlages für fremdsprachliche Literatur zum hundertsten Jahrestag des Manifests mit allen sieben von Marx und Engels geschriebenen Vorworten nachgedruckt. 1958 wurde vom Übersetzungsbüro beim ZK der KP Chinas die chinesische Übersetzung des Manifests anhand des Originals überprüft und korrigiert und in den 4. Band der Marx-Engels-Gesamtausgabe aufgenommen. Auf der Grundlage des deutschen Textes und unter Hinzuziehung der englischen, französischen, russischen und anderer Texte erfolgte 1964 eine nochmalige Überprüfung. Es wurde eine Einzelausgabe gedruckt, die die Ausgabe mit der größten Verbreitung in China wurde. Im Mai 1972 wurde eine Neuausgabe des 4. Bandes der „Ausgewählten Werke von Marx und Engels“ verlegt. Dieser enthält den Text des Manifests und die von Marx und Engels geschriebenen sieben Vorworte. Im Juni 1995 kam die 2. Ausgabe der „Ausgewählten Werke von Marx und Engels“ heraus.

Hinsichtlich der in diese Ausgabe aufgenommenen Schriften erfolgten relativ große Veränderungen, die bisherigen Übersetzungen wurden nochmals überprüft. Der chinesische Volksverlag hat im August 1997 entsprechend dem Text im Band 1 der zweiten chinesischen Ausgabe der „Ausgewählten Werke von Marx und Engels“ nochmals eine Einzelausgabe gedruckt. Sie ist Teil der Reihe „Werke des Marxismus-Leninismus“ und die jüngste Ausgabe des Manifests in China.

Das Manifest hat nicht nur einen bedeutenden Einfluß auf die chinesische Revolution ausgeübt, es spielt auch eine wichtige orientierende Rolle beim Aufbau eines modernen China.

(Aus einem Artikel der Renmin Ribao vom 29. 6. 2006 von Wei Yunchuan, Professor an der Parteihochschule des ZK der KP Chinas)

Aus dem Chinesischen übersetzt von Rolf Berthold

Anmerkung: Im Übersetzungsbüro des ZK der KP Chinas wird seit vielen Jahren an der Übertragung und Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe gearbeitet.

Die polnischen Kommunisten hatten es am schwersten. In dem extrem antikommunistischen Polen handelte die KPP in tiefer Illegalität. Zudem war sie durch einen ungerechtfertigten Komintern-Beschluß 1938 aufgelöst und ihre Führung im sowjetischen Exil hingerichtet worden. Der Einmarsch der Roten Armee in das mehrheitlich von Ukrainern und Belorussen bewohnte Ostpolen am 17. September 1939 und der Anschluß jener Gebiete an die UdSSR verstärkte die antikommunistisch-antisowjetische Stimmung bis zur Hysterie. Da vor allem viele junge der über drei Millionen polnischen Juden den sowjetischen Einmarsch begrüßt hatten, kam noch eine Welle des Antisemitismus hinzu. Etliche Polen halfen den Deutschen nun, Juden zu jagen. Das betraf auch Kommunisten, denn ein erheblicher Teil von ihnen war jüdisch. Die Partei hatte man zwar aufgelöst, doch deren Mitglieder saßen in Gefängnissen und waren bei der polnischen Polizei registriert. Da diese mit den Nazis kollaborierte, fielen alle Unterlagen und auch die Kommunisten in den Strafanstalten ihnen in die Hände. Vielen – vor allem bekannten – Kommunisten blieb nur die Flucht in die nahe Sowjetunion. In den nun sowjetischen Gebieten der Westukraine und Westbelorusslands besaßen sie vorher viele Mitglieder und Anhänger. Die waren nun für Polen verloren. Nicht wenige Kommunisten befanden sich in Kriegsgefangenschaft und waren so vom Geschehen in der Heimat getrennt. Von den ehemals 10 000 Mitgliedern der kommunistischen Bewegung (Partei, Kinder- und Jugendorganisationen, Rote Hilfe usw.) blieb nur eine kleine Schar übrig. Die Partei mußte faktisch von neuem beginnen.

Viele – vor allem junge – Kommunisten waren inzwischen in linkssozialdemokratische Organisationen eingetreten. Doch deren zunehmender Antisowjetismus, weitgehende Inaktivität und Verbundenheit mit der Londoner Exilregierung ließen sie nach anderen Wegen suchen. Zuerst bildeten sich kommunistische Trupps, die von ehemaligen KPP-Mitgliedern geleitet wurden und vor allem Flugblätter verbreiteten. In der UdSSR hatte sich inzwischen eine Initiativgruppe polnischer Kommunisten gebildet, die Verbindung zu ihren neuen Genossen suchte. Am 6. Januar 1942 konnte die Polnische Arbeiterpartei (PPR) gebildet werden. Viele klassenbewußte Arbeiter, auf die die PPR hätte zurückgreifen können, waren Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter in Deutschland. Die polnische Arbeiterklasse hatte sich strukturell völlig verändert. Nicht mehr die alten revolutionären Proletarier prägten ihr Erscheinungsbild, sondern vielmehr junge Leute, die eigentlich auf Schulbänke oder Bauernhöfe gehörten. Sie standen den kämpferischen Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung fern, waren ablehnend bis feindlich. Dort konnten Kommunisten nur schwer Fuß fassen. Unter den Landarbeitern und armen Bauern hingegen fanden sie größten Anklang. Doch jene ließen sich nicht so leicht organisieren, da sie territorial

verstreut waren. So hatte die PPR in der ersten Jahreshälfte 1942 nur 4000 und ein Jahr später 8000 Mitglieder. Großen Einfluß besaß die Partei unter Juden. In Warschau stellten sie über die Hälfte aller Parteimitglieder und die PPR-Zellen im Ghetto waren die mitgliederstärkste Organisation. 1942 schufen sich die Kommunisten mit der Gwardia Ludowa/GL (Volksgarde) eine eigene bewaffnete Widerstandsorganisation, die schon im Frühjahr beim Aufstand im Warschauer Ghetto ihre Feuertaufe bestand (vgl. RF April 2003). Durch dessen Zerstörung verlor die PPR/GL einen großen Teil ihrer Kämpfer, Bewaffnung und Ausrüstung. Dennoch setzte sie im ganzen Land ihre Aktionen fort, so daß im Sommer 1942

Volksarmee AL umgestaltet, KRN-Vertretungen entstanden im ganzen Land. Mit der Befreiung der ersten polnischen Stadt wurde vom KRN in Absprache mit den polnischen Kommunisten in der UdSSR am 22. Juli 1944 die erste Volksregierung ausgerufen (vgl. RF, August 2003). Die PPR hatte inzwischen 20 000 Mitglieder. Die AL – auf 50 000 Kämpfer angewachsen – ging in den befreiten Gebieten in die neue Polizei und Staatssicherheit ein. Die AK mußte dort ihre Waffen abgeben und sich auflösen. Wer Widerstand leistete, wurde deportiert. Viele ehrliche AK-Kämpfer hatten so die Zeche für den antisowjetische Fanatismus ihrer Führung zu bezahlen. In Warschau versuchte die AK-Spitze, in völliger Verknüpfung der politischen

Die PPR im polnischen Widerstand

die Nazis urteilten, man könne jetzt erst von einer Partisanenbewegung sprechen. Die Aktionen der wenigen Kommunisten machten Eindruck auf die bürgerliche Widerstandsbewegung, die stärkere „Heimatarmee“ (AK). Sie hatte bisher die Parole ausgegeben, vorerst abzuwarten. So standen ihre Aktionen in keinem Verhältnis zur Mitgliederzahl und Bewaffnung. Sie beunruhigten zwar die Faschisten, bewirkten aber keine Verschiebung des Kräfteverhältnisses, keine Änderung des Kriegsverlaufs im Osten.

Nach dem Sieg von Stalingrad begann sich die Haltung vieler Polen zur Sowjetunion zu ändern. Die PPR verlangte nun im März 1943 die Bildung einer breiten antifaschistischen Front mit dem Schwerpunkt der Störung der deutschen Transportlinien (60 % liefen durch Polen) an die Ostfront. Das zwang die AK-Führung zu Verhandlungen mit den Kommunisten. In diese Situation plazierte die Deutschen ihre Nachricht von der angeblichen Ermordung polnischer Offiziere durch sowjetisches Militärs in den Wäldern von Katyn. Daraufhin brach die AK ihre Verhandlungen ab, und der Antikommunismus erlebte einen neuen Höhepunkt. Kommunisten wurden von verschiedenen bürgerlichen Widerstandsorganisationen gejagt und ermordet.

Nachdem die UdSSR die Beziehungen zur sich extrem antisowjetisch gebärdenden polnischen Exilregierung in London abgebrochen hatte, war auch die AK für die heranrückende Rote Armee kein Partner mehr. In dieser Situation trat die PPR im November 1943 mit einem neuen politischen Programm an die Öffentlichkeit, in dem sie den bürgerlichen Kräften das Recht auf die Führung des Landes absprach. In der Silvesternacht 1943/44 wurde aus Vertretern der Linksparteien ein Untergrundparlament (KRN) ins Leben gerufen, das die Führung des Landes beanspruchte. Die GL wurde zur

und militärischen Lage, den über Jahre angestauten Haß auf die Faschisten zu einer Machtprobe mit den Linken zu mißbrauchen. Ihr Aufstand endete mit einer Niederlage, die Hauptkräfte der AK wurden geschlagen (vgl. RF, Sept. 2003). Damit entstand ein gewisses Machtvakuum, das die Linken sofort auffüllten. Die in der UdSSR 1943 formierte Volksarmee unter Führung polnischer Kommunisten hatte im Sommer 1944 über 100 000 Soldaten und bildete das Rückgrat der neuen Macht. Jene Armee sollte bis zur Zerschlagung des deutschen Faschismus auf 400 000 Mann anwachsen.

Während des Widerstandskampfes fielen über 5000 Kommunisten. Mit der Roten Armee, der Polnischen Volksarmee und der Beendigung des Krieges kehrten Tausende kommunistische Emigranten nach Polen zurück. So konnte sich die PPR bis zum Sommer 1945 mit 256 000 Mitgliedern zur stärksten politischen Kraft Polens entwickeln und maßgeblich den weiteren Verlauf der Ereignisse bestimmen.

Stefan Warynski

Die Regionalgruppe Halle

lädt für den **14. November** um **17.30** Uhr in den Klub der Volkssolidarität, Hettstedter Straße 1 (Halle-Neustadt), herzlich ein.

Armeegeneral Heinz Keßler spricht über das Thema

Antifaschismus tut not

Vasil Bilak enthüllt Hintergründe des „Prager Frühlings“

Vasil Bilak ist einer der Standhaften, die den Sozialismus in der ČSSR verteidigten, und – als es keine andere Möglichkeit mehr gab – die Sowjetunion um Hilfe baten. Er hat 1984/85 Erinnerungen an die Zeit zu Papier gebracht, als es im sogenannten „Prager Frühling“ ums Ganze ging. Klaus Kukuk, als DDR-Diplomat Zeitzeuge der Ereignisse, hat sie übersetzt und erstmals herausgegeben. Der Text ist ergänzt durch ein Interview, das Bilak 2005 gegeben hat. 41 Kurzbiographien sowie ein Vorwort und eine ebenso aufschlußreiche Nachbetrachtung aus Kukuks Feder komplettieren das Buch.

Es ist bedauerlich, daß dieser Text erst jetzt zugänglich ist. Er hätte in den achtziger Jahren Pflichtlektüre aller Kommunisten sein müssen, denn er enthüllt den Fahrplan der Konterrevolution, der, zwei Jahrzehnte nach den Ereignissen des Jahres 1968, fast deckungsgleich umgesetzt, die Völker Osteuropas in den Abgrund des Kapitalismus zurückwarf. Der entscheidende Unterschied: Wer 1968 besorgt auf eine Karte Europas, auf den Böhmerwald und die Karpaten blickte und sich bewußt war, daß der Zweite Weltkrieg von den Faschisten mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei eingeleitet wurde, durfte davon ausgehen, daß die Sowjetunion ihren unter so gewaltigen Opfern errungenen Sieg nicht aufs Spiel setzen würde. 1989/90 dagegen hatte die KPdSU-Führung unter Gorbatschow den Sozialismus und den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg zur Disposition gestellt.

Klaus Kukuk ist zu danken. Er nimmt bewußt in Kauf, daß sich die Meute auf ihn stürzen wird. Auch fragwürdige „Verbesserer des Sozialismus“ werden in diesem Reigen nicht fehlen und vergifteten Honig ausscheiden. Einen Vorgeschmack lieferte die Rezension Stefan Bollingers im ND vom 21. August.

Zu empfehlen ist, zuerst das Interview Bilaks mit der Zeitung „Kroky“, dem Organ der KP der Slowakei, aufzuschlagen. Hier wird der Leser den Schlüssel zur Persönlichkeit dieses ehrenhaften Kommunisten finden. Er ist nachdenklich und selbstkritisch. Fern jeglicher Resignation sagt er: „Die heutige unselige Rückkehr zum Kapitalismus, der Versuch, aus einem Greis einen Jüngling zu kreieren, ist unsinnig und führt in die Sackgasse.“

„Wir, der Kern der ökonomischen Reformer, versuchten in Prag damals eben nicht, den Kommunismus zu reformieren. Unser eigentliches Ziel war es, ihn abzuschaffen und ein neues System aufzubauen. Man hat immerfort von der Reform hin zu einer sozialistischen Demokratie oder sozialistischen Marktwirtschaft sprechen müssen, weil man sonst überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangt wäre.“

Ota Šik („Die Welt“, 5. November 1990)

Wir sind Zeugen großer Anstrengungen, alles auf das schlimmste zu beschmutzen, was an den Sozialismus erinnert, den Kommunismus zum Schreckgespenst zu machen und die Diktatur des Kapitals mit edelsten Attributen zu umkränzen. Dabei hat sich der Kapitalismus in der Welt selbst in solcher Weise profanisiert, daß es weitgehend vermieden wird, ihn bei seinem Namen zu nennen. Das ist demokratisch, das ist Marktwirtschaft ... Treue, Moral, Liebe, Charakter, Talent, Hirn, alles wurde zur Ware, es werden nicht nur Frauen verkauft, sondern auch Kinder. ... Ich bin davon überzeugt, daß die Vision Julius Fučíks wahr werden wird, daß der tief gebeugte Greis die Welt verlassen wird, der für Millionen Not und Elend bedeutet. In ihrem Interesse muß er gehen. Dieser Greis ist der Kapitalismus.“ (S. 247, 249).

Wie der Kapitalismus sich durch wohlklingende Umschreibungen tarnt, so tarnten sich die Feinde des Sozialismus in der ČSSR durch schmückende Beiworte und abgrundtiefe Verlogenheit. Bilaks minutiöse Chronik der Ereignisse, der Treffen mit den Partnern des Warschauer Vertrages, des innerparteilichen Verfalls und der Widrigkeiten im Ringen um die Wiederherstellung der Kampffähigkeit nach dem August 1968 belegen das. Treuschwüre gegenüber den Bruderstaaten im Übermaß, Beteuerungen, man habe alles fest im Griff, und es gehe doch nur um einen „demokratischen“ Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“, waren die Kulisse, hinter der zielstrebig die Restauration betrieben wurde. Bilak schildert das Zerbrechen der Partei in sich belauernde und bekämpfende Fraktionen, den Vormarsch derjenigen, die Parteimitglieder, aber keine Kommunisten waren.

Er gehörte als 1. Sekretär des ZK der Slowakei zu denen, die sich vor 1968 entschlossen für dringende notwendige Veränderungen auf wirtschaftlichem und politischem Feld, für die Überwindung der Folgen des Unrechts im Slánský-Prozeß und für eine neue Gestaltung des durch die Politik Novotnýs gestörten Verhältnisses von Tschechen und Slowaken einsetzten. Aber als die Dinge aus dem Gleis liefen, zögerte er nicht, klarzustellen: „Ich würde mich ... nicht wundern, wenn wir – zu fortgesetzter Selbstkritik aufgefordert – uns auch noch dafür rechtfertigen und entschuldigen müßten, gegen die Faschisten und deren Kollaborateure gekämpft zu haben. ... Natürlich müssen wir uns von allem distanzieren, was in der Vergangenheit in unserer Arbeit tatsächlich schlecht war. ... Ich persönlich kann mich nicht von der Politik Klement Gottwalds und von der Politik der Partei als Ganzes distanzieren.“ (S. 76 ff.)

Es begann ein offener Kampf gegen „jene, die mit dem Parteibuch in der Tasche gegen das Wohl des Volkes und der Par-

tei arbeiten“. Es galt „jeden zu gewinnen, dem die heilige Sache des Sozialismus am Herzen liegt“ (S. 88). Bilak und seine Genossen fochten mit offenem Visier. In einer Atmosphäre antikommunistischer Hetze und des entfesselten Antisowjetismus mußten sie gemeine Diffamierungen ertragen.

Bei Karl Marx haben wir gelernt, daß es nur einen wirklich unbestechlichen Richter gibt, der aufdeckt, was hinter verschiedenen Theorien, hinter vielleicht gutgemeinten, aber falschen Vorstellungen und hinter künstlichen Dunstschleiern liegt. Dieser Richter ist die Geschichte. Sie hat entschieden, daß Bilak recht hatte, als er die Popularisierung eines „nationalen“, „christlichen“, „demokratischen“ Sozialismus unter dem Beifall und mit steuernder Hand des Westens als Methode der Feinde charakterisierte: „Nur ein Sozialismus, in dem die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die kommunistische Partei, die sich von der Theorie des Marxismus-Leninismus leiten läßt, (führen,) kommt in diesem Konzept nicht vor. Natürlich nicht.“ (S. 215)

Hätten wir doch in der SED, als es um alles ging, mehr solche Rufer im Streite wie Vasil Bilak gehabt! Der Ausgang des Kampfes wäre, selbst wenn die Chancen, die Entwicklung umzukehren, nur noch gering waren, wenigstens nicht so schäbig gewesen. Wir haben nicht – wie Lenin im Februar 1918 – die Losung ausgegeben: „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“ Wir haben nicht die Anhänger der neuen Gesellschaft mit dem Ruf mobilisiert: „Schützt die sozialistische Republik!“ Wir haben zugelassen, daß hinter dem Nebelvorhang des „unwiderruflichen Bruchs mit dem Stalinismus“ die Arbeiter entwaffnet, ihre politische Macht paralytisiert und das Eigentum des Volkes zur Verschleuderung freigegeben wurden. Als dann überall die Plakate und Aufkleber mit dem Text „Nie wieder Sozialismus!“ zu sehen waren, wurde dem nicht einmal der Satz „Nie wieder Kapitalismus!“ entgegengesetzt. Ist es da ein Wunder, wenn heute viele junge Leute zögern, sich auf unsere, also die richtige Seite zu stellen? Nur Wahrhaftigkeit unsererseits kann dem abhelfen.

Die Jugend und die Geschichte achten nur die Standhaften. Ihre Namen werden niemals ausgelöscht. Die Lauen dagegen werden gestrichen. Genosse Vasil Bilak gehört zu denen, die in die Zukunft wirken. Wir senden ihm den alten Gruß der tschechoslowakischen Genossen: „Čest práci!“, Ehre der Arbeit!

Prof. Dr. Götz Dieckmann

Vasil Bilak: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten. Edition Ost, Berlin 2006, 288 Seiten, 14,90 €, ISBN-10: 360-01076-0; ISBN 13: 978-3-360-01076-6

Der 30. August 1918 sollte ein verhängnisvoller Tag für Lenin und ganz Rußland werden. Tagsüber hatte der Führer der Bolschewiki in mehreren Betrieben vor Arbeitern gesprochen. Abends war noch ein Meeting im ehemaligen Michelson-Werk vorgesehen. Nach dieser Veranstaltung ging Wladimir Iljitsch, sich angeregt mit Betriebsangehörigen unterhaltend, auf sein Auto zu. Als er die letzten Schritte machen wollte, fielen Schüsse. Der Chauffeur, S. K. Gil, sah sich um und bemerkte am linken vorderen Kotflügel eine Frau, die auf Lenin zielte. Auch eine am Auto stehende Arbeiterin wurde getroffen. Die Attentäterin, die auf Lenin geschossen hatte, warf dessen Fahrer ihren Browning vor die Füße und lief durch die Menge in Richtung Werktor. Sie wollte unerkannt entkommen. Doch eine Schar Jungen verfolgte sie. Die Terroristin konnte dingfest gemacht werden. Es handelte sich um die Sozialrevolutionärin Fanja Kaplan. Sie hatte mehrere Schüsse auf Lenin abgegeben und brachte ihm durch eingekerbte und vergiftete Kugeln schwere Verletzungen bei. Ein Geschloß traf die linke Schulter, ein anderes

Aus der Chronik des weißen Terrors Das Attentat auf Lenin



durchbohrte die Lungenspitze. Lenins Leben hing am seidenen Faden. Die Ärzte konnten es retten. Zum Glück besaß Lenin einen kräftigen Organismus. Obwohl Nachwirkungen blieben, genas er bald. Bereits am 16. September 1918 erhielt er von den Ärzten die Erlaubnis, wieder mit der Arbeit zu beginnen.

Das Attentat auf den Führer der russischen Revolution erfolgte im Auftrag ausländischer Mächte und der inneren Konterrevolution, die alle Mittel im Kampf gegen die Sowjetmacht anwendeten.

In Fabriken, Gemeinden, Dörfern und an der Front – überall forderte das Volk die schonungslose Abrechnung mit den Terroristen, mit den bürgerlich-gutsbesitzerlichen Feinden der neuen Ordnung. Arbeiter und Bauern schlossen sich noch enger um die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung zusammen.

Fred Winter

Was vor 50 Jahren in Budapest geschah: Die Niederlage der „Freiheitskämpfer“

Ungarn erhebt sich gegen die kommunistische Diktatur“ oder „In Ungarn gingen die Menschen für Freiheit und Demokratie auf die Straße“. So oder ähnlich waren die Beiträge in bürgerlichen Medien überschrieben, die sie dem 50. Jahrestag der Oktober-Ereignisse in der Ungarischen Volksrepublik widmeten. Dabei wurde ein Hohelied auf den Mut der „Freiheitskämpfer“ gesungen, die ihr Leben für angeblich hehre Ziele einsetzten. Wer waren diese „Freiheitskämpfer“ oder „Verfechter der Demokratie“ wirklich?

Mir liegt eine Broschüre des Informationsdienstes der Regierung der UVR vor, die ich als wertvolles Zeitdokument aufbewahrt habe. Dort werden die Hintergründe der Ereignisse an Hand von Fotos, Tatsachenberichten und Zeugenbefragungen eingehend beleuchtet.

Hier eine Kurzfassung dessen, was damals in der UVR geschah: Ein aufgeputschter Mob zog mordend und brandschatzend durch die Straßen Budapests und einiger Provinzstädte. Tatsächliche oder vermeintliche Angehörige der Sicherheitsorgane sowie Partei- und Staatsfunktionäre wurden gejagt, an Laternenpfählen aufgehängt, erschossen, ihre Leichen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Öffentliche Gebäude wurden verwüstet oder angezündet, wertvolles Volksvermögen vernichtet. Umfangreiche Plünderungen waren an der Tagesordnung. Illegal eingereiste ungarische Emigranten, darunter ehemalige Horthy-Faschisten, die ihre Zeit für gekommen sahen, tauchten plötzlich wieder auf und mischten bei

den Ausschreitungen kräftig mit. Unter anderem auch durch das Einschleusen von Waffen und Hetzschriften bei mißbräuchlicher Benutzung des Schutzstatus des Internationalen Roten Kreuzes. Unbeteiligte Bürger sahen diesem Treiben tatenlos zu, häufig aus Angst vor den sich austobenden wilden Horden.

Es sei hier betont, was sich da vor den Augen der Weltöffentlichkeit abspielte, war auch damals schon Terror, nämlich weißer Terror!

Die Akteure dieser Ereignisse wollten nicht, wie propagandistisch verkündet, der ungarischen Bevölkerung mehr (westliche!) Freiheit und Demokratie bringen, sondern die volksdemokratische Ordnung gewaltsam beseitigen – also eine klassische Konterrevolution vollziehen.

Kein Staat der Erde sieht solchen kriminellen Ausschreitungen tatenlos zu. Deshalb waren das konsequente Eingreifen der ungarischen Sicherheitskräfte und das Hilfversuchen an die Sowjetarmee, im Rahmen der Bündnisverpflichtungen für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Land zu sorgen, legitim und angemessen.

Aus heutiger Sicht drängen sich Parallelen zum 17. Juni

1953 in der DDR auf. Es bot sich damals ein ähnliches Szenario. Durch das rechtzeitige und entschlossene Handeln der Schutz- und Sicherheitsorgane, mit Unterstützung von Teilen der zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte konnten gleiche Exzesse wie in der UVR, die in Ansätzen auch hier bereits auftraten, verhindert werden.

Gottfried Fleischhammer



Ollie Harrington in „Daily World“, New York

Antiimperialistische Organisation gläubiger Schiiten

Die Wahrheit über die Hisbollah

Der libanesischer Bürgerkrieg währte im Sommer 1982 bereits über sieben Jahre. Die USA und Israel befürchteten, daß sich das politisch-militärische Kräfteverhältnis in Libanon dauerhaft zugunsten der PLO und der mit ihr verbündeten patriotischen libanesischen Kräfte entwickeln könnte. Damit wäre das gemeinsame amerikanisch-israelische Ziel gescheitert, Libanon in eine prowestliche, gegen die PLO und die sozialistischen Länder gerichtete Bastion zu verwandeln. Die dafür ausersehenen und aufgerüsteten rechtschristlichen Milizen und andere mit den USA und Israel kollaborationsbereite Kräfte waren dazu nicht in der Lage. Auch zahlreiche israelische Militäroperationen gegen die Palästinenser und ihre libanesischen Verbündeten brachten kein Ergebnis. Abgestimmt mit Washington schlug Tel Aviv deshalb zu: Im Juni 1982 überfiel die israelische Armee Libanon. Massive Bombardierungen und mit fünffacher Überlegenheit und außerordentlicher Brutalität angreifende Bodentruppen bei enormen zivilen Opfern ließen den Verteidigern keine Wahl: Gemäß einem von der USA-Regierung durchgesetzten Abkommen verließen im August 1982 die PLO-Spitze mit Arafat und Hunderte palästinensische Kämpfer die eingeschlossene libanesischer Hauptstadt.

Israel zog sich bis Mitte 1985 schrittweise bis auf eine „Pufferzone“ im Süden aus Libanon zurück. Die vom Westen und Israel installierten libanesischen Machthaber entwaffneten und verfolgten die Kampforganisationen der mit der PLO verbündeten und anderen Kräfte, die die entscheidende Rolle im Widerstand gegen die Besatzung gespielt hatten, darunter in erster Linie die Libanesischer Kommunistische Partei.

Im Aufbäumen der schiitischen Bevölkerungsmehrheit Südlibanons gegen die fortdauernde Besatzung formierte sich die Hisbollah. Diese „Partei Gottes“ fand ihre Anhänger in der schiitischen Bevölkerung, die von der islamistischen Revolution in Iran begeistert war und die Befreiung Südlibanons von israelischer Besatzung ersehnte. Ihre Entstehung war eine Reaktion auf die Politik von Amal („Hoffnung“), jener Organisation, die damals Libanons Schiiten repräsentierte. Amal hatte im Verlauf des Bürgerkriegs mehrmals die Seiten gewechselt, paktierte 1982 mit den israelischen Invasoren und deren libanesischen Kollaborateuren. Die Hisbollah wuchs rasch, unter anderem aus Abspaltungen

von Amal. Ihre Basis waren vor allem die Menschen in den armen schiitischen Vororten von Beirut und zunehmend die Schiiten Südlibanons. Sicher spielten dabei die ca. 10000 Angehörigen der Revolutionären Garden, die Iran 1982 nach Libanon geschickt hatte, eine Rolle. Iran wie Syrien und die irakischen Schiiten unterstützten seit deren Entstehen die Hisbollah. Der Einfluß dieser Kreise wird vom Westen jedoch maßlos übertrieben. Entscheidend ist die Verankerung der Hisbollah im libanesischen Volk. Zwischen Amal und Hisbollah verschärfte sich die Gegensätze, als Amal palästinensische Flüchtlingslager in Libanon angriff. Die Hisbollah verurteilte das Vorgehen von Amal und unterstützte die Palästinenser. In von Amal provozierten bewaffneten Auseinandersetzungen unterlag sie 1988 der Hisbollah, zu der viele Amal-Kämpfer und Kommandeure überliefen.

1989 wurde der libanesischer Bürgerkrieg offiziell beendet. Das Abkommen verpflichtete die Kriegsparteien zur Auflösung ihrer Milizen. Einzige vereinbarte Ausnahme war die Hisbollah. Ihr wurde aufgrund ihrer maßgeblichen Rolle beim Widerstand gegen die anhaltende israelische Besatzung das Recht eingeräumt, ihre Streitkräfte zu behalten.

Die Umwandlung der Hisbollah in eine starke politische Organisation vollzog sich rasch, u. a. wegen ihres wachsenden sozialen Engagements. Erstmals 1992 an der Parlamentswahl beteiligt, wurde sie stärkste Partei. Aufgrund des auf koloniale Verhältnisse zurückgehenden Proporz-Systems erhielt sie aber nur zwölf der 128 Abgeordnetensitze, zur Wahl 2005 gemeinsam mit Amal 34 Sitze. Bei einem Verhältniswahlrecht besäße die gemeinsame Liste, die Hisbollah und Amal nun unter Zurückstellung der alten Gegensät-

ze bilden, die Parlamentsmehrheit. Beide Organisationen vertreten über die Hälfte der Bevölkerung und stellen mehrere Minister in der libanesischen Regierung. Im Mai 2000 mußte Israel nach einer erfolgreichen Offensive der Hisbollah seine Truppen aus der südlibanesischen Pufferzone abziehen. Ein schmaler Streifen libanesischen Territoriums blieb aber weiter besetzt. Die Hisbollah beschränkte sich seitdem auf die Bekämpfung israelischer Stellungen in dieser Zone. Wenn auch nordisraelisches Gebiet betroffen wurde, ergab es sich unmittelbar aus den Kampfhandlungen. Die Darstellung, die in Gefolgschaft zu Washington auch von Bundeskanzlerin Merkel übernommen wurde, die Hisbollah habe schon seit Monaten Raketen auf die israelische Zivilbevölkerung abgefeuert, ist falsch. Die Raketen waren die Reaktion auf israelische Luftangriffe gegen zivile Ziele und die Infrastruktur Libanons. Das wird im Westen ebenso ignoriert, wie man über die zahlreichen israelischen Schläge gegen libanesisches Territorium in einem langen Zeitraum vor der jüngsten Aggression hinweg sah.

Die Hisbollah hat mit ihrem Widerstand gegen Israels Angriffe und als entscheidende Kraft gegen die Fremdbestimmung Libanons den Respekt aller Teile der libanesischen Bevölkerung gewonnen. Die Spaltung des libanesischen Volkes, auf die die USA-Regierung mit ihrem Projekt einer „Zedernrevolution“ (s. RF, 10/05, S. 25) gesetzt hatte, ist wie noch nie in der turbulenten Geschichte Libanons weitgehend überwunden.

Khaled Haddadeh, der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, erklärte im August 2006 zur Hisbollah: „Ihre wichtige Rolle und ihre Verankerung verdankt sie dem bewaffneten Kampf gegen Invasion und Besatzung. In unserer Zusammenarbeit mit der Hisbollah hatten und haben wir das Ziel, den patriotischen Charakter des Widerstands gegenüber dem religiösen zu stärken. Der jüngste erfolgreiche gemeinsame Kampf wird dazu beitragen, daß sein Klassencharakter stärker beachtet wird und seine politische Bedeutung in den Vordergrund tritt. Die Hisbollah, obwohl sie ideologisch einem völlig anderen Lager angehört, betonte in ihren Gesprächen mit den zahlreichen ausländischen Delegationen, die in letzter Zeit unser Land besucht haben, immer wieder die Rolle der Kommunisten im nationalen Widerstand.“



Der bedrohte Frieden

Grafik: Mohammed Az-Zawawi At-Tarhuni (Libyen)

Bernd Fischer

Es begann mit der Ausrottung von 15 Millionen Indianern Das Sendungsbewußtsein der „Amerikaner“

Die Parole vom „American way of life“ entspringt einem historisch gewachsenen Sendungsbewußtsein. Bei der Beurteilung der Weltneuordnungsstrategie des US-Imperialismus ist es daher zweckmäßig, die kurze Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika zu beachten.

Die Anfang des 17. Jahrhunderts entstandenen Mythen, als die europäischen Siedler, die „pioneers“, verkündeten, sie fühlten sich auserwählt, dieses Land für die Zivilisation und Christianisierung zu erschließen, erweisen sich nämlich nicht nur als äußerst zählebig, sondern auch als wesentliche Elemente, um das Selbstbildnis der USA-Gesellschaft nach den politischen Anforderungen der jeweiligen Administration zu prägen.



Die Einwanderer fühlten sich als das von puritanischem Sendungsbewußtsein und calvinistischer Menschenbeglückung erfüllte, von Missionsdrang beseelte „auserwählte Volk“. Sie verstanden sich als „Heilsbringer“, die das „Gute“ verkörpern. Die indianischen Ureinwohner waren für sie das „Böse“, da sie die ihnen begehrende Ungerechtigkeit, vor allem den Landraub, nicht akzeptierten.

Die Mission der weißen Landräuber, so ihre Überzeugung, berechtigte sie, Gewalt anzuwenden. Zwei Kriege in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts gegen die Ureinwohner legen Zeugnis davon ab.

Präsident Thomas Jefferson, der Verkünder der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, hatte die Indianer „Wilde“ genannt, die man „wie „Tiere“ jagen und dezimieren müsse. 15 Millionen Ureinwohner fielen bis 1885 dem rassistischen Gemetzel zum Opfer.

„Die amerikanische Nation wurde gezeugt und geboren aus Gewalt“, resümiert der Historiker Richard Brown.

Die ideologische Grundlage für das Sendungsbewußtsein des US-Imperialismus schuf der protestantische Pfarrer Josiah Strong mit seinem 1885 erschienenen Buch „Unser Land. Seine mögliche Zukunft“. Strong verkündete die „Pflicht der Amerikaner, ihre imperialistische Mission zu erfüllen und dadurch den Völkern

in anderen Ländern den richtigen Weg zu weisen“. Das ist dem „Länderbericht USA“ der Bundeszentrale für politische Bildung zu entnehmen. Dieses Sendungsbewußtsein wird von nahezu allen Präsidenten der USA beschworen.

Theodore Roosevelt zeigte sich „begierig, die Taten einer Weltmacht zu vollbringen“. 1898 meinte William McKinley, Gott habe ihn beauftragt, die philippinischen Inseln weiterhin zu okkupieren, um deren Einwohner zum Christentum zu bekehren. Sein Nachfolger William Taft wollte alsbald das Sternenbanner am Nord- und am Südpol sowie am Panamakanal flattern sehen mit der Verkündung, „daß die ganze Hemisphäre uns gehört“. Und Herbert Hoover sprach Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts von der „Berufung“ der USA, „das Leben der Menschheit von der Stufe der wilden Tiere bis zu einer Höhe zu erheben, von der aus der Psalmist sagte, sie liege nur wenig unterhalb des Reiches der Engel“. 1952 trat Harry S. Truman vor das amerikanische Volk und die Weltöffentlichkeit, um darzulegen, die USA hätten „nunmehr die Führungsrolle auf

sich genommen, die Gott der Allmächtige uns anvertraute“. Deretwegen gab er 1945 mit Blick auf Moskau den Befehl, die Atomwaffe zum ersten Mal einzusetzen. John F. Kennedy sah sich Anfang der 60er Jahre veranlaßt, das Recht auf diese Rolle zu bestärken: „Dieses Land ist das helle Leuchtfeuer der Hoffnung für die ganze Welt. Es hat das Recht auf die moralische Führung dieses Planeten.“ Ronald Reagan betonte 1983: „Wir glauben an die Mission Amerikas ... Unser Land ist die führende Kraft der freien Welt, und wir können uns aus moralischen Überlegungen nicht vor dieser Verantwortung drücken.“ Er führte den kalten Krieg als „Kreuzzug gegen den Kommunismus“, gegen die Hauptmacht des Sozialismus, die er als „Reich des Bösen“ verketzerte. Ein atomarer Erstschlag in Europa war im Kalkül der Pentagon-Planer. US-Reisebüros warben mit dem Slogan „Besuchen Sie Europa – solange es noch da ist.“ Bill Clinton unterstrich: „Ganz sicher muß Amerika auch weiterhin die Welt anführen, in deren Gestaltung wir so viel investiert haben.“ Aus dieser rassistisch-chauvinistischen Grundhaltung ist zu erklären, weshalb sich bei Aggressionen des US-Imperialismus die jeweilige Administration zumindest zunächst auf mehrheitliche Zustimmung in der Öffentlichkeit stützen konnte. Sendungsbewußtsein erwies sich übr-

gens immer mehr als fester Bestandteil auch der USA-Kultur. Die Überzeugung von der „Befreiungsmision“ der Vereinigten Staaten zeigt sich in der Meinung von nicht wenigen Bürgern des Landes, die eigene Kultur sei allen anderen Kulturen überlegen.

Vielfach wird die Auffassung vertreten, die USA stellten eine Ausnahmeerscheinung dar, sie seien „die erste und beste Macht unter den Mächten der Welt“. Aus der bei USA-Bürgern weit verbreiteten „Selbstverständlichkeit des ‚America first‘ entwickelte sich die besondere Form des amerikanischen Nationalismus“. „Zuerst Amerika“ bedeuete „auch immer zugleich, die ‚Nummer eins‘ in der Welt sein zu wollen.“ Ja, daß ihr Land einen „missionarischen Auftrag“ habe, „solche Doktrin offensiv nach außen zu vertreten“, heißt es weiter im bereits zitierten „Länderbericht USA“. Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung klagt die Folgen der Weltherrschaftspolitik Washingtons an: „Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die USA nach Schätzungen 12 bis 16 Millionen Menschen getötet.“

Während der Präsidentschaft von George W. Bush erfährt der Kurs, die Menschheit den Vormachts- und Ordnungsvorstellungen des US-Imperialismus zu unterwerfen, eine extreme Ausprägung. Die Bush-Administration nahm den 11. September 2001 zum Anlaß, einen „lang andauernden Kreuzzug gegen den Terrorismus“, der von Experten des Pentagons als 3. Weltkrieg verstanden wird, auszurufen und zu entfesseln. So wurde Afghanistan überfallen, die Aggression gegen Irak ausgelöst und Israel zum Krieg gegen Libanon ermuntert, als Probelauf gegen Iran. Die moralisierenden und auf ihr Sendungsbewußtsein pochenden Weltbeglückter aus Übersee treten die UN-Charta mit Füßen, hebeln das völkerrechtlich fixierte Gewaltverbot aus, führen das von ihnen diktierte globale Kriegsrecht ein.

Der Rassismus dieser Kräfte kommt in der propagierten Todfeindschaft gegen den Islam, gegen die Moslems zum Ausdruck. Unter dem Ruf „Eine andere Welt ist möglich und nötig“ haben sich große Menschen- und Sozialgruppen in verschiedenen Erdteilen formiert. Sie stellen sich dem Wahnwitz des US-Imperialismus entgegen. Diese Bewegung zu stärken, gebietet der Überlebenswille der Völker.

Prof. Dr. Georg Grasnick

Herzliche Genesungswünsche gehen an unsere sich schon seit längerem in einem Krankenhaus in Melbourne aufhaltende australische Genossin und Korrespondentin

Dr. Vera Butler

Unter der Leitung von Robert J. Oppenheimer entwickelte man die erste A-Bombe, „probierte“ sie aus, obwohl der Zweite Weltkrieg längst entschieden war. Es gab einen schweren Schock unter den Erbauern. Oppenheimer äußerte später: „Wir Physiker empfanden, daß wir damals ohnmächtig waren ... Wir haben die besten Jahre unseres Lebens damit verbracht, immer perfektere Zerstörungsmittel zu erfinden, wir machten die Arbeit der Militärs. Ich habe in den Eingeweiden das Gefühl, daß es falsch war. Wir haben die Arbeit des Teufels getan ...“

Da die meisten Physiker so dachten, kündigten sie ihre Mitarbeit an weiteren A-Waffen-Projekten auf. Sie bekannten sich im Sinne von Albert Einstein, Bertrand Russell und anderen gegen den Mißbrauch ihres Schaffens und dessen Ergebnisse. „Die Wissenschaftler müssen Pioniere des großen Friedensheeres sein, da sie besser als irgend jemand sonst begreifen, was ein moderner Krieg bedeutet“, sagte Frederic Joliot-Curie. Zugleich erinnerte er daran, daß er bereits vor 1940 mehrmals dazu aufgefordert habe, das Augenmerk zur Sonne zu lenken, da solare Energie nicht nur billiger, sondern auch kostbarer wäre, die Natur unermesslich sei!“

Edward Teller, ehemaliger Mitarbeiter von Oppenheimer, beschimpfte u. a. seinen einstigen Chef als Widersacher und Kritiker, als „Kryptokommunisten“, der „die Geschäfte der Sowjets“ besorge.

Der junge Teller, von rücksichtslosem Ehrgeiz zerfressen, kannte keine Skrupel, sah seine Karriere, Einfluß, Macht, gefiel sich darin, über die „Ängstlichkeit“ seiner prominenten Berufskollegen öffentlich herzuziehen. Er verband dies mit einer bedenkenlosen Feindschaft zum Osten, zum Sozialismus und Kommunismus. „Sie begriffen nicht, daß radioaktive Strahlen so wenig gefährlich sind wie die Leuchtziffern einer Armbanduhr“ oder gar „30 Gramm Übergewicht“ des Menschen. Sein Glaubensbekenntnis: „Was die USA brauchen ist eine Superwaffe, die ihnen auf ewig die Weltherrschaft über die Sowjetunion verschafft.“

Mister Teller trat überall auf und behauptete, die UdSSR wolle sich „die USA untertan machen“. Aus diesem Grunde sei die H-Bombe nötig. Er wurde deren „Vater“. Zögernde Wissenschaftler sowie unentschlossene Techniker setzte man unter Druck: „Erst wenn die Bomben so groß sind, um alles vernichten zu können, werden die Menschen wirklich erschrecken und politische Vernunft annehmen.“ Solche Äußerungen wiederholt zu hören, wurde für mich unfaßbar, unbegreiflich. Da Eva, die Sekretärin der USA-Truppenschule für Information und Erziehung, in deren Stab ich damals tätig war, über dieselben Presseerzeugnisse verfügte, ließ ich einmal in ihrer Gegenwart eine vorsichtige Äußerung fallen. Sie antwortete:

„Das ist Blödsinn – das ist ein Dummkopf. Wo gibt es hier politische Vernunft? Wo?“ Mister Teller wurde außer dem H-Bomben-Vater auch der geistige Vater eines begrenzten Kernwaffenkrieges „als Mittel, den internationalen Kommunismus im Vormarsch aufzuhalten“. Entgegen besserem Wissen beteuerte er: „Ein allgemeiner, weltweit geführter Kernwaffenkrieg wäre furchtbar, aber es würde am Schluß doch Sieger und Besiegte geben.“

Kaum glaubhaft, doch diese wahnwitzigen geisteskranken Ausflüsse wurden später zur offiziellen Doktrin eines US-Präsidenten und der Planungen des Kriegsministeriums mit der NATO.

Mister Teller wurde in unserer „Schule“ wie auf einem Präsentierteller behandelt. Er war „in“. Er war der Mann der Militärs. Er war es, der sie verstand. Sie verstanden ihn.

Es kostete einen enormen Nervenaufwand, diesem Irrsinn, leider den Kursanten als

Niederschlag weiß, wird dieser paradisiische Lebensraum für immer verseucht sein. Sorry setzte alles daran, um den Abwurf der todbringenden Bombe zu verhindern – und kostete es sein eigenes Leben.

Mit diplomatischen Mitteln sollte die UNO mißbraucht werden, um den USA die uneingeschränkte Kontrolle über die Atomgewalt zu verschaffen. Man sprach ungeniert von industrieller und militärischer Spionage.

In einer Lektion, die ich unbedingt hören wollte, erfuhr ich, was mich interessierte. Mein Herz blieb fast still stehen.

General McArthur, amerikanischer Oberbefehlshaber im Pazifik, wollte vor Ende des Jahres 1945 „wenigstens 1000 A-Bomben anhäufen“, um die Sowjetunion „mit dem koordinierten Schlag von Osten und Westen zu Verstand“ zu bringen.

Mister Bullitt, ehemaliger Botschafter der USA in Moskau, teilte des Generals Vision: „Dank dem Besitz von Atombomben

Wie die USA mit ihrem zeitweiligen Atomwaffenmonopol umgingen Von Teller zu Baruch

„militärisch notwendig“ vermittelt und von ihnen geistig akzeptiert, zu widerstehen. Allein! Als „Einzelkämpfer“, wie eine ältere Freundin einmal formulierte. Dieses Wort lag wie ein Stein im Herzen. Man konnte nichts rechtfertigen.

„Das amerikanische Atom in der UNO“ wurde in der TIE-School ein interessantes Thema, das mir viel Kopfzerbrechen bereitete. Von einem Baruch-Plan war die Rede. Ich begriff anfangs nur so viel, daß Bernard Baruch das absolute Atommonopol für die USA plante. Präsident Truman verlieh dem mit einer erneuten Explosion auf dem Bikini-Atoll Nachdruck. Er folgte dem Motto: Wir sind die Stärksten, haben den „big stick“, den „großen Knüppel“.

Dem A-Versuch gingen Bemühungen voraus, die Inseln des Atolls zu evakuieren, doch die Bevölkerung weigerte sich. Nur wenige ließen sich, von der eigentlichen Heimat weit entfernt, ansiedeln. Da Gewalt nicht half, kamen sie ohne jegliche Warnung ums Leben. Die Weltöffentlichkeit erfuhr von dem Verbrechen an ungefähr fünftausend Menschen nichts, denn späteren Aussagen beugte man vor. Die Mittel waren ebenfalls nicht von der „feinen Sorte“.

1995 erschien in der Schweiz unter dem Titel „Der Tag der Bombe“ das Buch eines ehemaligen Offiziers der US-Navy über die Vorgänge auf dem Bikini-Atoll, an denen er beteiligt war. Die Inselbewohner sollten für zwei Jahre evakuiert werden und danach zurückkehren. Aber der sechzehn-jährige Sorry ist mißtrauisch und glaubt den amerikanischen Militärs nicht. Nach allem, was er über den radioaktiven

und einer Luftwaffe von überwältigender Stärke sind wir heute der Sowjetunion weit überlegen und in der Lage, sie zu vernichten.“ Das Buch, dem dieses Zitat entstammt, erschien 1946. Nicht anders äußerte sich Mister Baruch. „Amerika kann das bekommen, was es verlangt, wenn es darauf besteht. Schließlich haben wir sie – die Bombe, und die anderen haben sie nicht, werden sie auch auf lange Sicht nicht haben.“

Wer war Bernard Baruch? Sekretärin Eva half beim Suchen von Unterlagen, sammelte fleißig. Baruch war ein Bankier aus dem Hause Morgan, der sich unter die Staatsmänner eingereiht hatte. Nebenbei erfuhr man, daß ein Mr. Lamont, der nach dem Ersten Weltkrieg den damaligen Präsidenten Wilson beriet, auch aus dem Hause Morgan kam. Zufall?

Inmitten des Größenwahns und der Selbstgerechtigkeit gab es in den USA auch andere Auffassungen und Stimmen. Zu ihnen gehörte der ehemalige Vizepräsident Henry Wallace. Er schrieb einen Brief an Truman. „Es gibt eine Schule militärischen Denkens, welche die Tatsache anerkennt, daß, sobald mehrere Nationen über Atombomben verfügen, dies zu einem Kriege führen wird, der die moderne Kultur zerstört, und daß keine Nation einen solchen Krieg gewinnen kann. Diese Schule militärischen Denkens befürwortet deshalb einen ‚Präventivkrieg‘, einen Angriff auf Rußland jetzt, wo es noch keine Atombomben besitzt. Dieser Plan ist nicht nur amoralisch, sondern auch unklug.“

Mitteilung

Die Genossen **Prof. Dr. Ingo Wagner** und **Prof. Dr. Günter Wilms** sind in die Ehrenliste der Redaktion aufgenommen worden.

Als der Millionär Baruch im Juni 1946 vor die Atomenergiekommission der Vereinten Nationen trat, wandte er sich an die „Mitbürger der Welt“, um sie darüber aufzuklären, daß sich „hinter dem schwarzen Vorhang des neuen Atomzeitalters“ sowohl Hoffnung als auch Verdammnis verbergen: „Wir sind hier, um zwischen Leben und Tod zu wählen.“

Der Tod, von dem Baruch sprach, lag im Sommer 1946 allein in der Hand seiner Regierung. Für das Leben hatte er einen Plan mitgebracht, der sich im ersten flüchtigen Blick nicht so schlecht ausnahm.

Washington ging es um die Gründung einer internationalen Atom-Entwicklungs-Behörde, ADA genannt (Atomic Development Authority), die alle Atomenergie der Welt verwalten sollte.

Verwalten – ein großer, dehnbare Begriff, definierte Baruch. ADA soll als Verwalter oder Eigentümer „alle Weltvorräte an Uran und Thorium unter ihre Verfügungsgewalt bringen“. ADA soll „die uneingeschränkte Nutzung und Kontrolle von spaltbarem Material in allen Tätigkeitsbereichen ausüben“. ADA soll allein und ausschließlich berechtigt sein, „wissenschaftliche Forschungen auf dem Gebiet des explosiven Atommaterials durchzuführen“. ADA und niemand anders soll Lizenzen zur friedlichen Nutzung der Atomenergie austeilen.

Kurzum: Ohne ADA geht nichts! Aber wie funktioniert ADA? Wer hat das Sagen? Baruch kommentierte: „Das Personal der Behörde soll unter dem Gesichtspunkt erwiesener Sachkunde ausgewählt werden.“ Wer besaß im Sommer 1946 „erwiesene Sachkunde“? Die Konstrukteure und Techniker der amerikanischen Bomben. Aber sollte ADA nicht eine internationale Behörde sein? Baruch antwortete: „... Die Auswahl soll so weit wie möglich auf internationaler Grundlage erfolgen.“ So weit wie möglich!

„Wir bekommen das gesamte russische Uran und Thorium zur Verfügung der internationalen Behörde“, prophezeite ein gewisser Charles Thomas vorlaut. „Alle radioaktiven Materialien der ganzen Welt werden sich in unseren Händen befinden.“ Wer war dieser Mister Thomas, der sich bereits die Hände rieb? Vizepräsident des Konzerns MONSANTO Chemical Co. und Mitverfasser des Baruch-Plans.

„Der Baruch-Plan“, schrieb eine britische Labour-Zeitung, hätte die „Wall Street zum Schiedsrichter des Weltfriedens“ gemacht. Die amerikanische Zeitschrift „New Republic“ sagte es in dünnen Worten: „Jede Nation muß sich entweder inspicieren oder mit Atombomben bombardieren lassen. Das war die Wahl, von der Baruch sprach.“ (wird fortgesetzt)

Dr. Günther Hahne

*Wir gratulieren unserem
Autor nachträglich
sehr herzlich zu seinem
80. Geburtstag.*

Wie der „lachende Mann“ von DDR-Filmern hinters Licht geführt wurde „Kongo-Müllers“ Selbstentlarvung

2006 jährte sich zum 40. Male die Erstausstrahlung des Fernsehfilms „Der lachende Mann – Bekenntnisse eines Mörders“. Den DDR-Dokumentaristen Walter Heynowski und Gerhard Scheumann war ein Meisterwerk gelungen, welches weit über die Grenzen des eigenen Landes auf sich aufmerksam machte. Gegenstand des Streifens war ein Interview mit dem Söldner Siegfried Müller, der sich selbst „Major“ nannte und unter der Bezeichnung „Kongo-Müller“ zum Synonym für die Begehung grausamer Gewaltakte gegenüber der kongolesischen Zivilbevölkerung wurde. Müller war Chef des sogenannten Kommandos 52, welches eine Blutspur durch Afrika zog. Im Jahre 1964 befand sich Kongos nationale Befreiungsbewegung auf dem Vormarsch. Nahezu 75 % des Territoriums waren bereits befreit, eine Volksregierung wurde ausgerufen. Es war ein Reflex auf die Ermordung von Premierminister Patrice Lumumba, der 1961 im Auftrag der CIA umgebracht worden war. Müller und sein späterer Adjutant Gerd von Blottnitz ließen sich am Ende des Sommers 1964 von den Gegnern einer fortschrittlichen Entwicklung „für den soldatischen Dienst im Inneren Kongos anwerben“. Es kam zu einer Vielzahl von Morden an Bürgern des Landes. Darunter befanden sich Plantagenarbeiter, die mit den Kämpfen nicht das geringste zu tun hatten. In der Regel wurden die Opfer nach ihrer Tötung beraubt. Die Vorgehensweise sprach für aus Mordlust erfolgendes heimtückisches und grausames Vorgehen. Als besonders perfide erwies sich, daß Müller die Köpfe der von ihm Umgebrachten präparieren ließ, um sie an europäische Besucher zu verschenken. Eines dieser abgeschlagenen Häupter befestigte er als besonderes Kennzeichen an seinem Jeep.

Dies alles hatte „Kongo-Müller“ in dem legendären Interview mit Heynowski und Scheumann weitgehend offenbart und eingeräumt Er machte auch kein Hehl daraus, ein fanatischer Antikommunist zu sein und bezeichnete sich als einen „Krieger des freien Westens“.

Müller war am 26. 10. 1920 in Krossen (Oder) geboren, besaß die (bundesdeutsche Staatsangehörigkeit und war „heimatansässig“ in Langen bei Frankfurt am Main.

Nach einem Vorgespräch in einem exklusiven Münchener Hotel stand Kongo-Müller am 10. November 1965 den beiden DDR-Journalisten vor der Kamera Rede und Antwort. Dabei trug er militärische Tarnkleidung mit angeheftetem Eisernen Kreuz Erster Klasse. Während er vor laufender Kamera zahlreiche Zigaretten rauchte und kräftig dem Alkohol zusprach, berichtete er – fern jeden Unrechtsbe-

wußtseins – von seinen Einsätzen in Kongo und den Handlungen seiner Männer vom „Kommando 52“. Angesprochen auf die in der DDR lebenden Deutschen – „Könnten Sie sich vorstellen, daß in Ihrer Tätigkeit ... auch Namen wie Magdeburg oder Leipzig oder Dresden usw. eine Rolle spielen könnten?“ – bestätigte er dies wie selbstverständlich. Seine Antworten waren oftmals mit einem Lachen verbunden, das den Zuschauer erschauern ließ.

Das Interessante ist, daß es Müller zu keinem Zeitpunkt in den Sinn kam, daß das mit ihm auf bundesdeutschem Boden geführte Gespräch von Leuten aus dem „Osten“ initiiert und für den Fernsehfunk der DDR aufgezeichnet wurde. Er lebte wohl bis zur Ausstrahlung der Sendung am 9. Februar 1966 in dem Bewußtsein, es habe sich um bundesdeutsche Journalisten gehandelt. Heynowski und Scheumann kamen glücklicherweise gar nicht erst in die Verlegenheit, eine wahrscheinlich das gesamte Projekt gefährdende wahrheitsgemäße Antwort geben zu müssen. Müller hatte ihnen alle Rechte zur Auswertung des gefilmten Materials ordnungsgemäß übertragen. Die Sendung aus Adlershof erfuhr enorme Resonanz. Kongo-Müller wurde fortan als Prototyp des Kriegsverbrechers betrachtet. Den Dokumentaristen zollten die Zuschauer hohe Anerkennung. Die Witwe Patrice Lumumbas ließ noch vor Ausstrahlung des Films durch Rechtsanwalt Prof. Dr. Kaul Strafanzeige gegen Müller und von Blottnitz beim Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main wegen vielfachen Mordes und Raubes erstatten. Es dauerte nicht lange, bis im bundesdeutschen Blätterwald ein heftiges Rauschen begann. Die einen warfen Kaul einen simplen Propagandatricker vor, die anderen formulierten mit einer gewissen Achtung: „Fast ist man versucht, Ost-Berlins Staranwalt ein Kompliment zu machen. Mit einem Federstrich erreicht er, was weder Giftpfeile und erbeutete Schnellfeuergewehre noch Strafenfallen, Giftschlangen und – im Nordosten des Landes – Pest und Cholera schafften: jenen Major a. D. Siegfried Müller zu erledigen, der – ein Unterführer in Tschombes weißer Söldnertruppe – als ‚Kongo-Müller‘ in die Kuriositätengeschichte unserer Zeit einging.“

Soweit bekannt, wurde Müller wegen der ihm angelasteten Handlungen in der BRD nie zur Verantwortung gezogen. Der ehemalige Oberfähnrich der Hitlerwehrmacht starb 1983 in Südafrika. Mitte der 70er Jahre machte er noch einmal kurz auf sich aufmerksam, als er in den Medien verkünden ließ, er warte nun auf seinen Einsatz in Namibia.

RA Ralph Dobrawa

Vor mir liegen etliche alte Ansichtskarten, die ich aus der Sammlung meines verstorbenen Stiefvaters herausgefischt habe, weil mich zunächst die verwendete Anschriften und dann noch mehr die oft simplen Sätze fesselten, die von den Schreibern der Kartengrüße zu Papier gebracht wurden. Da schickt eine Oma aus einem Dorf bei Weimar eine „Teddy-Karte“ an ihren Enkel Dieter Schöner, der im Kinderferienlager der Goetheschule Greiz seine Ferien verbringt. „Hauptsache, es hat Dir gut gefallen“, beendet sie ihre Grüße. Ein anderes Großelternpaar schreibt an seinen Enkel Peter Zoldahn in Tambach-Dietharz, der dort im Betriebsferienlager „Artur Becker“ vom Rat des Bezirkes Erfurt untergebracht ist. „Hoffentlich erlebst Du noch recht frohe Ferientage“, liest man. Angelika vermeldet den Eltern aus dem Betriebsferienheim 6421 Lichtenhain an der Bergbahn (Kinderferienlager der LIW

der Brigade „1. Mai“ ZWM in 523 Sömmerda, VEB Büromaschinenwerk, Weißenseer Straße. Walter und Gretel Rautenberg, die im Walter-Ulbricht-Heim von Friedrichroda Urlaub machen, schreiben am 16. 9. 1963 an ihren Betrieb, das Zentralinstitut für Automatisierung – Abteilung Haushalt – in Dresden N2, Postfach 40: „Allen Kolleginnen und Kollegen die herzlichsten Urlaubsgrüße aus dieser schönen Gegend. Nach bisher sonnigen Tagen haben wir schon viel Schönes in der Natur gesehen. Bademöglichkeiten bieten sich leider nicht mehr, aber Luft und Sonne tun ihr Bestes ...“ Aus einem rumänischen Touristenhotel schreibt am 12. 9. 1959 jemand an das RFT-Fernmeldewerk Arnstadt/Thür., Justage/Kaiser, Germany DDR: „Herzliche Urlaubsgrüße sendet Bärbel. Das Hotel liegt inmitten von Bergen und ist herrlich eingerichtet. Das Essen ist sehr reichlich und gut.“

in Güstrow/Meckl., Eisenbahnstraße: „Lieber Walter! Dir und allen Kollegen die besten Grüße aus dem schönen Thüringen. Bin am Freitag wieder in Güstrow. Bitte berücksichtige mich bei der Zuteilung, wenn Sonnabend oder Sonntag etwas zu tun ist. Das Geld wird nämlich knapp. In alter Frische Dein Kollege Kurt Starke.“ Ein ganz anderes Motiv, ihre Arbeit bald wieder aufzunehmen, hat diese Kollegin, die am 8. 7. 1970 vom Zeltplatz Karlshagen an die Dresdner Wohnungsbaugenossenschaft, 8023 Dresden, Boxdorfer Straße 42b, schreibt: „Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die besten Grüße aus dem Urlaub sendet Euch Kollegin R. Lohser. Ab 6. 7. bin ich wieder gesund geschrieben, und am 4. 8. beginne ich mit der Arbeit. Leider mußte ich feststellen, daß die neue Maschine noch nicht angeschlossen ist. Hoffentlich ist es bis Ende Juli möglich, damit es dann wieder richtig rollt.“

Kartengrüße offenbaren Gefühle und Befindlichkeiten von DDR-Bürgern

„... damit es dann wieder richtig rollt“

Erfurt): „Ich bin mit fünf netten Mädchen zusammen. Ich habe auch schon eine Freundin, und sie heißt Brigitte Schüler.“ Es konnte sogar vorkommen, daß mehrere Kinder aus einer Familie in unterschiedliche Ferienlager gereist waren. So schreibt Eva-Maria Reitter aus dem Zentralen Pionierlager Stolberg/Harz, Freundschaft 4, Zelt 9, am 14. Juli 1962 eine Karte an ihre Schwestern Marion und Thea, die im Ferienlager des VEB(K) Bau Dessau in Großbothen, Kreis Grimma, Bezirk Leipzig ihre Ferien verbringen: „Liebe Marion und Thea! Ich kam glücklich in Stolberg an. Unser Lager liegt auf einem hohen Berg. Wie gefällt es Euch in Großbothen? Ist Thea auch immer?“

Solche und ähnliche Grüße sind in Massen geschrieben worden. Sie waren weder befohlen noch aus Angst geschönt abgefaßt, sondern künden einfach von einem sorgenfreien Urlaubsaufenthalt, den die Pionierorganisation, sozialistische Betriebe und Verwaltungen den Kindern ihrer Mitarbeiter ermöglichen.

Andere Karten sandten Arbeiter oder Angestellte an die heimatische Brigade oder die entsprechende Betriebsabteilung ihres VEB. Eine Arbeiterin aus der Landwirtschaft schreibt an die Maschinen-Traktoren-Station in Dingelstädt/Eichsfeld, Kreis Worbis: „Viele Grüße aus dem herrlichen Neustadt (Orla) sendet Euch Waltraud.“ Und einer, der nach Budapest gereist ist, grüßt seine Leute von

Aus einem anderen ausländischen Urlaubsort schreibt Frau E. Provostnick am 12. Juni 1967 (dem Tag des Lehrers und Erziehers ...) an alle Kolleginnen und Kollegen des Kinderheims 5601 Vollenborn im Eichsfeld über Leinefelde DDR: „Von unserer Fahrt Ihnen allen ein herzliches Gedenken. Zielona Gora ist das ehemalige Grünberg (Schlesien). Manchmal habe ich Sehnsucht, obwohl ich mich in keiner Beziehung zu beklagen habe. Viele gute Wünsche an unserem Ehrentag, Eure und Ihre E. Provostnick.“

Aber auch solche Grüße gab es von einem, der zur Arbeit während der Leipziger Messe nach Markkleeberg abgeordnet wurde. Er schreibt am 5. 3. 1968 an den „Koll. Objektleiter H. Fiskra in 26 Güstrow/M., Hotel Stadt Güstrow: Werter Koll. Horst! Arbeite im Forsthaus Raschwitz. Von 17.00–3.00 ist Schicht. Vor Staub kannste nichts sehen. Sind 2 Säle. Arbeite mit 7 Kellnern im kleineren Saal. 250 Plätze, habe die Verantwortung übertragen bekommen, das paßt mir gar nicht. Insgesamt sind wir 36 Kellner, einschl. Blindgängern. Preise, legste die Ohren an. Was für eine Preisstufe, weiß ich nicht, steht keine auf der Karte. Alles andere mündlich. Frdl. Gruß Dein Koll. Paul ... Bin froh, wenn der Gammel aus ist.“ Einer, dem im Urlaub das Geld auszugehen droht und der deshalb nach Arbeit lechzt, schreibt am 30. 7. 1956 aus dem thüringischen Bad Klosterlausnitz an seinen Kollegen Walter Rath

Offensichtlich sollte da nicht nur „der Rubel rollen“, sondern es sollte mit der Produktion vorangehen. Werktätige und Schüler, Soldaten und Angestellte, Mißmutige und Optimistische – alle lebten sie in dieser DDR, erholten sich dort, wo heute Betriebsheime verfallen wie im Thüringer Wald und im Harz, oder inzwischen die gehobenen Schichten „relaxen“ wie in Heringsdorf oder Ahlbeck. Das nach bundesdeutscher Lesart angeblich „hinter Mauer und Stacheldraht“ trüb dahinvegetierende, nach einem Grenzübertritt lechzende, freudlos dem „Kommandostil“ im VEB ausgesetzte Arbeitervolk hatte jahrzehntelang ganz offenkundig anderes erlebt, als man ihm heute einreden möchte. Der Tag des Lehrers war tatsächlich Ehrentag – unvorstellbar für jeden heute in der Mühle des dreigliedrigen Schulsystems frustriert arbeitenden Beamten oder Beamtenanwärter. Das Büromaschinenwerk Sömmerda im VEB Zentronik, 523 Sömmerda, Weißenseer Straße 52, Abteilung Werkzeugbau, Brigade „Geschwister Scholl“, bekommt am 25. 10. 1971 eine Karte von einem jungen ehemaligen Betriebsangehörigen, der jetzt „bei der Fahne“ ist. Gefreiter K. Kettner, MfNV, 119 Berlin, Schnellerstraße 1–5, PSF 3918, schreibt an seine ehemaligen Kollegen: „Werte Kollegen! Grüße aus Berlin sendet Euch Klaus. Seit Februar bin ich ja jetzt im Ministerium für Nationale Verteidigung tätig. Hier gefällt es mir sehr gut. Anfang November komme ich Euch mal besuchen.“ Das hat Klaus auch bestimmt getan, denn er brauchte dafür keinen Sonderurlaub, um aus Afghanistan, dem Kosovo, dem Libanon oder dem Kongo ausgeflogen zu werden.

So sind solche und noch viel mehr Grüße, die ich hier unmöglich alle wiedergeben kann, ein Beleg dafür, daß es sich in der DDR gut leben ließ. Ihre Bürger mußten sich anstrengen, waren manchmal verärgert, sehr oft zufrieden und meist hoffnungsvoll und zuversichtlich. Wir hatten noch viel vor. Wir sind zurückgeworfen worden, haben aber den Mut und die Zuversicht nicht verloren.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Manfred von Brauchitsch meldete sich auch nach der „Wende“ einige Male. Aus seinen Briefen und Telefongesprächen war eine gewisse Unruhe und Unsicherheit zu bemerken. Dann lud er mich ein, und wir saßen wieder einmal in der Sauna. Es sei noch so vieles unausgesprochen, meinte er. Er wünschte, daß wir zusammen noch ein Buch machen. Er wollte sich erleichtern, Fazit ziehen. Er war weit über 90, ich über 80. Zwei alte Männer saßen nackt auf der Schwitzbank und zogen Bilanz.

Er schien unsicher. War sein damaliger Weg richtig? Hatte er nicht seine Klasse verraten? Bereute er, hatte der neue Mainstream auch ihn erfaßt? Und wieder war es so, als ob die Nacktheit und die Enge der heißen Zelle unerbittliche Ehrlichkeit provozierten. Er war sich seiner selbst nicht mehr sicher, und wie wir nebeneinander schwitzten, wetzte er seine Zweifel an mir, wollte meine Meinung, beschwor die Vergangenheit. Seine damalige rückhaltlose Ehrlichkeit sollte sich auch heute bewähren. Es ging um den Adel. Sein Trauma. Die Verantwortung gegenüber seinem Namen und seiner Sippe. Und wie wir es damals im Film – der ja heute ein unleugbares Dokument ist – gestaltet hatten. Er wollte meine Meinung. Ich sagte sie ihm. Leidenschaftslos und ungeschminkt: Es gibt Historiker, die heute mit großer Unbedingtheit behaupten, ohne Adel kein von Hindenburg, kein von Papen, kein 1933 mit Hitler. Der Machtantritt der Nazis wurde begeistert begrüßt, die Einführung der Wehrpflicht bejubelt, weil man begründete Aussichten auf vielversprechende Karrieren hatte. Die Parole „Deutschland erwache!“ fand ein vieltausendfaches Echo im Adel. In Hitlers Außenamt dominierte die Aristokratie und gab der Barbarei eine lupenreine Reputation im Nadelstreifenzeiher. Ohne Adel kein Krieg, ohne Krieg demnach keine Spaltung Deutschlands mit ihren schrecklichen Folgen.

„Es soll also der Adel schuld sein an allem?“, fragte er bitter. „Zumindest war er in starker Verantwortung und Mitschuld! Hunderte von Adligen waren sehr früh schon in der Hitlerpartei, aus Angst, zu spät zu kommen. Von zwölf Generalfeldmarschällen waren zehn von Adel. Sie haben – einschließlich eines Trägers deines Namens – den Krieg Hitlers nicht nur vorbereitet, sondern durchgeführt.“ „Und Stauffenberg?“, versuchte er sich zu rechtfertigen.

Zu spät, um ein ganzes Land, das sich besudelt hatte, wieder reinzuwaschen. Es gab tausendfach Gelegenheit, vor der Weltkatastrophe diese Tat erfolgreich durchzuführen, wenn man nur ernsthaft gewollt hätte. Nein, die Einsicht zur Vernunft kam zu spät. Und dann wurde die Vernunft an die Wand gestellt und erschossen. Er widersprach: „Heute denkt man anders, und ich lebe nun mal im neuen Heute. Ich brauche – auch zu meiner eigenen Rechtfertigung – eine neue Standortbestimmung.“ Er schien gefangen in einem Gestrüpp von widersprüchlichsten Gedanken und Gefühlen, die ihn umtrie-

ben. Er glaubte, sich aufs neue rechtfertigen zu müssen: Alle, die damals von Ost nach West gingen, fänden sich heute erst recht bestätigt. Er ging den umgekehrten Weg. War dieser nicht falsch? Gerade für ihn? Mit einem Namen, der nicht nur für ihn Verpflichtung war?!

„Du warst nicht in schlechter Gesellschaft“, versuchte ich ihn zu überzeugen, und nannte ihm Beispiele aus dem Kreis, den ich kannte und in den ich einen gewissen Einblick hatte:

Manfred von Ardenne, der Intellektuelle und Erfinder, der sich in der DDR ein kleines, eigenes Universum aufbauen konnte und versuchte, mit seinen speziellen Mitteln der Allgemeinheit zu dienen. / *Bernd von Kugelgen*, der Journalist, den Stalingrad gewandelt hatte. / *Graf Einsiedel*, der Urenkel Bismarcks, der mit

Staat? Privilegien? Die konnte man ihnen nur in sehr begrenztem Maße bieten. Die Schlösser ihrer Ahnen lagen woanders. Geld, Aktien, Wohlleben? Das alles gab es nicht. Nur hoher persönlicher Einsatz und ehrliche Arbeit. Im anderen Deutschland hätten sie mit ihrem adligen Status und ihren gesellschaftlichen Vernetzungen weit bessere Möglichkeiten gehabt, zu Ansehen, Besitz und Ruhm zu gelangen. Also was?! Ich glaube, der gemeinsame Nenner all dieser Menschen war die idealistische Vorstellung einer gerechteren Ordnung und der Traum von einem besseren Deutschland. Und mit diesem Wunsch auf den Lippen ist ja auch dein Freund Claus von Stauffenberg gestorben.“

Brauchitsch griff nach der Wasserkelle und machte einen Aufguß. Im Nebel des hochziehenden Dampfes war sein Ge-

Mit dem Adel in der Sauna

unseligen Traditionen brechen wollte und für die PDS im Bundestag saß, angefeindet von seinen Standesgenossen. / *Gustav von Wangenheim*, der Theatermann, der schon in der Weimarer Republik die Seiten wechselte. / *Eduard von Winterstein*, sein Vater, der große Menschendarsteller, der sich im Kulturland zu Hause fühlte. / *Karl-Eduard von Schnitzler*, der als Kind Adenauer auf den Knien saß und sich den unversöhnlichen Haß seiner Gegner zuzog, weil er Wahrheit, wie er sie sah, vermeldete. / *Egbert von Frankenberg*, der ehemalige Jagdflieger, der durch Hitlers Krieg geläutert wurde. / *Vieth von Golßenau*, bekannt unter dem Namen Ludwig Renn, der in Spanien auf seiten der armen Leute kämpfte und ein interessantes Buch geschrieben hatte mit dem beziehungsreichen Titel „Adel im Untergang“. / *Hans von Oettingen*, der Journalist und Drehbuchautor, mit dem ich den Film „Der Mann aus Kanada“ gemacht hatte und dessen Ahnensitz bei Bingen über den Rhein blickt.

Er verzog geringschätzig den Mund: „Tropfen aus einem Meer. Ein kleines Fähnlein.“ „Mag sein“, sagte ich, „aber ein Fähnlein der Aufrechten. Mit vielen von ihnen hatte ich Kontakt und kannte ihre Motive. Warum sind sie alle auf dieser Seite der Elbe geblieben? Was erhofften sie sich von diesem Arbeiter-und-Bauern-

sicht, das Zweifel und sogar eine gewisse Unduldsamkeit auszudrücken schien, nur undeutlich zu erkennen. Obwohl ich merkte, daß das Gespräch ihm schmerzhaft nahe ging, drängte ich weiter: „Und dieser Teil des Adels hatte seine Entsprechung in einem Adel des Geistes. Haben nicht viele Schriftsteller und Dichter sich von dem alten Deutschland losgesagt und lehnten es ab, sich nach dem Krieg wieder dort niederzulassen, von wo sie verjagt wurden? Thomas und Heinrich Mann, Hermann Hesse, Lion Feuchtwanger, Friedrich Wolf, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Erich Weinert, Anna Seghers, Willi Bredel, Louis Fünberg, Arnold Zweig, Bodo Uhse und viele andere.“

Er blickte hoch und nickte nach einer Weile zustimmend, während ich fortfuhr: „All denen ist gemeinsam, daß sie eine Grenze überschritten hatten. Oft unter großem Schmerz, aber unumkehrbar.“ „Ich möchte nicht zynisch werden“, entgegnete er mir. „Haben sie es gefunden, dieses bessere Deutschland? Haben wir es gefunden, als wir die Elbe Richtung Osten überqueren?“ „Das muß jeder mit sich selbst ausmachen“, antwortete ich. „Und wir werden uns bis zum Ende unserer Tage damit auseinanderzusetzen haben. Mit uns und mit anderen. Mit dem Debakel eines Unterfangens, das es vorher niemals in der Weltgeschichte gab. Die verlockende Idee wird bleiben.“ Die Saunauhr klingelte. Es war Zeit zur Abkühlung. Das Buch, das er im Sinn hatte, wurde nicht mehr geschrieben. **Rudi Kurz**

Am **12. November** feiert unser langjähriger Autor

Dieter Itzerott

seinen **75.** Geburtstag.

Als leitender Funktionär der FDJ – er war 2. Sekretär des Zentralrats – und der SED schlug er sich für das sozialistische Deutschland.

Der Autor drehte 1965 den fünfteiligen Fernsehfilm „Ohne Kampf kein Sieg“ über das Leben des Rennfahrers Manfred von Brauchitsch und war bis zu dessen Lebensende mit ihm befreundet. Von Brauchitsch, Jahrzehnte Präsident der Olympischen Gesellschaft der DDR, starb 98jährig im Februar 2005.

Zur Rolle Goethes im Weimarer Hofstaat

Die Hinrichtung der Johanna Höhn

Der 1999 erneut entfachte Streit um Goethes Mitschuld an der Hinrichtung der 24-jährigen Johanna Catharina Höhn, die ihr Kind unmittelbar nach der Geburt in einem Anfall von Panik getötet hatte, ist noch in vollem Gange. Zentrum ist jetzt das Goethe-Jahrbuch, in dem seit 2002 die Meinungen aufeinanderprallen. Brisant ist der Vorgang vor allem deshalb, weil Goethe schon 1775 den (Ur-)Faust mit der rührseligen Geschichte von Gretchen geschrieben hatte, die ihr neu geborenes Kind umbringt und vom Autor Goethe in ihrer Schuld entlastet wird. 1783 plädierte Goethe dagegen für die Beibehaltung der Todesstrafe für Kindstötung im Staat Sachsen-Weimar und damit für die Hinrichtung der schon zum Tode verurteilten Johanna Höhn.

Diese Todesstrafe war umstritten. Im 18. Jahrhundert, seit Cesare Beccarias Schrift „Über Verbrechen und Strafen“ von 1766, gibt es eine lebhaftere Diskussion über die Abschaffung der Todesstrafe überhaupt, auch in Deutschland. In Weimar scheint die Diskussion 1783 hohe Wellen geschlagen zu haben, verschärft seit der Begnadigung der Kindesmörderin Dorothea Altwein durch den Herzog zwei Jahre zuvor, 1781, der auch Goethe zustimmte. Wie umstritten die Hinrichtung Johanna Höhns in Weimar war, bezeugt Johann Bodes Bezeichnung als „Staatsmord“.

Goethes Verhalten weckt Zweifel an der Glaubwürdigkeit seiner propagierten Humanität. Da der Fall Höhn geeignet ist, Goethes moralische Integrität in Frage zu stellen, wird verständlich, daß die Goethe-Forschung lange schwieg. Erst 1929 wird der Fall durch den Rechtshistoriker Friedrich Wilhelm Lucht publik, und es gibt eine engagierte Diskussion. 1950 werden die Voten der drei Geheimräte zur Frage Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe für Kindesmord im ersten Band von Goethes „Amtlichen Schriften“ veröffentlicht, nicht aber das Votum des Herzogs, der sich für die Abschaffung aussprach. In seiner Einleitung verschweigt der Herausgeber Flach den Zusammenhang mit dem Fall Höhn.

Trotz mehrerer Hinweise seit 1980 kommt die Diskussion erst Ende der 90er Jahre in Gang, mit Sigrid Damms Buch über Christiane Goethe von 1998 und W. Daniel Wilsons „Goethe-Tabu“ 1999. Als dann Bundespräsident Roman Herzog in seiner Frankfurter Goethe-Rede zum 250. Geburtstag Goethes mit dem Hinweis auf die Höhn-Hinrichtung vor einer Idealisierung Goethes warnte, wurden die Goethe-Apologeten mobil. René Jacques Baerlocher unternahm im Goethe-Jahrbuch für das Jahr 2002 einen vehementen Verriß von Sigrid Damms Darstellung, die urteilte, Goethe sei das Zünglein an der Waage für die Hinrichtung gewesen. Baerlocher ver-

sucht, Goethe durch zwei Argumente zu retten:

1. Da in Goethes Einlassung Johanna Höhn gar nicht vorkomme, habe er zur Frage ihrer Hinrichtung keine Stellung genommen. Das wird das Standard-Argument aller Goethe-Verteidiger – eine abstruse Sophisterei. 2. Goethe sei in einer Zwangslage zwischen zwei Übeln gewesen, zu entscheiden zwischen einer verschärften Zuchthausstrafe und der Hinrichtung. Goethe habe das kleinere Übel gewählt und sei somit moralisch gerechtfertigt.



Als ich diese seltsame Ethik im Goethe-Jahrbuch angreifen will und Goethe entscheidende Mitschuld nachzuweisen versuche, wird mein Text nur mit starken Kürzungen und unter Abschwächung der Einwände gegen Baerlocher angenommen. Meine Forderung, wegen Goethes Verhalten und seiner besonders von Wilson nachgewiesenen Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen der Weimarer Regierung das staatliche Goethe-Institut umzubenennen, wird nicht gedruckt.

Im Herbst 2004 erscheint meine Edition der Akten zum Fall Höhn und zu zwei weiteren Kindesmordfällen („Das kurze Leben der Johanna Höhn“), zeitgleich mit Volker Wahls Abdruck derselben Akten („Das Kind in meinem Leib“). Die Rezension beider Editionen im Goethe-Jahrbuch 2004 von dem Jenaer Jura-Professor Günter Jerouschek konzentriert sich auf Vorwürfe gegen meinen Kommentar. Seine Rezension enthält erhebliche Fehler. Im Stil einer presserechtlichen Gegendarstellung weise ich die Angriffe zurück und verlange den Abdruck der Gegendarstellung, die im aktuellen Goethe-Jahrbuch für das Jahr 2005 im Juni 2006 erschienen ist. Gegen die Regeln des Presserechts druckt das Goethe-Jahrbuch eine Erwiderung von Günter Jerouschek auf meine Richtigstellung ab, in der dieser seine Vorwürfe wiederholt und ausweitet, in doppelter Länge. Die Herausgeber haben den Abschluß der Diskussion erklärt. Daher

blieb mir nur übrig, in einem offenen Brief an die Herausgeber zu antworten, in schärferem Ton, da diese in ihrem Vorwort bewußt zum Mittel einer falschen Unterstellung greifen und Jerouschek meine wissenschaftliche Kompetenz überhaupt anzweifelt. Dieser offene Brief ist auf meiner Internetseite veröffentlicht (<http://omnibus.uni-freiburg.de/~scholzr>).

Der Streit um Goethes Rolle bei der Hinrichtung von Johanna Höhn ist Teil der seit 1990 verstärkten Erforschung von Goethes Regierungstätigkeit, bei der sich ein ganz anderes Bild des Staates Sachsen-Weimar abzeichnet als bisher; die Resultate haben zum Sturz des Weimar-Bildes als eines humanen „Musenstaates“ geführt. Heute ist sicher, daß Sachsen-Weimar zur Zeit Herzog Carl Augusts und Goethes ein Kleinfürstentum war, nach damaligen Maßstäben eher rückschrittlich. Die Todesstrafe wurde nicht abgeschafft, nicht einmal für Kindesmord, ebenso wenig die Folter. Das Auspressen der Bauern wurde nicht unterbunden, die Aufhebung der Frondienste unterblieb. Intellektuelle wurden bespitzelt und unter Druck gesetzt, ihre Sympathien für die Französische Revolution nicht öffentlich zu äußern.

Goethe ist, aus tiefster eigener Überzeugung, einer der Hauptbetreiber bedenklicher Regierungspraktiken einschließlich der Verletzung von Menschenrechten, von der Kriminalisierung der Rechtsvertreter von Bauern über den Verkauf von „Untertanen“ als Soldaten für den Krieg in Amerika, über die Relegation von Studenten auf bloßen Verdacht und auf Denunziation hin bis zur Bespitzelung und Bedrohung von Oppositionellen und deren Diffamierung als Verrückte.

Neu und besonders interessant ist, daß Herzog Carl August im ersten Jahrzehnt seiner Regierung (1775–1785) eine Reihe von Reformen angestoßen hat, aber am Widerstand seiner Regierung und seiner Räte, voran Goethes, scheiterte. Im Fall Johanna Höhn war der Herzog für die Abschaffung der Todesstrafe und für die Begnadigung mit dem Argument, die Notsituation der unehelich Schwangeren mische „unter der Abscheu“ der Tat „einiges Mitleiden gegen die Verbrecherin“. Erst als sein Hauptberater Goethe ihn nicht unterstützt, läßt der Herzog seinen Vorschlag fallen.

Vielen Goethe-Verehrern fällt es schwer, Goethes Handlungen als Mitglied der Weimarer Regierung zur Kenntnis zu nehmen und sich der Diskussion über die Konsequenzen für die Beurteilung der Dichtungen zu stellen. Im selben Jahr, als Goethe über Tod oder Leben von Johanna Höhn entscheiden mußte, schrieb er das Gedicht: „Edel sei der Mensch / Hilfreich und gut!“

Prof. Dr. Rüdiger Scholz, Freiburg

Romancier und Novellist mit ausgeprägtem Sinn für Geschichte

Zum 85. Geburtstag von Max Walter Schulz

Der spätere Pädagoge, Schriftsteller und Kulturpolitiker Max Walter Schulz wurde vor 85 Jahren am 31. Oktober 1921 in Scheibenberg im Erzgebirge in einer Angestelltenfamilie geboren. Er zählte zu den wenigen seines Jahrgangs, die aus dem Zweiten Weltkrieg zurückkehrten. Er war Hilfsarbeiter, studierte 1946 bis 1949 Pädagogik und war ab 1950 Neulehrer. Von 1953 bis 1957 drückte er wiederum die Schulbank am Institut für Literatur in Leipzig, wurde an diesem Dozent und war ab 1964 dessen langjähriger Direktor. Ab 1983 stand Schulz als Chefredakteur der Akademiezeitschrift „Sinn und Form“ vor. Er starb kurz nach seinem 70. Geburtstag am 15. November 1991 in Leipzig. Schulz' Erstling „Wir sind nicht Staub im Wind. Roman einer verlorenen Generation“ (1962) erreichte 1980 die vierzehnte Auflage. Darin beleuchtete er „Rudi Hagedorns argen Weg der Erkenntnis“ (J. Fradkina), den diese Figur in der „Landschaft menschlicher Leidenschaften“ (Günter Ebert) zu „Einsichten am Umsteigebahnhof“ (Arno Hochmuth) führte. Untersuchte Silvia Schlenstedt die Weltanschauungsmotive und die epische Gestaltung in diesem Roman, so würdigte Günter Ebert dessen „Sprache, Stil und Erzählkunst“. In dem Bändchen „Stegreif und Sattel“ (1967) legte Schulz Anmerkungen zur Literatur und zum Tage vor. In den 15 Essays, Reden und Notizen aus den Jahren 1962 bis 1966 wies sich der Schriftsteller als Theoretiker aus (Klaus Jarmatz). Wenn auch die Handlung des zweiten Romans „Triptychon mit sieben Brücken“ (1974) dreiundzwanzig Jahre nach dem ersten Roman einsetzte, erkannten die Leser, daß der Autor mit diesem seinen ersten Roman fortsetzte. Im „Triptychon“ warf Schulz Grundfragen des Lebens in Alltag und Politik auf hoher philosophischer Ebene auf. Er stellte „Menschen in Bewährung“ (Hans-Jürgen Geerds) vor. „Der Schriftsteller als Brückenbauer“ (Trude Richter) zeichnete in dem Roman „die Wirklichkeit der Poesie“ (Martin Reso).

Als Direktor des Literaturinstituts gab Schulz 1975 zusammen mit Wladimir Pimenow den Band „Tauchnitzstraße – Twerskoi Boulevard“ heraus. Er enthielt Beiträge aus den Leipziger und Moskauer Literaturinstituten. In den essayistischen Arbeiten ging es um die Lehrbarkeit kreativen Schreibens und um die Ausbildung von Schriftstellern. Viele später bekannte DDR-Schriftsteller absolvierten das Leipziger Literaturinstitut, darunter Horst Bastian, Ulrich Berkes, Adolf Endler, Walter Flegel, Gotthold Gloger, Günter Görlich, Karl-Heinz Jakobs, Rainer Kirsch, Fred Rodrian, Rudi Strahl, Fred Wander, Hans Weber und Walter Werner.

In dem Sammelband „Pinocchio und kein Ende“ (1978) stellte Schulz vierzehn Notizen zur Literatur aus zehn Jahren vor, die „Gesichtspunkte zum Standpunkt“ (Werner Neubert) des Schriftstellers ergaben. Max Walter Schulz erzählte in seiner Novelle „Der Soldat und die Frau“ (1978) „das Schicksal des Kriegsgefangenen Röder“ (Wolfgang Höppner) und die „legendäre Nachricht von einer vergrabenen Liebe“ (Gerhard Rothbauer). In der breit diskutierten Novelle leuchtete der Autor einen humanitären Akt aus und warf gleichzeitig einen Anker in die Zukunft. Als nächstes legte er das Kinderbuch „Das kleine Mädchen und der fliegende Fisch“ (1979) vor. Seine Novelle „Die Fliegerin oder Aufhebung einer stummen Legende“ (1981) bezeichnete Schulz gewissermaßen als Pendant zu „Der Soldat und die Frau“.

Die Rezensenten sahen in der neuen Novelle „menschliche Wandlungen in Jahren, die Entscheidungen forderten“ (Klaus Jarmatz). Beide Novellen waren literarische Ereignisse, wurden mehrfach verlegt und erschienen unter anderem in der BRD, in Ungarn und in der Sowjetunion.

Max Walter Schulz war ein „Romancier und Novellist mit ausgeprägtem Sinn für Geschichte“ (K.-D. Schönewerk), für den es galt, das Erleben der Väter den Enkeln zu bewahren. Er zeichnete in seinen Büchern den Weg des Begreifens und Umdenkens in den Nachkriegsjahren nach. Seine literarischen Helden mußten lange um Eigenes ringen. Der Autor stellte bohrende Nachfragen über faschistische Schuld, übers Anderswerden und das Hineinwachsen in eine neue Zeit.

Dieter Fechner

Späte Freundschaft

Mit diesem Buch präsentieren sich zwei Frauen als Vertreterinnen einer fast ausgestorbenen Tugend: Sie stehen miteinander in einem intensiven Briefwechsel. Begonnen hat alles 2005. Am Ende des Jahres hatte die Korrespondenz einen Umfang angenommen, der ein Buch von 267 Seiten füllen konnte. Wer macht sich heute schon diese Mühe? Telefon und Handys übernehmen, was früher oft der einzige Weg war, sich dem anderen mitzuteilen. Selbstverständlich werden immer noch Briefe geschrieben, aber eher selten dürfte das Beispiel von Ursula Siemens und Margitta Zellmer sein. Sie haben sich – die eine in Deutschlands Westen, die andere im Osten zu Hause – auf einer Veranstaltung in Thüringen kennengelernt und sind neugierig aufeinander geworden: besonders darauf, wie jede von ihnen die großen und kleinen Probleme des Lebens beurteilt. Immerhin können die Welten, in denen sie aufgewachsen sind, unterschiedlicher nicht sein.

Kaum ein Thema wird ausgespart. Was sie sich zu sagen haben, ist wert, festgehalten zu werden. Politik, Philosophie, Literatur, Geschichte, Emanzipation, Familie – der Leser erfährt viel und ausreichend Differenziertes zu all diesen Fragen. In den Briefen spiegelt sich die persönliche Sicht zweier Frauen, die – jede auf eigene Weise – ihren Weg gegangen sind: Ursula Siemens als Literaturwissenschaftlerin aus dem Ruhrgebiet, deren Mutter schon in der illegalen KPD „mitgemischt“ hat, Margitta Zellmer als Journalistin, für die die DDR ihre Heimat, der Sozialismus ihre „zutiefst verinnerlichte Weltanschauung und Lebenshaltung“ war. Ihre Überzeugung hat sie nicht preis-

gegeben, genauso wie Ursula Siemens nicht aufgehört hat, ihre Kraft für ein Leben, um das sie die DDR-Frauen immer beneidet hat, einzusetzen. So ist es ganz natürlich, daß Fragen der Emanzipation in Ost und West eine tragende Rolle in ihrem Gedankenaustausch spielen. „Die Sicherheit des monatlich eingehenden Salärs, der Kranken- und Altersvorsorge ist ... durch nichts, durch gar nichts zu ersetzen“, ist ihrer beider Standpunkt. Heute ist auch Margitta Zellmer gezwungen, jeden Tag aufs neue den Kampf um die soziale Existenz zu führen. Der Briefwechsel gibt ihnen Kraft und Mut, diesen nicht aufzugeben. Sie wissen um ihre gemeinsame Weltanschauung, teilen die Sicht auf das politische Geschehen in Deutschland, fühlen sich bestärkt durch viele Gemeinsamkeiten, von denen jeder Brief ein Stück mehr offenbart. Aber auch Differenzen werden nicht ausgespart. Deren Benennung macht den Gedankenaustausch zwischen den beiden Frauen lebendig und interessant. Und sie fordern den Leser zu eigenem Nachdenken und zu der Frage, wie man selbst zu den aufgeworfenen Problemen stehen würde, heraus. Es ist gut, daß sich Ursula Siemens und Margitta Zellmer entschlossen haben, ihren ganz privaten Briefwechsel öffentlich zu machen. So erfahren wir von der unsichtbaren Kraft, die durch kein Dekret der Herrschenden über uns aufgehoben werden kann.

Bruni Steiniger

Ursula Siemens/Margitta Zellmer. Späte Freundschaft. Ein Ost-West-Briefwechsel, Projekte-Verlag, Halle 2006, 267 Seiten, 14,85 Euro, ISBN 3-86634-166-0

Just als Sankt Petrus einmal austreten mußte und dabei versäumte, einen Ersatz-Heiligen an das Himmelstor zu stellen, war ein Kommunist in die Gefilde der Seligen geraten. Da sich die neue Seele äußerlich durch nichts von den anderen unterschied, fiel die Sache zunächst nicht auf. Aber schon tags darauf ereigneten sich Dinge, wie sie seit Bestehen des Gottesreiches noch nie dagewesen waren. Gleich früh bei der Morgenandacht streikte das verklarte Bläserkorps und verlangte für die Zukunft doppelte Ration von himmlischem Manna. Um 11 Uhr bewegte sich ein riesiger Demonstrationszug unter Voranschweben einer roten Wolke über die Milchstraße. In den ersten Reihen marschierten die sonst so friedlichen Sternputzer und forderten laut Plakat die Achtstundennacht. Ferner beantragten die Wolkenschieber die Aufhebung der Sonntagsarbeit, welcher Revolution sich die Regenschleusenkontrolleure begeistert anschlossen. Außerdem wünschte die Belegschaft der Kometwerke deren sofortige Sozialisierung, und die Flockenformer aus der Schnee-Abteilung verlangten, auch während der Hundstagsmonate voll zu arbeiten. Das tollste aber war, daß die weiblichen Engel unter Führung der heiligen Elisabeth aus dem „Tannhäuser“ ganz energisch auf Abschaffung der Paragraphen 218 und 219 drangen. Der liebe Gott saß gedankenvoll auf seinem Wolkensofa, rauchte einen Palmwedel und ließ sich die Fülle der neuen Ereignisse durch den ewigen Kopf gehen, als plötzlich auf dem Mars eine Bombe explodierte. Das brachte den alten Herrn auf den Trichter. „Es muß ein Kommunist im Himmel sein“, rief er aus und winkte dem Propheten Jeremias, seinem göttlichen Vertrauensmann. Der trat vor: Sandalen zusammenschlagend und Hand am Heiligenschein. Er erhielt den Befehl, die verruchte Seele ausfindig zu machen. In Begleitung von sechs Unteroffizieren der himmlischen Heerschar, die er tapfer voranschickte, begab sich der Prophet auf die Suche, und man erwischte den Kommunisten eben in dem Moment, als er sich in äußerst verdächtiger Weise an der Venus zu schaffen machte. Zornbebend packte die Patrouille den Sünder, dem aber trotz der gegnerischen Übermacht zunächst ein Fluchtversuch dreimal um den Mond herum gelang. Diesen drei Touren wären sicher noch weitere gefolgt, wenn nicht der ehrwürdige Prophet, der sich natürlich aufgrund seines Asthmas nicht an der Kommunistenhatz beteiligte, auf den einfach genialen Gedanken gekommen wäre, die sechs Unteroffiziere sollten einmal nach der entgegengesetzten Richtung sausen. Diese glänzende strategische Idee hatte den gewünschten Erfolg: Die sündige Seele wurde gepackt, als sie einige Minuten im Lauf innehalten mußte, weil gerade eine Herde Mondkälber nach dem Saturn hinübersetzte. Nun war der freche Eindringling endlich in der Hand der mutigen Patrouille, die ihn stolz forttransportierte, unterwegs noch einen herumlungern-

Der Kommunist im Himmel

den Cherub engagierend, der dem Zug vorauszugehen hatte und dabei auf einer Art Äolsharfe den 107er Regimentsmarsch spielen mußte. „Nu, da seid'r ja“, schmunzelte Gottvater, kniff den Cherub freundlich in die Wade und verlieh den Sechsen die große Gloria-Medaille, an zwei Engelshaaren um die Lenden zu tragen. Dem Propheten aber ward, wie einst Schweizer in den „Räubern“, die Ehre der Wiedervergeltung zuteil. Persönlich durfte er den Verruchten hinauswerfen, und schon schwelgte er in Vorfreude, wie die schwarze oder vielmehr die rote Seele beim Aufprall auf die Erde jämmerlich zerplatzen würde. Aber es kam anders:

Auf der Landstraße zwischen Halle und Leipzig lag gerade ein wegen Überfüllung zu zeitig aus dem Krankenhaus entlassenes Mitglied der KPD an der Grippe in den letzten Zügen. Und flugs fuhr die aus dem Himmel geschmissene Seele in den Korpus des Genossen, der sich natürlich sofort wieder erholte und weiter agierte. Ein Beweis, daß die Kommunisten nicht totzukriegen sind. **Lene Voigt**

*Aus: Mally der Familienschreck, Sati-
ren, Gedichte und noch mehr. Proleta-
rische Heimstunden (1924)*

*Lene Voigt war eine kommunistische
Schriftstellerin aus Leipzig und ist
1961 in ihrer Heimatstadt gestorben.*

Hat Schie und die Detektive

Gelangweilt saß Roger vor dem automatischen Sprachanalysator, der gleichzeitig einige Hunderttausend Telefongespräche belauschen und unter verschiedenen Aspekten durchleuchten kann. Wonach suchte die Maschine? Nach Terroristen, versteht sich. Besonders die kurzen Telefongespräche haben es dem Automaten angetan, denn Konspiration bedarf nur weniger Worte, ihre Bedeutung ist in den Grund der Heimlichkeit eingehüllt. Da tauchte auf dem Monitor plötzlich ein neues Wort auf: Hat Schie. Sofort wurden Verbindungsdaten und das Gespräch selbst aufgezeichnet. Sein vollständiger Wortlaut: „Sind gut angekommen, Hat Schie.“ Die Bearbeitung dauerte einige Tage, denn nur ein menschlicher Verstand konnte die weiteren Informationen sortieren. Am Ende blieb der Name Hat Schie. Erst in der Hausmitteilung der Geheimdienstleute verbreitet, weitete sich die Suche nach Hat Schie aus. Datenbanken der verschiedenen Melderegister wurden nach dem Namen gescannt. Das seltene, oder vielmehr nur einmalige Vorkommen machte den Namen noch verdächtiger. Wochenlang kam man, trotz Tieferweiterung der Sprachsensoren, nicht weiter. Endlich, in ihrer Not, Erfolgsmeldungen vorweisen zu müssen, entschlossen sich die Schlapphüte zu einer gezielten öffentlichen Indiskretion. Aber da hatte man die Geschwindigkeit des Medienmobs unterschätzt. Auf der gierigen Suche nach Sensationen, Katastrophen, menschlichen Tragödien und umsatzsteigernden Episöden, titelte BILD auf Seite 1: „WER IST Hat Schie?“ Der darunterstehende Text schilderte Hat Schie als ein Terroristenmonster, das vor nichts zurückschrecke. Selbst die Schlapphüte waren erstaunt, was Chefredakteure aus dem Namen alles herausgekitzelt hatten. Ihre Korrespondenten überspülten asiatische Länder, um Menschen aufzusuchen, deren Namen so oder so ähnlich klangen. Die Nachrichtensendungen meldeten immer neue Vermutungen und übertrafen sich in der Schilderung der

Gefahr, in der die Welt schwebte. So setzte man verschiedene Regierungen unter Druck. Etliche Verdächtige wurden festgenommen, um Aktivitäten vorzuspiegeln. Ein leitender Beamter des BKA wurde sofort entlassen, als er andeuten wollte, das Ganze sei vermutlich eine Fiktion. Nein, der Medienklüngel brauchte diese Anspannung, um sein Informationsprodukt verkaufen zu können. Sogar die leichte Erkältung des Bundeskanzlers ging auf der Suche nach Hat Schie gänzlich unter.

Nach zwei Wochen hatte sich noch immer kein Erfolg eingestellt. Hat Schie blieb einfach unauffindbar. Schließlich vermutete man, er werde auf die UN-Vollversammlung warten, um dann zuzuschlagen. Deshalb wurden die üblichen 12 500 Polizisten auf das Doppelte verstärkt. Dann nahmen in New York die Delegierten Platz, und der Gesprächslärm ebte langsam ab. Der Bundeskanzler und die anderen lauschten in die Kopfhörer, als der Regierungschef ein leises Kribbeln in der Nase spürte. Er mußte niesen. Die Lungenexplosion ließ alle Anwesenden das laute Hat Schie des Kanzlers vernehmen. Die wenigen Sekunden der Ruhe, der wütende Blick des weltgrößten Antiterroristen, die Verblüffung, daß ausgerechnet der Freund aus Europa das Phantom Hat Schie gewesen war, ließ den Atem aller Beteiligten stocken.

Dann sagte ein Delegierter „Santé“, weil er sich wunderte, daß niemand Gesundheit wünschte. Gelächter kam langsam auf, nur die Gesichter des Chefs und einiger Oberantiterroristen blieben steinern. Stunden vergingen. Dann begrüßte man sich am Telefon nicht mehr mit Guten Tag, sondern mit Hat Schie. Die Lauschanlagen, noch immer auf diese Chiffre eingestellt, schlugen Alarm, Kriegs- und Antiterrorautomaten mußten unverzüglich gestoppt werden.

Die nächste Ausgabe von BILD vermarktete die neue Sensation mit der gleichen Hingabe, mit der sie die alte vermeldet hatte. **Jochen Singer**

**Leserbriefe an
RotFuchs**



Als einer der ständigen Auslandsleser Ihrer Zeitschrift möchte ich Ihnen meine Hochachtung dafür ausdrücken, daß der „RotFuchs“, die sozial-politische Richtung des Blattes beibehaltend, auf seinen Seiten klar die wichtigsten Ereignisse und Prozesse des heutigen Deutschland wiedergibt.

Anders als die Pharisäer der Massenmedien (nicht nur in Deutschland) entlarvt der RF kühn und überzeugend die aggressive Politik der führenden Länder der Welt in ihrem „Kampf für die Demokratie“. Er tut das z. B. durch die interessanten Veröffentlichungen über das Auftreten der westlichen Staaten und ihrer Satelliten gegen die slawischen Völker auf dem Balkan. Besonders interessant waren in diesem Jahr einige Artikel zum Staatsterrorismus gegen Libanon, wo Hunderte und Aberhunderte unschuldige Frauen und Kinder umgekommen sind.

Abschließend möchte ich feststellen, daß der immer reichhaltigere Bereich Ihrer Leserpost vom wachsenden Interesse und ständiger Steigerung der Zahl der Bezieher zeugt.

Dr. W. N. Bernadskij, Verdienter Wissenschaftler der Ukraine, Kiew

Mein Freund Raymond Swing hat mir den „RotFuchs“ gezeigt. Ich habe nur eine Ausgabe gelesen, muß aber leider zugeben, daß der „RotFuchs“ vielleicht ebenso gut ist wie unsere dänische Zeitschrift „Ret og Vrang“ (Recht und Unrecht).

„Ret og Vrang“ kommt viermal im Jahr heraus und hat 40 Seiten. Unsere Zeitschrift erscheint seit 1996. In der Redaktion sind wir vier Leute. Alle Kommunisten, Marxisten-Leninisten. Ich bin seit zehn Jahren der Chefredakteur.

In Dänemark bestehen drei kommunistische Parteien. Das bringt natürlich viele Probleme und nutzlose interne Kämpfe mit sich. Jetzt wird versucht, zwei dieser Parteien zusammenzulegen. Ich glaube, daß es gelingt, aber die beiden Parteien wünschen leider keine Zusammenarbeit mit der ältesten Partei, der DKP. Alle drei Parteien möchten „Ret og Vrang“ übernehmen. Wenn es einmal nur eine dänische kommunistische Partei gibt, dann sind wir bereit, unsere Zeitschrift als deren theoretische marxistisch-leninistische Publikation einzubringen.

Ich möchte Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins werden. Ich wünsche das Beste für den „RotFuchs“, für alle Journalisten und Fachleute, die sich mit ihm beschäftigen.

Mogens Japsen, Snekkersten, Dänemark

Habe heute den „RotFuchs“ erhalten. Mußte ihn sofort lesen. Brauchte diese rechtzeitig eingetretene Stärkung. Danke für Eure Arbeit. Seid aufmerksam und stark gegenüber dem mörderischen Haß! Eure Arbeit – insbesondere auch die der noch lebenden Zeitzeugen – ist so wertvoll, so unentbehrlich, Eure Gesundheit so kostbar.

Sigrid Blum, Wülfrath

Seit langem nerven mich die unrealistische Wiedergabe der Wahlergebnisse und die mit Siegerpose vorgestellten Wahlsieger. Setzt man alle Wahlberechtigten gleich 100 %, dann sieht das Wahlergebnis in Berlin nach meiner Überschlagsrechnung so aus:

Nichtwähler 41,5%; SPD 18,0%; CDU 12,46%; PDS 7,84%; Grüne 7,66%; FDP 4,45%; Sonstige 8,07 %.

Wahlsieger sind die Nichtwähler. Herr Wowereit wurde von 82 % der Wahlberechtigten nicht gewählt.

Die Zahlen von Mecklenburg-Vorpommern kann sich jeder auch ausrechnen. Herr Ringstorff wurde von 82,12 % der Wahlberechtigten nicht gewählt. Alle Parteien sollten sich über die wirklichen Wahlergebnisse Gedanken machen und die strahlenden Gesichter der Wahlsieger müßten nach der Wahl eher nachdenklich aussehen.

Karl Pfaff, Dresden

Unter der Überschrift „Mahnung zur Einheit“ veröffentlichte Springers „Welt“ am 6. 10. eine „Würdigung“ zur Einweihung des Verlagshauses Axel Springer vor 40 Jahren direkt an der Staatsgrenze zur DDR in Berlin. In dem Beitrag findet sich folgende aufschlußreiche Darstellung: „Auch dramatische Situationen hat das Haus erlebt: Zum Beispiel grub ein verzweifelter Familienvater, dessen Frau und Kinder nicht mehr rechtzeitig aus Ost-Berlin herausgekommen waren, von der Baustelle des Hochhauses aus einen Tunnel in einen gegenüber gelegenen Keller jenseits des Todesstreifens. Axel Springer erfuhr davon erst während der heimlichen Ausschachtungen – und unterstützte den Tunnelbauer Rudolf Müller durch wohlwollendes Wegschauen. Und so hetzte die SED-Presse auch gegen den Verleger, als der Fluchthelfer am 18. Juni 1962 in Notwehr den DDR-Wachposten Reinhold Huhn erschoss. Im Jahr 2000 wurde Müller übrigens vom Bundesgerichtshof wegen angeblichen ‚Mordes‘ verurteilt.“ – „Wohlwollendes Wegschauen“ aus Verantwortung vor der Geschichte! Für Reinhold Huhn wurde die Grenze zum Todesstreifen. Und zur Verhöhnung des Opfers wird das Urteil des Bundesgerichtshofes heute zur Gänsefüßchenentscheidung wegen angeblichen „Mordes“ umgedeutet. Springers Rolle im kalten Krieg früher und im heißen Krieg heute ist bekannt. Auch wir erinnern daran! Immer wieder.

Dr. Erhard Kegel, Leipzig

Der Beitrag von Dr. Manfred Graichen zum Thema „Vom Rittmeister zum Parteisekretär“ war für mich eine interessante Lektüre. Ich denke, der Autor hat einen ganz wichtigen Gedanken zu Papier gebracht. Die Geschichte der DDR ist nicht die Geschichte von Opfern oder solchen, die sich diesen Status zugelegt haben. Die meisten Menschen fühlten sich in ihrem Staat wohl, hatten eine sichere Arbeit, konnten sich etwas schaffen, viele von ihnen qualifizierten sich. Dies war in nicht wenigen Fällen mit großen persönlichen Anstrengungen verbunden, wurde aber immer vom Staat besonders gefördert. Daß die Erwartungen bei manchen größer waren als die ökonomischen Möglichkeiten unseres Landes, ist nicht zu bestreiten. Nur – es liegt doch in der Natur der Dinge, sich immer mehr zu wünschen, als man sich jeweils leisten kann. Leider ist es dem Gegner 1989 und auch davor gelungen, diese Wünsche zu mißbrauchen. In den Medien der BRD wurde der Eindruck vermittelt, man selber lebe in einem Schlaraffenland und ersehne nichts dringlicher, als diese Segnungen auch den Bürgern der DDR bringen zu können. Dies vermochte nicht jeder zu durchschauen. Die süße Lüge ist oft angenehmer als die bittere Wahrheit.

Helmut Timm, Groß Nemerow

Bezogen auf den Leitartikel der August-Ausgabe des RF sei noch folgendes angemerkt: Das Verbot der KPD beruht auf dem von der Bundesrepublik nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus nahtlos übernommenen Feindbild des Antikommunismus. Erschwerend kommt hinzu, daß in den 50er und 60er Jahren dort eine übergroße Mehrzahl von Juristen tätig war, die bereits in Hitlers Diensten standen. Die im Vorfeld des Verbots der Partei eingeschlagene politische Linie wurde in zweifacher Hinsicht umgesetzt: Auf der einen Seite versuchte man, Kommunisten mundtot zu machen und zu kriminalisieren, auf der anderen Seite wurden belastete Nazis äußerst halberzig verfolgt. Die

Justiz hat sich hier verhalten wie der Jagdhund, der zur Jagd getragen werden muß.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Für die wunderbaren Beiträge im RF möchte ich herzlich danken. Besonders freue ich mich auch über Artikel, die an bedeutende Persönlichkeiten wie Antifaschisten und Schriftsteller erinnern und diesen damit ein würdiges Denkmal in unseren Herzen setzen.

Angesichts der Massenverdummung, der man durch korrupte Politiker und eine verlogene Presse ständig ausgesetzt ist, könnte man oft an der Menschheit verzweifeln. Um so glücklicher bin ich darüber zu erfahren, welche heldenhaften Menschen es gab, an denen man sich aufrichten kann, um vorwärtszuschauen und an eine bessere Zukunft zu glauben.

Karin Gruhne, Staupitz

Im August-RF hat Frau Schütz zitiert: „Die biologische Festplatte der DDR-Bürger muß erhalten bleiben.“ Ich will hier schildern, was ich bei der „Festwoche zum 100. Jahrestag der Händel-Oberschule Berlin-Friedrichshain“ erlebt habe. Es geht den heutigen Schulpolitikern nicht nur um Pflichtbesuche in „Opferstätten/Gefängnissen“. Auch der schulische Alltag wird instrumentalisiert, um der jetzigen Generation klarzumachen, wie sehr ihre Vorgänger einst in der DDR unter der angeblich diskriminierenden Politik von Partei und Staat leiden mußten.

Bestandteil der erwähnten Festwoche waren sogenannte Zeitzeugengespräche. Die frühere Schülerin und jetzige Chefin der nach ihr benannten Behörde, Marianne Birthler – sie hatte ihr Abitur in den 60er Jahren an der Händel-Oberschule abgelegt – gab den Ton an. Sie war sogar die Schirmherrin der Festwoche und blieb ihrem Ruf treu, alles zu denunzieren, was DDR heißt. Frühere Schüler und Lehrer, die nicht im Präsidium saßen, brachten ihren Unmut zum Ausdruck, insbesondere über die vermeintlichen „Schulerlebnisse“ der Birthler, die sich wohl an anderen Orten abgespielt haben müssen.

Die ideologische Spitze der „Festwoche“ war eine Reportage im „Tagesspiegel“ mit umfangreichen Darlegungen der Taten der Birthler an „ihrer Schule“. Das brachte auch bis dahin „Unpolitische“ in Rage. Alle warteten nur auf den Vorschlag, die Händel-Oberschule, an der zu DDR-Zeiten Musik-Spezialunterricht erteilt und in sechs Sprachen gelehrt wurde, in „Birthler-Schule“ umzubenennen.

Harry Schröder, Berlin

Seit geraumer Zeit ist es üblich geworden, die Gesellschaftsordnung der DDR und anderer Länder in diffamierender Absicht mit dem Etikett „Staatssozialismus“ zu versehen. Diskussionspapiere von „Theoretikern“ der Linkspartei PDS tun sich da besonders hervor.

In der Programmdiskussion der „Linken“ muß die theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit solchen dümmlich-diskreditierenden Thesen geführt werden.

Marx, Engels und Lenin haben wissenschaftlich bewiesen, daß die sozialistische Gesellschaft nur mittels eines Staates, der sie schützt und ihren Aufbau organisiert, entwickelt werden kann. Das wird auch künftig nicht anders sein, unabhängig davon, in welchen konkreten Formen es erfolgt. Gerade auch in der Machtfrage darf Verleumdern und Fälschern nicht das Feld überlassen werden.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Weil ein langsamer Leser, bin ich erst heute bis zum Beitrag des Genossen Ernst Heinz zur Rolle Trotzki's und des Trotzkiismus in der Oktober-Nummer des RF vorgedrungen. Genosse Heinz hat damit das getan, was ich schon immer für dringend notwendig hielt und selber tun wollte, aber bislang zu tun nicht die Zeit fand: die Äußerungen Lenins zu Trotzki zusammenzustellen und damit wirksam der trotzkiistischen Seelenfängerei mit der Attitüde, die einzig

wahren Revolutionäre im Geiste Lenins zu sein, entgegenzutreten. Dafür möchte ich dem Autor – und für die Veröffentlichung dem „RotFuchs“ – meinen Dank aussprechen.

Dr. Kurt Gossweiler, Berlin

Mit dem Schuldrechtsanpassungsgesetz und den Festlegungen für Garagen auf fremdem Boden wurde den Grundbesitzern ein Freibrief ausgestellt. Am 21. 9. erhielt ich wie andere an unserer Garagengemeinschaft Beteiligte ein Schreiben der HWG „Freiheit“ in Halle/Saale. Im Kern geht es darum, daß ich nur über eine Zwangsmitgliedschaft in dieser HWG und den Erwerb eines 300-Euro-Geschäftsanteils weiter über meine Eigentumsgarage verfügen kann. Sonst erfolgt zum 1. 1. 2007 die entschädigungslose Enteignung. Das betrifft in unterschiedlicher Form mehr als 100000 Garagenbesitzer aus DDR-Zeit.

Seit Jahrzehnten besteht unsere Garagengemeinschaft. Das Gelände stellte die Stadt zur Verfügung. Die Garagen wurden durch die Mitglieder finanziert, gebaut und instandgehalten. Diese Gemeinschaft hat einen demokratisch gewählten Vorstand und eine Satzung. Nach 1990 wurde sie entsprechend dem BGB und den Gesetzen der BRD „gewandelt“.

Helmut Baumgarten, Halle/Saale

Vor 50 Jahren, am 1. September 1956, sechs Monate nach Gründung der Nationalen Volksarmee der DDR, erschien die erste Ausgabe ihrer Wochenzeitung „Volksarmee“. Das war für 38 ehemalige Redakteure und technische Mitarbeiter Anlaß, Anfang September bei einer Zusammenkunft in Berlin Rückschau auf ihre Arbeit zu halten. Die Zeitung berichtete über große politische Themen, aber auch über das alltägliche Soldatenleben. Sie veröffentlichte Beiträge zur Geschichte, besonders über militärische Traditionen der Arbeiterbewegung, über Militärtechnik sowie über die kulturelle Arbeit in den Truppteilen und Garnisonsorten. Nicht minder wichtig war der Redaktion die Auseinandersetzung mit der imperialistischen Militärpolitik, vor allem der BRD, der Aufrüstung in den NATO-Armeen und deren Ideologie. Daß die „Volksarmee“ mit ihren wöchentlich 16 Seiten nicht nur von aktiv Dienenden gelesen wurde, beweist die Auflage. Sie stieg auf über 200 000 Exemplare. Wie die NVA wurde auch ihr Blatt in der Konterrevolution von 1989/90 beseitigt.

Mir gelang es, 15 interessierte Teilnehmer des Treffens mit dem „RotFuchs“ bekannt zu machen.

Günter Freyer, Berlin

Ich möchte den Autoren für ihre Beiträge herzlich danken. Bessere „Mutmacher“ als sie gibt es nicht.

Nach meinen Beobachtungen, Feststellungen und Mutmaßungen läuft gegenwärtig ein neuer Generalangriff auf alles, was links orientiert ist und in der DDR gewürdigt wurde. So ist z. B. in Wilthen der Ernst-Thälmann-Platz in St.-Barbara-Platz umbenannt worden. Immer häufiger werden Fünftklässler in den sogenannten Bautzener „Stasi-Knast“ geführt, wo man ihnen verfälschte Vorstellungen über diese Strafvollzugsrichtung vermittelt. In Bautzen wurde gerade das Jugendheim, das den Namen des Jungkommunisten Hanno Günther trug, umbenannt.

Horst Kubasch, Bautzen

Zum Artikel „Ratzinger erfreut Pilger in Bayern“ von Richard Georg Richter im September-RF: Die dort angegebenen 8,24 Milliarden Quadratmeter Grundbesitz der katholischen Kirche würden 8.240 Quadratkilometern entsprechen, was der Größe von Berlin (890), Bremen (400), Hamburg (750) und München (geschätzt 700), zusammen also etwa 2.740 Quadratkilometern gleichkommen soll. Tatsächlich entspricht diese Fläche aber nur etwa einem Drittel der 8.240 Quadratkilometer.

Reinhard Melzer, Moritzburg/OT Boxdorf

Der Beitrag „Reise in ein besetztes Land. Tagebuchnotizen aus Afghanistan“ deutet das Scheitern der Ziele der USA-Aggression mehr oder weniger an. Die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert sich ständig. Optimistische Beiträge in den Medien über das Land wurden rar. „Frieden, Demokratie und Wohlstand“ liegen in weiter Ferne. Der Aufbau von Polizei und Armee durch NATO-Mächte, darunter auch die BRD, nutzt dem „Spiegel“ zufolge (Nr. 22/06) immer mehr den Privatarmeen. Soldaten wechseln nach ihrer Ausbildung nicht selten mit Waffen für einen besseren Sold zu diesen. Die NATO-Staatschefs verstärken ständig ihre Truppen und dehnen deren Kampfeinsätze auf das ganze Land aus. Die Bürger der NATO-Staaten dürfen die steigenden Kosten für das Afghanistan-Abenteuer von über 500 Millionen Euro im Jahr (ohne Aufwendungen für USA-Truppen) bezahlen.

Joachim Wolf, Strausberg

Der „RotFuchs“ ist immer mehr zu einem Sprachrohr aller Kommunisten und Sozialisten geworden, egal, ob man einer linken Partei angehört oder nicht. Jeder, der sich zum Sozialismus hingezogen fühlt, schreibt über seine Gefühle und Gedanken, auch wenn manches zu wissenschaftlich dargestellt wird. Sich einfach auszudrücken, ist eben schwer. Auch Pfarrer melden sich zu Wort. Das finde ich großartig. Hut ab vor Peter Franz!

Der „RotFuchs“ beweist uns, wie man an die Massen herankommt. Das kann man an den vielen Leserbriefen sehen.

Wolfgang Hilbert, Kahla

Eine kleine Stadt im Harz: Unmittelbar nach dem Spiel Deutschland – Argentinien tobten Jugendliche mit hupenden Autos und Fahnen durch die Straßen. Diese Stimmung nutzten am 30. Juni rechtsgerichtete junge Männer aus und ließen deutlich sichtbar die Reichskriegsflagge wehen. Beinahe eine halbe Stunde lang. Wir Urlauber waren die einzigen, die sich darüber aufregten.

Am nächsten Tag erstattete ich Anzeige. Der Diensthabe konnte an Hand der Fahrzeugnummer sofort den Halter ermitteln. Dennoch herrschte wochenlanges Schweigen im Walde. Erst am 23. 8. erfolgte eine weitere Befragung durch die Kriminalpolizei. Dabei ging es um eine detaillierte Beschreibung der Fahne. Diese war schwarz-weiß-rot und zeigte in der Mitte das Balkenkreuz. Laut Wikipedia handelte es sich um die Reichskriegsflagge, die mit der Machtübernahme der Nazis die ursprüngliche Flagge der Reichswehr ersetzte.

Mit Datum vom 25. 9. erhielt ich ein Schreiben der Staatsanwaltschaft, in dem mir mitgeteilt wurde, das Ermittlungsverfahren sei eingestellt worden. „Die von Ihnen zur Anzeige gebrachte Fahne enthält kein Zeichen, das einem Zeichen einer verbotenen Organisation entspricht oder aber einem solchen zum Verwechseln ähnlich ist.“

Es wäre ja auch ein Wunder gewesen, wenn die Staatsanwaltschaft etwas gegen das Zeigen des Balkenkreuzes unternommen hätte, da die Bundeswehr dieses in der Tradition der Naziwehrmacht als Symbol verwendet.

Dr. Dieter Hetsch, Halle

Da ich keine ARD schaue (den Grund dafür zeigte mir wieder einmal die Sendung „Kontraste“), habe ich den Bericht über den „RotFuchs“ als Steuerschwindlerverein leider verpaßt. Ich bin aber dank des Archivs der ARD doch noch auf die Themen vom 24. 8. gestoßen. Die einzige Terrorgefahr, die dem Volk droht, ist diese Panikmache, die die Leute heimtückisch zu Nationalismus, Intoleranz und Gewalt bewegt. Getoppt wurde dieser Medienterror nur noch durch die Beschuldigungen gegen den „RotFuchs“. Er ist eines der wenigen Monatsblätter, die die Allgemeinheit nicht mit lügenbehafteter und haßschürender Propaganda irgendeiner Medienkorporation (z. B.

Axel Springer) bombardieren. Was mir jedoch am RF fehlt, ist ein Forum auf der Internetseite. So etwas würde jüngere Leser anlocken.

Im Allgemeinen kann ich dem „RotFuchs“ auch diesen Monat wieder für eine gelungene und informative Ausgabe danken.

Kevin Silbstedt, Internet-Leser

Bundestagsvizepräsident Hermann-Otto Solms verkündete auf der Festveranstaltung zum 50. Jahrestag des Deutschen Bundeswehrverbandes, in welchen Waffengattungen er schon präsent gewesen sei. Dann kam der Hammer: In seinem Alter wäre er höchstens noch im „Volkssturm“ verwendbar. Ist diesem hochkarätigen Politiker der BRD, die seit geraumer Zeit die Bundeswehr überall in der Welt an Militäreinsätzen teilnehmen läßt, überhaupt bewußt, was solch ein „Volkssturm“ bedeutet? Das letzte Aufgebot an Krüppeln, Alten und halben Kindern, um den Karren kurz vor Ladenschluß noch aus dem Dreck zu ziehen! Wie also, Herr Solms, gibt es diesen „Volkssturm“ bis heute, oder ist seine Bildung geplant?

Wolfgang Flieger, Droßdorf

In der Oktober-Ausgabe des RF hätte ich mir einen fundierten Beitrag zum ungewöhnlich verlustreichen Anschluß der DDR an die BRD gewünscht. Verlustreich für die Bürger der DDR. Es kann doch nicht angehen, daß wir dieses Thema nur deshalb zur Seite legen, weil die damaligen Bonner Akteure heute nebenbei sagen, sie hätten seinerzeit „einige Fehler gemacht“. Das waren keine Fehler. Das war Berechnung.

Siegfried Spantig, Hagenow

Durch die drei Großveranstaltungen in Dresden, auf denen Armeegeneral Keßler, Egon Krenz und Generaloberst Goldbach zu unterschiedlichen Jahrestagen vor vielen Kampfgefährten gesprochen haben, erhielt ich die wunderbare Möglichkeit, an den dort verteilten „RotFuchs“ heranzukommen. Ich bin positiv überrascht, daß so eine Super-Zeitschrift heutzutage erscheint. Der RF ist für meine Begriffe ein Blatt, das wegen der Auswahl der Themen und der tiefgründigen Analyse der Realität eine hundertprozentige Daseinsberechtigung besitzt. Als jemand, der 40 Jahre im politischen und militärischen Leben seinen Mann zu stehen hatte, kann ich sicherlich gut beurteilen, was der RF für diese Zeit bedeutet. Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, wie toll und tapfer ich Eure Zeitschrift finde. Glück und Erfolg bei der wahren Geschichtsschreibung und bei der Beurteilung der Gegenwart!

Georg Krause, Dresden

Durch Zufall habe ich heute eine Ausgabe Ihrer Zeitschrift (Juni 2006) von einem Bekannten, mit dem ich über alles frei und offen diskutieren kann, zum Lesen erhalten.

Ich bin vom „RotFuchs“ begeistert. Mich beeindruckt, daß eine solche Zeitung existiert, zeigt sie mir doch, daß viele Menschen in diesem Staat und dieser Gesellschaft ihre Meinung zu den Problemen unserer Zeit kritisch zum Ausdruck bringen. Deshalb würde ich sehr gern mit Ihnen weiter im Kontakt bleiben.

Klaus Remmer, Eisenach

Vor gut drei Jahren – am 28. und 29. August 2003 – lud die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer wissenschaftlichen Konferenz nach Berlin ein. Sie wurde im wesentlichen von Rechtswissenschaftlern bestritten. Das Thema lautete zweideutig: „Zur juristischen Aufarbeitung von Nazi-Verbrechen und DDR-Geschichte“.

Doch der Verlauf stellte die Organisatoren nicht zufrieden. Die bundesdeutschen Medien schwiegen sich über das eigentlich recht hoch gehängte Ereignis mehr oder weniger aus. Auch die offizielle Politik hielt sich zurück. Offenbar schockierte sie das Fazit der Tagung. Es wurde nämlich festgestellt, die westdeutsche Justiz

arbeite an der DDR das ab, was sie 1945 und danach bei den Faschisten versäumt habe. Einer der Konferenzteilnehmer war der Autor des vor Jahren im Knaur-Verlag München erschienenen Titels „Furchtbare Juristen“. Der Strafrechtsprofessor beschreibt darin den nahtlosen Übergang von der Nazi-Blutjustiz zur westdeutschen Nachkriegsjustiz. Auf der Tagung wandte er sich entschieden gegen Versuche einer Gleichsetzung von NS-Mordmaschine und DDR-Rechtssprechung. In ähnlicher Weise positionierte sich auch ein namhafter Wissenschaftler von der texanischen Universität Austin.

Zu den angeprangerten „Versäumnissen“ der BRD-Justiz gehört die Tatsache, daß nicht ein einziges der 60 000 Todesurteile faschistischer Gerichte gesühnt worden ist. Es gibt in der alten BRD keinen NS-Blutrichter, der zur Verantwortung gezogen wurde.

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

Welchen Schutz gibt es vor Terroranschlägen jener Art, die in London und Madrid Hunderte unschuldige Menschen das Leben kosteten? Wirksam wäre nach meiner Ansicht der Abzug aller bundesdeutschen Besatzungssoldaten aus fremden Ländern. Ich habe noch kein Bild gesehen, daß sie irgendwo begeistert oder gar mit Blumen empfangen worden wären. Ich erinnere mich aber an Bilder von Särgen, in denen BRD-Soldaten in die Heimat zurückgebracht wurden.

Der Aufwand für die abenteuerliche und kriegsbegünstigende Politik der Bundesregierung wird uns Bürgern in schamloser Weise aufgebürdet.

Rudolf Janert, Berlin

Der von Herrn Bush verordnete und von Frau Merkel absegnete „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ hat sich zu einer verhängnisvollen Spirale der Gewalt entwickelt, wobei die USA und deren Verbündete die Schuld an den kriegerischen Auseinandersetzungen stets auf jene Länder schieben, die gerade von ihnen überfallen werden. Es ist höchste Zeit, diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Wolfgang Mitschke, Halle

Tatsache ist, daß es seit der Etablierung des Staates Israel kein friedliches Zusammenleben – weder beider Bevölkerungsgruppen noch mit den Nachbarn – gab.

Die Palästinenser wurden vom ersten Tage an be- und verdrängt. Und auch die anliegenden Staaten sahen sich wiederholt in bewaffnete Auseinandersetzungen hineingezogen.

Auch heutige Bewohner Israels haben unter dem deutschen Faschismus gelitten. Wir urteilen dessen verbrecherische Taten und versichern allen Betroffenen unsere Unterstützung. Das Geschehene gibt Israel jedoch nicht das Recht, sich seinerseits terroristisch gegen Mitbewohner und Nachbarn zu verhalten. Auf dem strittigen Territorium Palästina müssen beide Völker leben. Friedlich miteinander! Anders geht es nicht.

Kurt Eckardt, Chemnitz

Der Artikel „Ächtung eines Meisters“ und die darin enthaltene Einschätzung der Person Neubert machen aufmerksam und betroffen zugleich. Hildigund Neubert tritt nicht durch Sachkunde und objektive Betrachtungsweise hervor. Sie ist geradezu ein Muster für die handverlesenen Führungskräfte der Birthler-Behörde.

Selbst die evangelische Pröbstin von Erfurt, Frau Elfriede Begrich, sah sich veranlaßt, auf die Vorgehensweise der „Gleichgesinnten“ Neubert und Schipanski zu reagieren. Sie nannte diese Aktion in der „Osthüringer Zeitung“ (OTZ) unwürdig und entmündigend, den Künstler und die Gesellschaft betreffend.

Schade ist nur, daß die Klugen so leise und die Dummen so laut sind.

Hans-Jürgen Harzer, Gera

Im RF-Septemberheft schreibt K. S. unter dem Titel „Birthlers Residentin selektiert das Werk Werner Tübkes“ über die Entfernung der Grafik

„Faschistischer Terror. Ungarn 1956“ aus einer Ausstellung im Thüringer Landtag. Dem Inhalt und seinem ironischen Stil kann ich folgen und begrüße ihn. Leider läßt der Autor die Frage offen, wo das Bild geblieben ist. Dankenswerterweise hat es der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Herr Prof. Dr. Volkhard Knigge, für die Sammlung der Gedenkstätte Buchenwald erworben. Es gehört einfach zusammen, die politische Haltung Frau Neuberts zu geißeln und die Wertschätzung des Kunstwerkes, so wie es Werner Tübke geschaffen und benannt hat, durch Prof. Knigge zu würdigen oder mindestens zu erwähnen. Es würde dem „RotFuchs“ gut zu Gesicht stehen, den schlechten Stil vieler Politiker, nur das, was ihnen zusagt, und nicht alles, was zum Thema gehört anzuführen, aus seinen Heften zu verbannen.

Prof. Dr. Erhard Pachaly, Seelze

Dr. Gerhard Steinmüller bricht eine Lanze für Energiegewinnung aus Kernspaltung. Im Prinzip ist ihm zuzustimmen. Leider klingt erst im letzten Satz seines Beitrags ein marxistischer Standpunkt an: „Die gesellschaftlichen Systeme entscheiden, ob wissenschaftlich-technische Lösungen zum Wohl oder zum Schaden der Menschheit führen.“ Und genau dies ist der Knackpunkt.

Mit einem Messer kann man Brot schneiden oder jemanden ermorden. Es hängt davon ab, wer das Messer benutzt. Genauso verhält es sich mit Techniken, die gefährlich werden können: Wem gehören sie? Wer setzt sie ein?

Kommunisten wenden sich nicht losgelöst von Gesellschaftssystemen gegen Kernspaltung. Und gerade deswegen sind wir gegen die Nutzung dieser Technik im kapitalistischen System: Nicht nur haben Imperialisten Interesse an Abfallprodukten, die sie zu Mordwaffen verwenden können, sondern schon bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie werden aus Profitgier Sicherheitseinrichtungen vernachlässigt.

Tschernobyl ist übrigens kein Gegenargument. 1986 waren die Gorbatschowisten bereits dabei, wesentliche Elemente des Sozialismus in der UdSSR zu beseitigen.

Hans Dölzer, Hirschberg

Ich lese gerade den Artikel von Dr. Gerhard Steinmüller (September-RF). Mir scheint, der Autor hat seine Lektion immer noch nicht gelernt. Was soll die Diskussion über die schwindenden Energieeressourcen, wo doch allemal klar ist, daß im Kapitalismus nicht das Wohl der Menschheit, sondern einzig und allein der Profit entscheidet, ob eine Energiequelle nützlich ist oder nicht. Fatalerweise hat dieses Geflecht aus Lügen und Vertuschung über die Folgen des Reaktorunglücks 1986 in Tschernobyl ausgerechnet in der Sowjetunion seinen Anfang genommen – in einem Land, von dem wir immer geglaubt haben, es sei der Vorreiter für eine menschlichere Gesellschaft.

Gerrit Junghans, Pößneck

Anläßlich seines Deutschlandbesuches forderte der Papst u. a., daß Eltern, Lehrer und Erzieher die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen mehr als bisher vom römisch-katholischen Glauben als dem Lebensnotwendigsten, Richtigsten und einzig Wahren überzeugen sollten. Was er allerdings nicht sagte, waren Inhalte dieses einzig Richtigen, so z. B., daß die Erkenntnisse der Wissenschaft und der Logik nur dann wahr sind, wenn diese mit den Dogmen der Kirche übereinstimmen. Anderenfalls sind sie unwahr, Teufelswerk. Ein junger Mensch klärte mich erst in der letzten Woche auf, daß die Erde nach der Bibel 6500 Jahre alt sei, was stimmte. Andererseits ist der Mann als ein von Gott geschaffenes Ebenbild zu erkennen, die Frau ein Ableger des Mannes, weshalb sie diesem untertan sein solle. Noch Mitte des 16. Jahrhunderts überlegte man in der Kirche, ob die Frau überhaupt ein Mensch

sei. Sie kann deshalb nie den Beruf einer katholischen Priesterin ergreifen.

Dietric Henning, Reimersgrün

Eine Bemerkung zu dem Beitrag „Wie Ungarn die DDR verkaufte“. Daß die UVR 1989 ihre Grenzen „plötzlich und unerwartet“ für viele Tausende DDR-Bürger, die dringend in die „Freiheit“ wollten, öffnete, ist ja bekannt. Auch, daß es mit einem Bakschisch verbunden war. Wir haben bis Ende 1986 in Budapest gearbeitet und auch in den Folgejahren unsere Freunde öfter besucht. Etwa ein halbes Jahr vor der Rückwende berichteten uns Verantwortliche aus Botschaft und Handelsvertretung, wie zahlreiche DDR-Bürger unter den verschiedensten Vorwänden versuchten, einen Aufenthalt in Ungarn zur Flucht zu nutzen. Die Zuständigen in Berlin aber nahmen entsprechende Meldungen gar nicht erst zur Kenntnis ...

Mit anderen Worten: Bevor wir über die Ungarn losziehen, sollten wir darüber nachdenken, was und wer bei uns – auch jeder selbst – Mist gebaut hat, daß es erst dazu kommen konnte. Nicht die Flasche ist schuld, daß es krachte, sondern der Überdruck.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Zum Artikel über Paul Zech im September-RF: Um vergessene oder ins Vergessen gedrängte Schriftsteller (auch lebende) kümmert sich ein kleiner Rostocker Verlag.

Sein Handlungsmotiv ist eine Formulierung von Armin Müller: „Gibt uns das Wissen um diese Erfahrung (den Untergang der DDR) aber das Recht, in den Chor des Zeitgeistes einzustimmen und den Traum, den allen, wie eine Peinlichkeit vor uns selber, unseren Kindern und Enkelkindern zu verschweigen?“ In diesem Sinne arbeitet der Verlag an neuen Auflagen alter Titel. In der Reihe „Das verbrannte Buch“ wurde neben vielen anderen auch Paul Zech mit „Rotes Herz der Erde – Balladen, Gedichte und Gesänge“ wieder aufgelegt. (Ersterscheinung 1929) Zum (Wieder-)Lesen sehr empfohlen. (ISBN 3-89954-201-0; BS-Verlag Rostock)

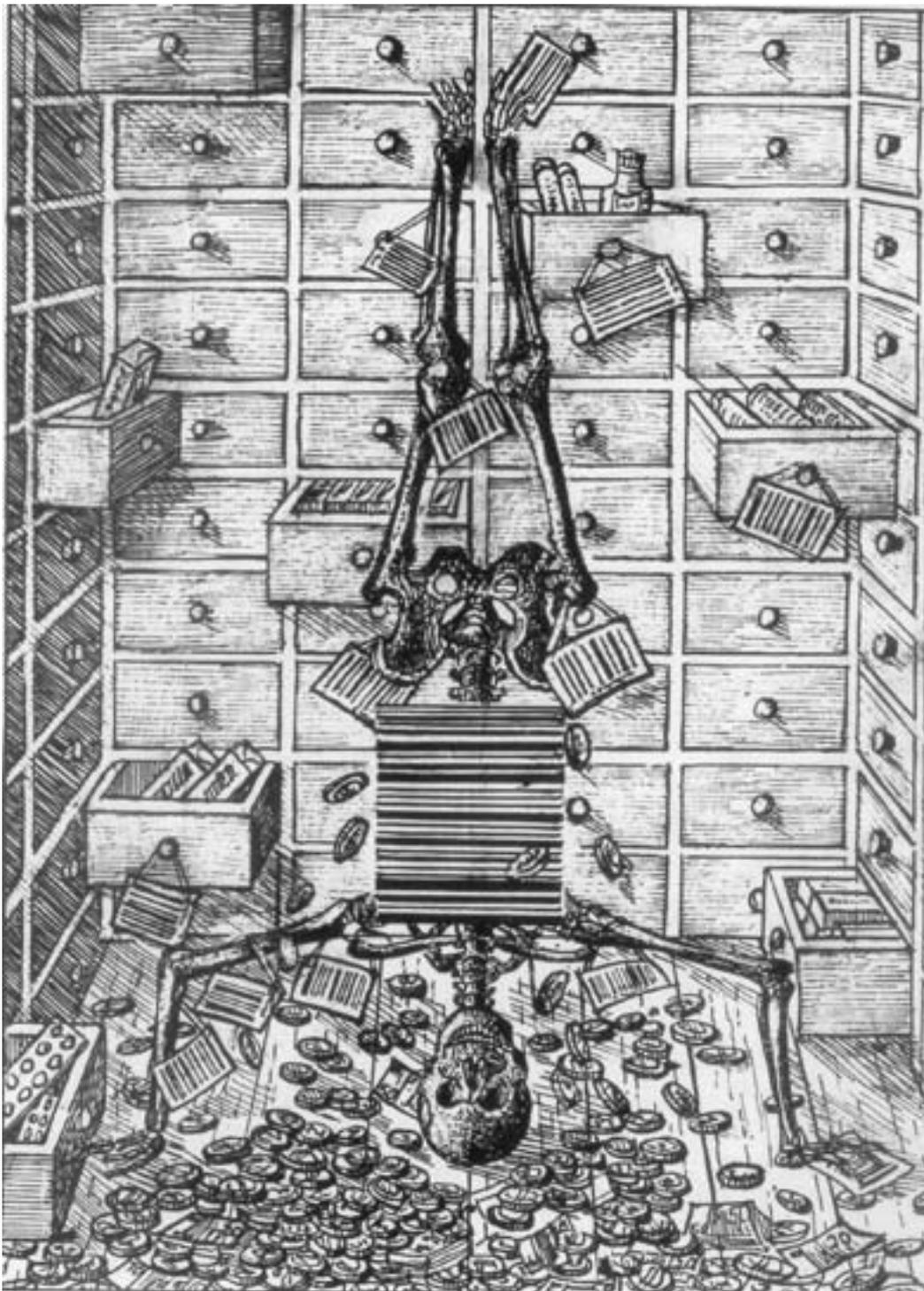
Angela Pawelzig, Berlin

Vor kurzem wurde ein Zeitungsbeitrag des stellvertretenden Vorsitzenden der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt zu den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR ab 13. August 1961 veröffentlicht. Der Verfasser bezeichnete die Maßnahmen als inhuman und sprach der DDR jegliche sozialistischen und demokratischen Eigenschaften ab. Er verwendete das gesamte Vokabular der antikommunistischen Ideologie. Man muß leider feststellen, daß sich auch in der Linkspartei.PDS der Virus bürgerlichen Denkens verbreitet. Als deren Mitglied stehe ich zur Verwirklichung der Theorie von Marx, Engels und Lenin. Deshalb begrüße ich eine Weiterentwicklung antikapitalistischer Konzeptionen, wie sie in Lateinamerika und Ostasien vertreten werden.

Udo Hammelsbeck, Drübeck

Nach intensiven Verhandlungen der Regierung Großbritanniens, Deutschlands, Italiens und Spaniens, die eigentlich zusammen 638 Kampfflugzeuge des Typs „Eurofighter“ zum Preis von je 100 Millionen Euro kaufen wollten, verzichteten diese jetzt auf ihr Vorhaben. Die eingesparten 63,8 Milliarden Euro gehen an die UNO, um in Afrika zum Nutzen der Bevölkerung eingesetzt zu werden. Hinzu kommen ca. 9 Milliarden von der Bundesagentur für Arbeit, die mit ihrem Überschuß nichts anzufangen mußte. Das Ergebnis: Kein einziger afrikanischer Flüchtling verläßt mehr unter Lebensgefahr sein Land. Brunnen werden gebohrt, Schulen und Hospitäler gebaut, Friedenskräfte gestärkt, und keine Bodenschätze gehen unfair in die Metropolen. Alle Welt rühmt die Europäer, die eine alte Schuld abtragen. (Die Geschichte ist frei erfunden.)

Wolfram Tornow, Wandlitz



Der Mensch muß sich „rechnen“

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Leipzig** lädt für den **7. November** um **18.00 Uhr** zu einer Veranstaltung in das Liebknecht-Haus, Braustraße 15, herzlich ein.

Der evangelische Theologe **Peter Franz**, Weimar, spricht über das Thema

Marxismus und Religion

Mitglieder des Fördervereins, RF-Leser und Gäste sind willkommen.

Am **17. November** um **16.30 Uhr** findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Zusammenkunft der **Regionalgruppe Berlin** mit Gästen statt.

Der Sportjournalist, „RotFuchs“-Autor und Spotless-Verleger **Dr. Klaus Huhn** spricht zum Thema

Der Fußball und Deutschland – eine politische Nachlese zur WM

Die **Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau/Plauen** lädt für den **25. November**, **10.00 Uhr**, in das Rothaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt), ein. „RotFuchs“-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger**, früherer Auslandskorrespondent des ND in Lissabon, spricht über die

Nelkenrevolution in Portugal und die heutige Rolle der PCP

Es werden zwei Dokumentarfilme gezeigt.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎030/981 56 74